Mittwoch, 14. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 214 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

NATO verlangt Klarheit: Die sowjetischen Andeutungen über „Liquidierung" von Mittelstreckenwaffen im Zuge einer Vereinbarung bei den Genfer Verhandlungen bedürfen nach Ansicht von NATO-Experten noch einer Präzisierung. Diese könnte auf der heutigen Pressekonferenz von Vize-Außenminister Kornienko in Moskau gegeben werden. In Bonn hält die Diskussion um den sicherheitspolitischen Kurs der SPD an.

Mut zu Umweltschutz: Innenminister Zimmermann ruft die Unternehmen zu mehr „Wagemut und mehr marktwirtschaftlicher Dynamik" im Umweltschutz auf. Als Schwerpunkt nennt er vor der Unionsfraktion in Berlin Kampf gegen Waldsterben. (S. 4)

Besuch verschoben: UN-Flüchtlingskommissar Hartling hat seinen Besuch im Einvernehmen mit der Bundesregierung verschoben. Er wäre willkommen gewesen, stellt Innen- und Außenministerium Vorwürfe aus der SPD richtig, Hartling sei „ausgeladen" worden.

Weizsäcker in die „DDR": Der Regierende Bürgermeister von Berlin, von Weizsäcker, trifft heute mit SED-Chef Honecker zusammen. (S. 1)

Walesa protestiert: Neue Protestaktionen gegen die polnische Wirtschaftsmisere hat Arbeiterführer Walesa angekündigt. (S. 6)

Christen gegen Gemayel: Die in den „Forces Libanaises" vereinigten Christen distanzieren sich von der Politik Präsident Gemayels und sprechen sich für ein enges Bündnis mit Israel aus, erklärt Camille Tawil in einem WELT-Gespräch. (S 7)

US-Präsenz verstärkt: Die USA haben als Antwort auf die ständigen Angriffe linker Drusenmilizen auf amerikanische Einheiten in Beirut das Schlachtschiff „New Jersey" sowie eine Eingreifreserve von „Marines" in die Gewässer vor Libanon verlegt.

Vertrauenskrise in der EG: Eine Vertrauenskrise hat Griechenland mit seinem Verhalten auf der Außenministerkonferenz in Athen verursacht, erklärt Bundesaußenminister Genscher. Griechenland hatte sich der Verurteilung Moskaus wegen des Jumbo-Abschusses widersetzt. (S. 7)

Japan zu Raketen: Japan verlangt die Entfernung strategischer Atomwaffen der Sowjetunion auf der Halbinsel Kamtschatka.

Werftbesetzung: Nach der Besetzung der HDW-Anlagen in Hamburg verfügt ein Arbeitsgericht, längere Anhörungsfristen als üblich für den Betriebsrat vor den geplanten Entlassungen. (S. 3)

Heute: Fragestunde des Bundestages. – Europarat-Delegation informiert sich in Berlin über Kampf gegen Luftverschmutzung. – Vor der Zehnergruppe tagt der Pariser Club zum Thema brasilianische Auslandsschulden.

ZITAT DES TAGES



» In ihrer entschiedenen Rechtfertigung eines nicht zu rechtfertigenden Aktes hat die Sowjetunion eine Haltung gezeigt, welche die Wahrheit ebenso mißachtet wie Menschenleben. «

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick, zum sowjetischen Veto gegen die Resolution zur Verurteilung des Flugzeugabschusses bei Japan. FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Keine Kohle-Garantie: Bundeskanzler Kohl ist „nicht bereit, eine Besitzstandsgarantie" für die heimische Steinkohle angesichts der Absatzkrise zu geben. (S. 12)

Zinsabbau erst 1985: Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt rechnet mit einem Abbau des hohen Zinsniveaus in den USA erst für 1985.

Stahl benachteiligt: Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie fordert die Bundesregierung zu härterer Gangart gegenüber der EG-Kommission auf. Die marktwirtschaftlich operierenden deutschen Unternehmen würden in Brüssel benachteiligt. (S. 13)

Rationalisierung: Trotz der raschen Automatisierung im Bankgewerbe hat sich die Zahl der Arbeitsplätze der Branche seit 1979 um 35 000 auf 505 300 erhöht, berichtet „Bank und Markt".

Auto-Absatz: Für 1983 rechnet die Auto-Industrie mit einem Inlandsabsatz von 2,4 Millionen Personenwagen. Das ist ein Zuwachs von zehn Prozent. VW meldet plus acht Prozent in den ersten acht Monaten, BMW will 1983 erstmals die 400 000er-Grenze überschreiten. (S. 13 und 15)

Großhandelspreise: Anstieg im August um 0,8 (Juli 0,5) Prozent, meldet das Statistische Bundesamt.

Börse: Die Erholungsphase an den Aktienmärkten war nur von kurzer Dauer. Bei ruhigen Handel kam es durchweg zu Kursverlusten. Der Rentenmarkt war verunsichert. WELT-Aktienindex 136,6 (137,6). Dollarmittelkurs 2,6770 (2,6565) Mark. Goldpreis pro Feinunze 406,75 (415,75) Dollar.

KULTUR

Neuer General: Der 54jährige Niederländer Peter-Hans Kolvenbach ist von der Generalkongregation der Jesuiten in Rom zum neuen General des Ordens gewählt worden.

Bundeswehr-Spende: Über 1,5 Millionen Mark spielen die 1300 Musiker der Bundeswehr jährlich ein. Der Erlös geht vollständig an DRK und karitative Organisationen.

SPORT

Motorsport: Der zweimalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrl aus Regensburg startet in der Saison 1984 für das deutsche Audi-Team. Bisher war Röhrl bei Lancia in Italien unter Vertrag.

Fußball: Bundestrainer Jupp Derwall hat den für Inter Mailand spielenden Stuttgarter Hansi Müller aus seinem Aufgebot für das Abschiedsspiel von Gerd Müller (20. September) gestrichen.

AUS ALLER WELT

Waldsterben: Nach neuesten Schätzungen greift das Waldsterben weiter um sich. Schon ein Viertel bis ein Drittel des deutschen Waldes sei angegriffen, erklären Experten. In Bayern gehen die Schätzungen von 15 bis 60 Prozent. (S. 22)

Autobahn-Slalom: Auf mehr als 50 Autobahnabschnitten beginnen nach den Sommerferien jetzt wieder Reparaturarbeiten.

Wetter: Meist stark bewölkt, regnerisch. Temperaturen von 15 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Offenbart der Kreml heute seine Marschroute für Genf?

Pressekonferenz / SPD-Spitze: Entschieden wird später / Umfragen

DW./pp. **Moskau/Bonn**

Das Beharren des Westens auf einer Präzisierung der jüngsten Andropow-Ankündigung, wonach Moskau unter bestimmten Umständen zur „Liquidierung" von auf Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen bereit sei, scheint – zumindest nach außen hin – Wirkung zu zeigen. Die Sowjetunion hat für heute eine öffentliche Präzisierung ihrer Haltung bei den Genfer Verhandlungen über einen Abbau der Mittelstreckenraketen in Aussicht gestellt. Der erste stellvertretende Außenminister Georgij Kornienko und der erste stellvertretende Generalstabschef Sergej Achromejew werden auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau „Erläuterungen" geben.

Das Interesse konzentrierte sich gestern auf die Frage, ob die Sowjets von ihrer vom Westen strikt abgelehnten Forderung abrücken, die 162 britischen und französischen Nuklearsysteme bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) anzurechnen. Bundesaußenminister Genscher hatte seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko kürzlich mit der Bemerkung zitiert, die britischen und französischen Potentiale hätten „zwei Gesichter". Daraus war geschlossen worden, daß Moskau sie nicht mehr nur ausschließlich als Mittelstrecken-, sondern auch als strategische Waffen betrachte.

Die Ankündigung der Moskauer Pressekonferenz folgte einen Tag auf die Sitzung der Sonderberatungsgruppe der NATO am Montag in London. Auf der Sitzung war bedauert worden, daß es die sowjetische Führung versäumt habe, die Andropow-Offerte zu präzisieren. Die Sowjetunion, so hieß es nach den Beratungen, verfolge weiterhin einen Kurs, der Hindernisse auf dem Weg zu einer Einigung in Genf schaffe.

Richard Burt, stellvertretender US-Außenminister, nannte die sowjetische Definition der „Liquidation" von SS-20-Raketen doppeldeutig. „Bedeutet dies Raketen oder die Startrampen? Oder will sich die Sowjetunion das Recht vorbehalten, die Produktion der Raketen fortzusetzen?" fragte Burt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer brachte die Ergebnisse der Londoner Sitzung auf die Formel: „Es steht definitiv fest, daß die NATO am Waffenmix von Pershing 2 und Cruise Missiles festhalten wird, falls die Sowjetunion nicht bereit ist, ihre SS 20 abzurüsten."

SEITE 6:
Kreml schürt Raketen-Hysterie

Die angekündigten Äußerungen der sowjetischen Regierung dürften auch die weitere Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über die mögliche Stationierung von Mittelstreckenwaffen beeinflussen. Der SPD-Vorsitzende Brandt und der Fraktionsvorsitznde im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, setzten gestern ihre Bemühungen fort, die Haltung der SPD als weiter offen erscheinen zu lassen. Brandt und Vogel bekräftigten, daß die „SPD als Bundespartei" trotz aller Beschlüsse von Untergliederungen noch nicht auf ein Nein festgelegt sei. Nach Brandts Worten ist es aber unzweifelhaft, daß „die SPD, wo sie sich jetzt auch versammelt, ähnliche Beschlüsse faßt wie die Baden-Württemberger", die am vergangenen Wochenende eine Stationierung ohne Wenn und Aber abgelehnt hatten.

Der Parteivorsitzende machte keinen Hehl daraus, daß er „ziemlich klare Vorstellungen" darüber habe, wie die Mehrheiten zur Zeit auf einem Bundesparteitag aussähen. Brandt: „Doch der findet jetzt nicht statt."

Für den SPD-Vorsitzenden ist es „so sicher wie das Amen in der Kirche", daß es in Genf keinen Kompromiß geben wird, der die Stationierung von Pershing 2 vorsehe. Durchaus nicht entschieden sei aber, daß sich die Unterhändler der USA und der Sowjetunion noch im November – mit oder ohne Einigung – trennten: Der US-Chefunterhändler Nitze habe während seines jüngsten Bonn-Besuchs deutlich gemacht, daß die derzeitige Verhandlung in Genf eine „offene Runde" sei.

Brandt verwies auf eine Infratest-Umfage, die im August im Auftrag der SPD unternommen worden sei. Ihr Resultat: 66 Prozent lehnten selbst im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen eine Nachrüstung ab. Genau so viele seien der Überzeugung, daß eine Ablehnung der Nachrüstung nicht bedeute, die Zugehörigkeit der NATO in Frage zu stellen.

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Scharfe Ohren

HERBERT KREMP

Die Sowjets werden heute in einer Pressekonferenz in Moskau die Vorschläge erläutern, die Chef Andropow am 27. August in einem „Prawda"-Interview zu den Genfer Raketen-Verhandlungen unterbreitet hat. Der ungewöhnliche Gang in die Öffentlichkeit zeigt an, daß propagandistische Einlassungen zu erwarten sind. Genf kommt auf den Marktplatz, und der Marktplatz heißt Bundesrepublik Deutschland. Auf dieses lohnende Gelände sind nach intensiver Vorarbeit der Sowjets und ihrer deutschen Hilfswilligen alle Megaphone gerichtet.

Andropow hatte in seinem Parteiorgan erklärt, sein Land werde im Falle eines Verzichts der Amerikaner, in Westeuropa nachzurüsten, das eigene Raketen-Arsenal auf das Niveau der britischen und französischen Systeme (162) reduzieren. Die überzähligen, im europäischen Teil der Sowjetunion stationierten Mittelstreckenwaffen würden in diesem Falle „liquidiert", darunter „ein beträchtlicher Teil" der hochmodernen SS 20. Dieser Vorschlag war eine Wiederholung. Andropow hatte ihn in vager Form bereits im Januar und im April geäußert, war aber auf den Widerspruch Gromykos und Ustinows gestoßen, die aus dem „Liquidieren" ein „Verlegen nach Asien" machten. Das gab Ärger mit den Chinesen und Japanern.

In der Zwischenzeit will das scharfe Ohr des Bundesaußenministers aus dem Munde Gromykos in Madrid eine weitere Botschaft empfangen haben. Er berichtete, der Sowjetkollege habe die britischen und französischen Systeme sowohl als strategische wie als Mittelstreckenwaffen bezeichnet, was die Hoffnung zulasse, Moskau werde in der entscheidenden Phase den Verhandlungen auf die Verrechnung gegen Drittländer-Raketen, die in der Tat unvergleichbar sind, verzichten. Die Franzosen wollten den Paris-Besucher Gromyko zwar anders verstanden haben als Genscher signalisierte, aber das Wort vom „Durchbruch" in Genf stand nun einmal in den Schlagzeilen.

Da die Sowjets auf jeden Fall die amerikanischen Nachrüstungswaffen aus Europa fernhalten wollen, um die eigene Überlegenheit zu sichern, könnte die „Präzisierung" des Andropow-Plans folgendermaßen aussehen: Moskau reduziert sein Europa-Arsenal auf 162 (oder noch etwas niedriger) unter zwei Bedingungen: Washington verzichtet auf jede Stationierung und erklärt sich bereit, die Genfer INF-Verhandlungen in den Verhandlungen über die strategischen Waffen (START) aufgehen zu lassen. Das würde den Sowjets alle Vorteile erhalten, dem Westen alle Nachteile und der Friedensbewegung alle Illusionen.

Weizsäcker morgen bei Honecker

Umfangreiche Themenliste für das Gespräch / Im kleinsten Kreis vorbereitet

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Zum ersten Mal trifft morgen ein Regierender Bürgermeister von Berlin mit der Führungsspitze der „DDR" zusammen: Richard von Weizsäcker folgt am Donnerstag einer Verabredung mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und spricht mit ihm im Regierungs-Gästehaus im Ostberliner Stadtteil Niederschönhausen. Weizsäcker läßt sich – wie bei seinen früheren Gesprächen mit dem inzwischen abgelösten sowjetischen Botschafter Pjotr Abrassimow – von seinem Kanzleichef Hansjürgen Schierbaum begleiten.

Sein Zusammentreffen mit Honekker, von dem seit Monaten in Berlin gemunkelt wurde, ist in kleinstem Kreis vorbereitet und jetzt auch dem Koalitionspartner FDP mitgeteilt worden. Es liegt auf der Hand, daß bei dieser ungewöhnlichen Begegnung, die Weizsäcker auch als bislang höchster CDU-Repräsentant mit Honecker verabredet hat, sämtliche innerdeutschen Probleme wie Senkung des Zwangsumtauschs durch Ost-Berlin, menschliche Erleichterungen durch ein niedrigeres Reisealter, in der „DDR" die Zustände an Mauer und Stacheldraht sowie eine Reihe Wünsche, die vor allem die Reisen der Westberliner ins Umland betreffen, zur Sprache kommen.

Der Regierende Bürgermeister hat offenbar mit Bedacht weder einem Treffen im Jagdschloß Hubertusstock (wo Hans-Jochen Vogel und Franz Josef Strauß mit Honecker sprachen) noch im Gebäude des „DDR"-Staatsrats am Ostberliner Lustgarten oder gar am Sitz des SED-Zentralkomitees zugestimmt.

Als Gesprächsort ist ein repräsentatives Gästedomizil Ost-Berlins vorgesehen, so daß der Schauplatz der Begegnung auf dem Boden Groß-Berlins liegt. Weizsäcker kann bei diesem Gespräch, das von der Bedeutung her dem 1963 gescheiterten Zusammentreffen zwischen Willy Brandt und Nikita Chruschtschow in Ost-Berlin ähnelt, in mehrfacher Eigenschaft auftreten: als CDU-Präsidiumsmitglied, Regierungschef des Landes Berlin sowie als Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem im Luther-Jahr mit Honecker der Vorsitzende des staatlichen Luther-Komitees der „DDR" gegenübersitzt.

Der Regierende Bürgermeister hält sich bereits heute in der „DDR" auf und reist gemeinsam mit den Mitarbeitern seiner Senatskanzlei in die Luther-Stadt Wittenberg. Diese Tagestour ist jedoch bereits vor Monaten vereinbart worden und hat mit dem Termin bei Honecker nichts zu tun.

Japan: Moskau muß Atomwaffen entfernen

rtr/DW. **Tokio/Bonn**

Japan hat die Sowjetunion zur Entfernung strategischer Atomwaffen, die auf der sowjetischen Halbinsel Kamtschatka stationiert sind, aufgefordert. Wie der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone gestern vor dem Parlament sagte, habe sein Land strategische US-Atomwaffen von der Insel Okinawa entfernen lassen, als diese 1972 von den USA an Japan zurückgegeben worden war.

Nakasone bezog sich dabei auf die Pressekonferenz des sowjetischen Generalstabschefs Nikolai Ogarkow, auf der dieser den Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges damit begründet hatte, strategische Waffen befänden sich auf der Kamtschatka. Ogarkow hatte gesagt: „Das südkoreanische Flugzeug flog direkt auf einen sehr wichtigen Stützpunkt der strategischen Nuklearstreitkräfte der UdSSR zu."

Das sowjetische Eingeständnis über die nukleare Aufrüstung der Japan benachbarten Inselgruppen hat in Tokio Besorgnis ausgelöst. In der Vergangenheit hatte Japan wiederholt gegen die Stationierung von Atombombern auf den Sachalin-Inseln und die Militarisierung der vier Kurilen-Inseln heftig protestiert.

Nach Angaben der japanischen Verteidigungsagentur sind heute mehr als ein Drittel der sowjetischen Interkontinentalraketen und der strategischen Bomber im asiatischen Teil der UdSSR (darunter 108 SS-20-Raketen am Baikal-See) sowie ein Drittel der mit Nuklearraketen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote in Fernost stationiert.

Niederländer regiert die Jesuiten

F. MEICHSNER, **Rom**

Der Holländer Peter Hans Kolvenbach ist der neue Ordensgeneral der Jesuiten. Der 55jährige wurde von den 211 Mitgliedern der seit dem 2. September im römischen Ordensgeneralat tagenden Generalkongregation dieses stärksten und einflußreichsten Ordens der katholischen Kirche zum Nachfolger des Spaniers Pedro Arrupe gewählt, der wegen Krankheit zurückgetreten ist.

Der neue „schwarze Papst" wird weder der progressistischen noch der traditionalistischen Strömung des Ordens zugezählt. Er gilt als ein Mann des Ausgleichs. Mit seiner Wahl hat die Generalkongregation zwar nicht den indirekt zum Ausdruck gebrachten Personalwünschen Johannes Pauls II. entsprochen, sich aber auch nicht demonstrativ gegen den Papst gestellt. Als heimlicher Kandidat des Papstes galt allgemein der sardische Pater Guiseppe Pittau, Koadjutor des von Johannes Paul II. im Jahre 1981 ernannten persönlichen Delegaten Dezza, eines Vertreters der konservativen Richtung. Beide zusammen hatten in den vergangenen Jahren versucht, die unter den Jesuiten aufgekommenen „modernistischen" Strömungen zurückzudrängen. Kolvenbach hat an den Auseinandersetzungen in dem fast 27 000 Mitglieder umfassenden Orden nie teilgenommen. Als Ordensprovinzial für den Nahen Osten gilt er als Fachmann für dieses weltpolitische Krisengebiet, das auch die Kirche immer wieder vor neue Probleme stellt. Er war außerdem Rektor des Päpstlichen Orientalischen Instituts in Rom.

Genscher über Athen verärgert

„Vertrauenskrise" in der EG nach schwacher Reaktion auf Flugzeug-Abschuß

DW./rtr/AFP, **Bonn**

Griechenland hat nach Ansicht von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit seiner Haltung auf der jüngsten Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Athen eine „Vertrauenskrise" in der EG eingeleitet. Im Saarländischen Rundfunk formulierte Genscher deutlich die allgemeine Verärgerung der neun EG-Länder über Griechenland, das eine Verurteilung des Abschusses der koreanischen Linienmaschine auf dem „wirklich kleinsten Nenner" unmöglich gemacht habe.

Er erwarte, daß gerade Griechenland als amtierende Präsidialmacht der Europäischen Gemeinschaft „zu einem Mindestmaß an Übereinstimmung in der EG zurückkehrt". Schließlich sei die Verurteilung der brutalen Vernichtung von 269 Menschenleben im größten Teil der Welt eine Selbstverständlichkeit gewesen, sagte Genscher.

Die EG hatte ihre „tiefe Betroffenheit" über den Abschuß der südkoreanischen Maschine zum Ausdruck gebracht. Eine schärfere EG-Stellungnahme war am Widerstand Griechenlands gescheitert.

Spanien schließt sich dem Flugboykott an, den zwölf andere NATO-Staaten am 15. September für den Luftverkehr von und nach der Sowjetunion zwei Wochen lang verhängen. Das Madrider Kabinett gab bekannt, daß Spanien diese Maßnahme allerdings nicht im Rahmen des Atlantischen Bündnisses treffe.

SEITE 12:
Moskau mußte zum Veto greifen

Von 16 NATO-Staaten beteiligen sich damit nur Frankreich, Griechenland und die Türkei nicht an dem Boykott. Bereits seit Montag fliegen dänische, finnische und italienische Piloten nicht mehr in die UdSSR. Am selben Tag wie die Bundesrepublik Deutschland und Belgien gaben auch die Niederlande bekannt, daß sie vom 15. September an zwei Wochen lang den Flugverkehr mit der UdSSR aussetzen.

Als nicht angemessene Antwort haben die Grünen in Bonn den von der Bundesregierung beschlossenen Boykott der Flüge bezeichnet. Wie ein Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen sagte, müsse ein Boykott für den gleichen Zeitraum auch auf die amerikanischen Flughäfen ausgedehnt werden, um auf die Mitverantwortung der USA hinzuweisen. Die USA, die bereits kurz nach dem Abschuß „erstaunlich gut über die Tatsache und den Hergang informieren

■ Fortsetzung Seite 12

Belgier widersetzen sich Sparkurs der Regierung

Eisenbahner und Müllfahrer an der Spitze der Proteste

BODO RADKE, **Brüssel**

Die erwarteten Protestaktionen gegen die Sparmaßnahmen der belgischen Regierung für den öffentlichen Dienst sind mit dem Ende der Ferienzeit schneller angelaufen, als es selbst die Gewerkschaften angekündigt hatten. Das Koalitionskabinett von Christdemokraten und Liberal-Konservativen unter Premierminister Wilfried Martens sieht sich dadurch bei seinen Bemühungen um eine Sanierung der Staatsfinanzen massivem Widerstand ausgesetzt.

Nachdem die Angehörigen der Müllabfuhr in Brüssel und anderen Städten bereits in der vergangenen Woche die Arbeit niedergelegt hatten, haben sich inzwischen die Mitarbeiter der belgischen Staatseisenbahn zur Speerspitze der Protestaktionen formiert. Ein in der Region von Charleroi ausgebrochener wilder Streik hatte sich bis Dienstag über das ganze Land ausgeweitet. Praktisch wurde der Eisenbahnverkehr lahmgelegt. Auch die internationalen Züge werden in der Regel beim Erreichen der belgischen Grenzstation gestoppt. Die Eisenbahndirektion ist nicht mehr in der Lage, genügend Autobusse zu chartern, um wenigstens die Passagiere dieser Züge weiterzubefördern. Im innerbelgischen Verkehr bleiben die Fahrgäste völlig ihrem Schicksal überlassen.

Anlaß der Streikwelle ist die Entscheidung des Kabinetts, daß den Angehörigen des öffentlichen Dienstes das Urlaubsgeld gekürzt, die automatische Anhebung der Gehälter im Zwei-Jahres-Rhythmus vorläufig ausgesetzt und viele freiwerdende Planstellen nicht wieder besetzt werden sollen.

Die von den Ereignissen offenbar überrollten sozialistischen und katholischen Gewerkschaften haben sich inzwischen hinter den Eisenbahnerstreik gestellt und versuchen nun, wieder eine Führungsrolle zu gewinnen. Sie kündigten eine Arbeitsniederlegung im gesamten öffentlichen Dienst an. In vielen Postämtern sind bereits am Dienstag zahlreiche Bedienstete von sich aus in den Ausstand getreten. In Brüssel weigerten sich auch die Bediensteten der Untergrundbahn und der städtischen Bus- und Straßenbahnlinien, die Arbeit aufzunehmen. (SAD)

HDW: Gericht stoppt Entlassungen

Arbeiter sprechen von Teilerfolg / „Auf längere Besetzung eingerichtet"

rtr/DW. **Hamburg**

Einen Tag nach der Besetzung des Hamburger Betriebs der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, hat der Vorstand der Werft Gespräche zur Abwehr eines drohenden schweren wirtschaftlichen Schadens aufgenommen. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers erklärte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuter, man bitte bei Reedern, die Schiffe in der Werft liegen haben, um Verständnis. „Wir bemühen uns außerdem, einen Notplan aufzustellen, um diese Schiffe so fertigzustellen, daß sie einsetzbar sind und die Werft verlassen können", sagte Ahlers.

Das Hamburger Arbeitsgericht entschied indessen in einem vom HDW-Betriebsrat angestrebten Verfahren, daß Howaldt bei den geplanten Entlassungen Fristen einhalten muß. Nach Angaben eines Gerichtssprechers dürfen Kündigungen von Angestellten nicht vor dem 27. September, von gewerblichen Arbeitnehmern nicht vor dem 12. Oktober 1983 ausgesprochen werden. Der Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler sprach von einem „sehr guten Teilerfolg". Der Betriebsrat wollte mit seinem Antrag auf Einstweilige Verfügung erreichen, daß die vorige Woche angekündigten 1354 Entlassungen nicht vor Abschluß des Einigungsverfahrens wirksam werden.

„Wir haben uns auf eine längere Besetzung eingerichtet", erklärte gestern ein Sprecher der Aktionsleitung. Am Montag nachmittag hatten rund 2000 HDW-Werker in einer Belegschaftsversammlung mit überwältigender Mehrheit die Besetzung beschlossen. Seitdem ruht die Arbeit fast im gesamten Werk, werden Hallen und Werkstore von Arbeitern und Angestellten kontrolliert.

Niemand kann das Werftgelände ohne Erlaubnis der Besetzer betreten. Die Werkskantine ist derweil zum Zentrum der Aktionsleitung geworden. In der Kantine und vor ihr auf dem Werkshof stehen Gruppen von Arbeitern und diskutieren, wie es weitergehen soll. Immer wieder stellen sie ihre Forderungen: Der Vorstand des staatseigenen Unternehmens soll die Kündigungslisten mit 1354 Namen, die in der vergangenen Woche vorgelegt worden waren, zurückziehen. Eines von drei Containerschiffen, die von HDW für die Volksrepublik China gebaut werden, soll statt in Kiel im Hamburger Werk auf Kiel gelegt werden.

Seite 3: Mit Wut und Angst

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grüne Asymmetrie

Von Heinz Barth

Welche Unmenschen müssen doch diese Amerikaner sein! Kaltblütig ließen sie 61 ihrer Landsleute mit der südkoreanischen Maschine in den sicheren Tod fliegen, was natürlich den dringenden Verdacht rechtfertigt, daß die tückischen Yankees in Wirklichkeit die sowjetische Luftverteidigung erproben wollten. Siehe da, ein neuer Rekord. Noch nie *hat ein größeres Versuchstier als ein Jumbo am fernöstlichen* oder irgend einem anderen Himmel gekreuzt.

Nun wissen wir es sicher, denn der Scharfsinn des Bundesvorstandes der Grünen bürgt dafür, daß die Amerikaner, die merkwürdig früh und „erstaunlich gut“ über den sogenannten „Vorfall“ informiert waren, an ihm keine Spur weniger schuld sind als die Sowjets. Darum – wie logisch – ist der einseitig gegen die Sowjetunion verhängte Luftverkehrs-Boykott ein grausames Unrecht, solange er nicht unter gleichen Bedingungen auch gegen die Vereinigten Staaten in Kraft gesetzt wird.

Wir entnehmen diese Forderung, die sich durch ihr delikates Gerechtigkeitsgefühl auszeichnet, einer offenbar mit reiflicher Überlegung formulierten Presse-Erklärung der Grünen. Was an ihr am meisten bewegt, ist neben der Geradlinigkeit des Denkens der Mut, im Dienst eines asymmetrischen Weltbildes vor keiner Lächerlichkeit zurückzuschrecken. Was haben wir doch für weitblickende und glänzend informierte Volksvertreter. Es ist noch nicht bis zu ihnen gedrungen, daß der Luftraum des Westens jeden Monat hundertfach von den Sowjets verletzt wird, ohne daß darüber auch nur ein Wort in der Zeitung steht.

Wir möchten nicht wissen, wie nahe wir heute einer Welt-Katastrophe wären, hätten amerikanische Abfangjäger die *voll besetzte Passagiermaschine* eines Ostblockstaates abgeschossen. Der moralischen Entrüstung über soviel zynische Menschenverachtung wäre kein Ende. *Der Protest* der aggressiven Pazifisten, die keine wirklichen Freunde des Friedens sind, würde nicht schweigen, bis das Atlantische Bündnis endlich in die Luft gesprengt ist. Aber wo die Grenzen von Vernunft und Realismus überschritten sind, kann es den Sprenglehrlingen passieren, daß sie sich selbst in die Luft jagen.

Eklat in Athen

Von Evangelos Antonaros

Daß Griechenland unter dem Sozialisten Andreas Papandreou ein sehr unbequemer Partner sein würde, haben die neun anderen EG-Mitgliedsländer von Anfang an gewußt. Nicht geahnt haben sie allerdings, daß die Griechen die Bemühungen um einen mühsam vereinbarten außenpolitischen Kurs der Gemeinschaft zunichte machen würden, und zwar unter Ausnutzung ihrer Präsidentschaft in den EG-Gremien.

Der Eklat fand im Rahmen der Außenministerkonferenz am Montag in Athen statt: Griechenlands Außenminister Charalamboulos versuchte mit allen Mitteln, eine Verurteilung der Sowjetunion wegen des Abschusses des südkoreanischen Jumbo-Jets zu verhindern. Nicht einmal ihr Bedauern wollten die Griechen zum Ausdruck bringen. Als sie sich schließlich zu einer gemeinsamen Erklärung bereit fanden, durften die *Russen nicht einmal* beim *Namen genannt* werden, obwohl Moskau mittlerweile den Abschuß längst zugestanden hat. Mehr noch: Nicht von einem Abschuß, sondern von einer nicht näher definierten „Zerstörung“ sprach Charalamboulos.

Es mag sein, daß Papandreou diese überflüssige Demonstration seiner „unabhängigen Außenpolitik“ als Kompensation für das letzte Woche unterzeichnete Stützpunktabkommen der Amerikaner braucht. Seine Parteilinke und die kremltreuen Kommunisten nehmen es ihm übel, daß er die amerikanische Präsenz in Griechenland für die nächsten fünf Jahre hingenommen hat. Ebensowenig kann er die Kritiker davon überzeugen, daß er ein „Abkommen zur Entfernung der Basen“ unterzeichnet hat.

Hinzu kommt allerdings eine andere wichtige Komponente: Papandreou spielt offenbar mit der Idee, vorzeitige Wahlen, *möglicherweise zusammen mit dem Urnengang für das euro*päische Parlament im Mai oder Juni 1984, abzuhalten. Die *schlechte Wirtschaftslage* und *seine sinkende Popularität* zwingen ihn zum Handeln. Daher läßt dieser Schwerpunkt seines außenpolitischen Kurses eindeutig erkennen, daß er seine „stolze Außenpolitik“ höchstwahrscheinlich zum wichtigsten Wahlkampfthema hochstilisieren will.

Die Frage ist, ob er dadurch nicht etwa Entwicklungen in Bewegung setzt, die er später nicht mehr wird aufhalten können. Denn viele führende Köpfe seiner Pasok-Partei befürworten in der Tat einen Bruch Griechenlands mit dem Westen und eine Annäherung an die Blockfreien. Wenn sich Papandreou ihre Argumentation, aus welchen Gründen auch immer, zu eigen macht, so besteht für ihn die Gefahr, daß er mittelfristig zu ihrem ideologischen Gefangenen wird.

Fernseh-Herbst

Von Rüdiger Moniac

In den *sogenannten* Friedenscamps, die da und dort im Lande aufgeschlagen sind, um den „Aktionen“ gegen die Sicherheitspolitik von Regierung und NATO Basis und Rückhalt zu geben, ist eine der wichtigsten Fragen die: Wie lassen sich die Blockaden, die Aufmärsche und Sprechgesänge so inszenieren, daß alle Aktivitäten von den Journalisten, den Fotografen und – last not least – von den Fernsehkameras auch ausführlich beobachtet werden können? Die Taktik der Organisatoren ist also darauf gerichtet, die Medien zu nutzen, um die Botschaft der Friedensbewegung zu transportieren.

Dies geschieht denn auch in einem Umfang, der dem Ereignis selbst in der Verhältnismäßigkeit zur Anhängerschaft nicht im mindesten zukommt. Eine zentrale Rolle spielt dabei, wegen *seiner leichten Konsumierbarkeit, naturgemäß das* Fernsehen. Die Nachrüstungsgegner wünschen sich das stille Einverständnis mit den Fernsehmachern. Und sie finden es; vorne an der Front der Berichterstattung, wie oben in den Chefetagen, wo entschieden wird, welcher Raum den Inszenierungen vor Ort eingeräumt werden soll. Denn die TV-Darstellungen von den Ereignissen im Lande offenbaren – wenn auch nicht in jedem Fernsehbeitrag, aber doch in deren Mehrzahl –, daß Sympathie mit den Zielen der „Friedensbewegung“ die Grenzen einer *objektiven und angemessenen* Berichterstattung weit überspringen hilft.

Daran knüpft sich die Frage nach dem richtigen Verständnis der Fernseh-Gewaltigen von ihrer Verantwortung in einem öffentlich-rechtlichen Medium. Mancher TV-Chefredakteur oder Abteilungsleiter würde wohl sorgfältiger auf die Berichterstattung achten, wenn man ihm selber in puncto Ausgewogenheit *mehr auf die Finger guckte.*



„Reden ist Silber... denk an Hessen!!“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Schuld der Boten

Von Peter Gillies

Auf die *Frage, ob seine* Partei denn über ein wirtschaftspolitisches Leitbild verfüge, antwortet der Parlamentarier freudestrahlend: „Natürlich, sogar mehrere!“ Diesen Eindruck haben auch die Bürger, diesen Eindruck hat auch die Wirtschaft, denn anders wäre es nicht zu erklären, daß die Stimmung derzeit schlechter als die Lage ist. Vor einem halben Jahr noch war es umgekehrt.

Ausfransungen sind in beiden großen Volksparteien festzustellen. In der CDU/CSU fehlt die markante Wegweisung sowie in der SPD. Beide sind durchaus problembewußt, aber ihre Lösungsansätze sind nicht stringent durchdacht, und ihre tagespolitischen Angebote spiegeln Zerrissenheit wider.

Just hat die Union einen ihrer Abgeordneten wegen Unbotmäßigkeit zur Ordnung gerufen. Heimo George wies unter anderem auf das hohe Reallohnniveau hin und behauptete, es *ließe* sich in den nächsten fünf oder zehn Jahren *um zehn oder fünfzehn Prozent* absenken. An dieser Stelle, zumal *vor Landtagswahlen, denkt* niemand mehr nach und greift zum Maulkorb. Solches *stamme* aus der Kapitalisten-Küche, wetterten die CDU-Sozialausschüsse.

Höchst verwerflich in diesem Sinne hatte sich auch Ernst Albrecht geäußert. Er lege den Finger auf die hohen Arbeitskosten, die mangelnde Kapitalrendite und die kaum mehr tragbare Last der Sozialkosten. Auch hier erfolgte ein Ordnungsruf vermittels parteiinterner Distanzierung.

Wer über den Preis der Arbeit redet, mag an einige schlichte Erkenntnissse erinnert werden. Die Lohnhöhe wird hierzulande durch Tarifvertrag erstritten. Dabei war es stets die Politik der Gewerkschaften, das Lohnniveau oberhalb jener Marke zu halten, die sich bei freier Preisbildung ergeben hätte. *Gelingt ihnen dies,* verteuert sich die Arbeit derart, daß immer mehr *Arbeitswillige arbeitslos werden.* Selbst wenn ein Lehrling oder ein Facharbeiter für 80 Prozent des Tariflohns arbeiten wollte – er darf es nicht, sondern wird auf null Arbeit gedrängt.

Das Gesetz, daß bei wachsender Nachfrage nach Arbeit der Lohn steigt, bei fallender Nachfrage da*gegen sinkt, ist außer Kraft. Wollte* man gleichwohl Vollbeschäftigung *garantieren, entließe man die Tarif*partner aus der Verantwortung, jenen Preis für die Arbeit zu finden, bei dem alle Arbeitswilligen einen Job finden.

Mit der Vollbeschäftigungsgarantie hatte Willy Brandt einst suggeriert, der Staat könne einen marktwidrigen Preis auf Dauer subventionieren, das falsche Marktsignal also löschen. Das Ergebnis besteht in der heutigen Erwerbslosigkeit (wobei nicht verkannt werden soll, daß nicht allein der Reallohn dafür ursächlich ist).

Auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, ist nicht verwerflich, sondern geboten. Einst wurden die Überbringer schlechter Nachrichten geköpft. Sicherlich haben es George und Albrecht an Geschick mangeln lassen, die bitteren Wahrheiten in der geeigneten Form zu verbreiten, nach Mehrheiten zu suchen, Überzeugungsarbeit zu leisten.

Der wirkliche Preis für ein Gut ergibt sich stets am schwarzen Markt. Die blühende Schattenwirtschaft zieht ihre Lebenskraft daraus, daß sich Angebot und Nachfrage dort bei vielleicht fünfzehn oder zwanzig Mark je Stunde tref*fen, ohne das Korsett der Tarifver*träge und der hohen Sozialkosten, die den Lohn auf etwa 50 Mark emporddrücken. Wer in die Vollbeschäftigung zurück will, kann diesen Marktpreis nicht ignorieren.



Es fehlt die markante Wegweisung: Bundeskanzler Kohl und Wirtschaftsminister Lambsdorff FOTO: DPA

Es gibt andere Zwänge, die zu negieren töricht wären. Dazu gehören die gewaltigen Dimensionen der staatlichen Verschuldung, die jede Verteilungspolitik auf kurze Sicht verbieten. Die Vision, man könne bei weniger Arbeit mehr Geld verdienen und gleichzeitig kämen mehr Leute als bisher in Arbeit, paßt in dieses Schema.

Die volkswirtschaftlichen Verluste überall dort, wo der Staat die Preise zu niedrig oder zu hoch hält (Mieten/Agrarprodukte), sind riesig und auf Dauer unfinanzierbar. Das gehört auf den Tisch einer ordnungs- und wirtschaftspolitischen Bestandsaufnahme. Die schwelende Wachstumsfeindlichkeit einerseits, die Frage nach den Arbeitsplätzen bei magerem Wachstum andererseits, sind Teile allgemeiner Verdrängung. Die Regierung hat Glück, daß die Opposition kein besseres Bild bietet.

Die Union, so wird eingewendet, war nie eine Partei der Theoretisierer. Sie *habe damals, mit Erhard,* aus Überzeugung oder Instinkt, aber *die marktwirtschaftliche* Lösung gewählt. Die SPD dagegen erwies sich als stark in der Produktion von Programmen, doch in der Politik warf sie diese nicht schnell genug über Bord.

Aber die Zeiten, in denen die Wirtschaft auf marktwirtschaftlichen Instinkt vertraut, sind vorbei, weil sie den Instinkt nicht mehr verspürt. Ihre trotzige Haltung in der Arbeitszeitfrage belegt dies. Der Bundeskanzler, als dessen Stärke das Delegieren gilt, hat in dieser Frage offenbar keinen Adressaten, jedenfalls keinen, der klar, verläßlich und überzeugend die Marschzahl anzugeben vermöchte.

Die fast sture Beharrlichkeit des Finanzministers ist eine Ausnahme. Daß sein Kurs nicht wirtschafts- und sozialpolitisch unterfüttert wird, mag die pluralistische Konsequenz der achtziger Jahre sein, die sich dem Populismus nicht entziehen zu können glaubt. So erteilt man dem Wasser weiter den Ordnungsruf, es möge doch nicht ständig bergab fließen.

IM GESPRÄCH Gerd Albrecht

Nomade mit Terminplan

Von Giselher Schmidt

Die „Elektra“ macht ihm seit annähernd zwei Jahrzehnten zu schaffen. Gerd Albrecht erinnert sich schmunzelnd daran, wie er als noch nicht 30jähriger Generalmusikdirektor in Lübeck die Logen des Intendanten und des Verwaltungsdirektors – ohne zu fragen – herausschlagen ließ, um Platz für das opulente Orchester der Richard-Strauss-Oper zu haben. Nun beschert er vom Sonnabend an dem Kölner Opernhaus die erste „Elektra“ überhaupt, mit August Everding als Regisseur.

Gerd Albrecht, der sich selbst als „unruhigen Typ“ bezeichnet, hat seit seinem „Krach mit goldener Frackuhr und Medaille“ beim Abschied von der Zürcher Tonhalle, 1980, kein festes Haus mehr. Er genießt das Nomadendasein eines freien Gastdirigenten. Originalton Albrecht: „Ich pendele wahnsinnig gerne.“ Der Terminplan enthält bereits Eintragungen für das Jahr 1987. Da wird die *Große Oper Paris* beim Gluck-Zyklus zum 200. Todestag des Komponisten nicht ohne Albrecht auskommen. Und da wird das Pariser Orchestre National unter seiner Leitung eine Europa-Tournee unternehmen. Auch in der Zwischenzeit geschieht einiges: die Fortsetzung des Janácek-Zyklus mit Barry Kupfer in Köln, Mussorgskis „Chowanschtschina“ in San Francisco, der „Belsazar“ zum 300. Geburtstag Händels in Hamburg und ein Debüt an der Mailänder Scala mit jetzt noch höchster Geheimhaltungsstufe.

„Ich bin der *felsenfesten* Überzeugung: Dirigieren kann man nicht lernen“, meint der 1935 in Essen geborene, aber in Berlin und in Kiel aufgewachsene Sohn eines Musikwissenschaftlers und einer Pianistin. Bereits als 15jähriger begann er mit einem selbst gegründeten Kammerchor Motetten und Oratorien einzustudieren. Nach dem Abitur belegte Albrecht neben Philosophie (Albrecht: „Ohne dialektisches Denken kann ich nicht



Dirigiert die „Elektra“ in Köln: Gerd Albrecht FOTO: DIE WELT

leben“) die Meisterklasse für Dirigieren bei Wilhelm Brückner-Rüggeberg in Hamburg. Doch nachdem er als 22jähriger – und als erster Deutscher – den *internationalen* Wettbewerb in Besançon gewonnen hatte, *da hielt ihn nichts mehr an der Hoch*schule. Denn auch Herbert von Karajan, dem er bei einem Colloquium und bei seinen Proben mit den Berliner Philharmonikern begegnet war, erklärte ihm kategorisch: „Sofort hinein in die Praxis!“

Befragt nach seinem Lieblingskomponisten, antwortet Albrecht spontan: „Schumann – den verteidige ich mit Klauen und Zähnen.“ Von ihm bringt er auch die selten gespielten abendfüllenden Werke – wie etwa demnächst die gesamte Musik zu Byrons „Manfred“ auf die Schallplatte.

Unter Albrechts zahlreichen Einspielungen gibt es einige didaktische Platten *für Kinder, wozu* Albrecht auch die begleitenden Bücher verfaßte. Er ist selbst Vater *von zwei* Töchtern – 13- und 8jährig. Seine Frau Ursula – Tochter des bedeutenden Baßbaritons Paul Schöffler –, lernte ihren Mann als Bühnenbildnerin am Wiener Burgtheater kennen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es über die Haltung der SPD zur Nachrüstung:

Hinter solchen Verkleisterungen, *die nicht klar Stellung beziehen* zu Fragen, die von zentraler Bedeutung sind, kann nur zweierlei stecken: Entweder die SPD-Spitze um Brandt und Vogel verfolgt solche politischen Irrungen mit heimlichen Sympathien, oder die Parteispitze ist nicht in der Lage, die Partei klar zu führen. Beides ist politisch in höchstem Maße bedenklich. Wer sich so wankelmütig verhält, katapultiert sich und die Partei aus der Runde derer, die als glaubwürdige und damit ernsthafte Gesprächspartner zu betrachten sind. Wo ist der Mann, der die SPD wieder zur Vernunft und auf Kurs bringt? Diese Republik braucht nicht nur eine starke Regierung, sondern auch eine starke Opposition.

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt befaßt sich mit dem west-östlichen Konferenz-Fahrplan für die nächsten drei Jahre:

Dies ist die Bibel der Ost-West-Kooperation, geschrieben in den berauschenden Tagen der Entspannung, als der Westen dachte, Moral und praktischer Einfluß könnten die Sowjetunion dazu bringen, humaner und liberaler zu werden. Heute glauben wenige Leute, daß die Menschenrechts-Bilanz der Sowjetunion sich verbessert hat oder daß Andropow eine neue Welle des Liberalismus repräsentiert. Eher im Gegenteil – wir *sind* Zeugen des *Losdreschens* gegen westliche Einflüsse auf allen kulturellen Gebieten, während die Parteidisziplin verschärft wird. Das alles hat die Nationen, die an der Konferenz in Madrid teilnahmen, nicht davon abgehalten, ein Programm für Konferenzen in den nächsten drei Jahren aufzustellen... Aber es ist fraglich, ob all diese Treffen die erhoffte Zunahme der Zusammenarbeit zwischen Ost und West bringen werden. Der Kreml wird sicherlich die vielen Konferenzen für Propagandazwecke nutzen, ohne bei irgend etwas Zugeständnisse zu machen, am wenigsten bei den Menschenrechten.

Neue Zürcher Zeitung

Innenpolitische Motive haben Athens Alleingang zur Verhinderung von EG-Sanktionen gegenüber Moskau veranlaßt, stellt das Blatt fest:

Der Beschluß, sich am Boykott der Mehrzahl der NATO-Mitgliedsstaaten wegen des Abschusses des südkoreanischen Passagierflugzeuges nicht zu beteiligen, hängt mit dem Bestreben der Regierung Papandreou zusammen, demonstrativ *zu* unterstreichen, daß sie innerhalb des Bündnisses einen „eigenen Weg“ gehe... Papandreous „eigener Weg“ in der Allianz soll gewissermaßen *zur* Beruhigung des „ideologischen Gewissens“ seiner Partei dienen. Der Pasok-Führer selber ist auf diese Beruhigung angewiesen; denn er kann sich sonst nicht als der Verkünder und Verfechter der „Vision eines von den Militärblöcken befreiten Europa“ profilieren. Vor allem aber benützt Papandreou seine Distanzierung von der Grundlinie des Bündnisses in dieser oder jener Frage, um den linken Flügel seiner Partei und die moskautreuen Kommunisten zu beschwichtigen. Hier macht sich die Interdependenz der Athener Diplomatie mit der hellenischen Innenpolitik sehr stark bemerkbar.

Bürgerkrieg in Libanon und der Westen schaut einfach zu

Die Christen des Landes setzen ihre Hoffnung jetzt auf ein Bündnis mit Israel / Von Jürgen Liminski

Es ist paradox: Vor den Augen der westlichen Truppenkontin*gente hat sich in Libanon das Kräf*teverhältnis global zugunsten Moskaus, *regional zugunsten der von* Syrien geführten Verweigerungsfront *verschoben. Die westliche* Feuerkraft vor der libanesischen *Küste wird nun durch die Entsen*dung weiterer amerikanischer Schiffe *verstärkt,* und *viele* Libanesen fragen sich, wozu, wenn sie nicht genutzt werden kann. Was soll die Friedenstruppe überhaupt in Libanon?

Als der libanesische Präsident im vergangenen Jahr Washington, Paris, London und Rom um die Entsendung ihrer Kontingente ersuchte, lautete der Auftrag für Marines, Paras und Baretts: Kämpfe verhindern, für Ruhe sorgen, die israelische Besatzung unnötig machen. Diese Abschreckungsfunktion wurde erfüllt, solange Israels Legionen dafür sorgten. Seit dem Rückzug zum Awali aber sehen sich die West-Truppen in der Dekkung hinter ihren rostenden Ölfässern am Beiruter Flughafen vor dem *Dilemma,* ihre *Feuerkraft zu* gebrauchen oder in Treue *fest zu ihrem Auftrag zu verharren. Von* Zeit zu Zeit wird eine Schiffskano*ne abgezogen oder demonstriert* ein Bomber bei Erkundungsflügen *die Präsenz der multinationalen* Streitkraft.

*Es ist eine Präsenz voll poten*tieller Energie. Aber sie wird nicht genutzt. Sie kann, gemäß der nicht bekannten, internen Abmachungen zwischen Beirut und den Entsendungsländern nur zur Abschreckung und zur Verteidigung wirksam gemacht werden. Für eine weitergehende Nutzbarmachung der Feuerkraft reicht der Auftrag nicht aus, es sei denn, die Regierung Gemayel liefert dafür die völkerrechtliche Grundlage, indem sie die Regierungen der jeweiligen Kontingente um eine Intervention bittet, so wie der ehemalige Präsident Camille Chamoun dies 1958 tat.

Es ist übrigens bezeichnend, daß die UNO in Libanon nahezu in Vergessenheit geraten ist. Sie unterhält im Süden des Landes eine *UNIFIL* genannte Truppe, zu der allerlei Staaten einige Soldaten beigetragen haben und deren weißgestrichene Beobachtungs- oder Militärposten *bisweilen den* Eindruck erwecken, als handele es sich um eine vorgeschobene Weinstube. Sie werden von niemandem ernstgenommen. Ähnliches *gilt* für die militärische Friedensverwaltung der UNO *zwischen* Indien und Pakistan (UNMOGIP), auf Zypern (*UNFICYP*) oder für die UNDOF genannte Beobachtertruppe zur Truppenentflechtung.

Das war früher anders. Der Sanktionsapparat der UNO hat auch mal funktioniert. Eine Statistik aus dem Jahre 1979 verzeichnet für die UNO-Zeit bis 1977 insgesamt 93 Kriege und internationale Krisen. Dabei griff die UNO 19mal ein, in immerhin acht Fällen mit Erfolg. Aber schon seit einem guten Jahrzehnt wird sie immer seltener mit Aufträgen zur Krisenbewältigung betraut. Eigentlich nur noch dann, wenn alles schon klar ist. Das heißt, wenn eine der beiden Supermächte an dem Konflikt nicht interessiert ist oder mit der anderen übereinstimmt. Stoßen die Interessensgegensätze zwischen Ost und West wie in Libanon aufeinander, dann kommen *als Instrumente zur* Beendigung der Kampfhandlungen nur *bilateral* ausgehandelte Truppenentsendungen in Frage.

*Für die Amerikaner und Europä*er in Libanon ist die Lage um so *komplizierter,* als die mangelnde Konsensfähigkeit der Libanesen durch die Schwäche und Schaukelpolitik ihres Präsidenten nun vor aller Welt offengelegt wurde. Amin Gemayel hat nicht das Format wie sein ermordeter Bruder Beschir, den Konsens zu erzwingen. Er hat aber auch keine echte Reform angeboten. Die Rechnung wird ihm nun präsentiert: Syrien und PLO-Terroristen rücken auf Beirut vor, das Volk zahlt die Zeche, die libanesischen Christen wenden ihm den Rücken zu. In der Stunde der Not auf sich allein gestellt, entscheiden sie sich für die Option ihres heute vor einem Jahr ermordeten Chefs: Bündnis mit Israel.

Wie die Ordnungsmacht *freilich* darauf reagiert, bleibt vorerst offen. *Immerhin,* auch sie *kann an* der Kräfteverschiebung nicht vorbeisehen, denn diese reetabliert den Status quo ante: PLO-Kämpfer an der Nordgrenze und *beherr*schender syrischer Einfluß in Libanon.

Beim Tauziehen am gordischen Knoten Libanon ist der Westen *insgesamt* über die Tischplatte gerutscht. Noch aber hält er das Seil in Händen. Die Truppen sind weiterhin präsent, die Feuerkraft dümpelt immer noch in den Wellen vor Beirut. „Kriege sind *gerecht,* wenn sie notwendig sind“, lehrte Ludwig XIV. seinen Dauphin. *Das*selbe sagen die libanesischen Christen heute mit anderen Worten ihrem Präsidenten, ihrem Wunsch-Verbündeten Israel und dem Westen. Sie denken dabei mehr an den geistigen Kampf, an *morali*sche Hilfe denn an militärische. Für sie ist es ein Kampf ums politische Überleben. Fällt diese Bastion, können die Friedenstruppen wie einst aus Vietnam heimkehren.

Mit Wut und Angst kämpfen die Arbeiter um ihre Werft

Arbeiter und Angestellte der Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) in Hamburg halten das Werftgelände weiter besetzt. Eine Delegation kam gestern nach Bonn, um im Kanzleramt und Finanzministerium um Hilfe für ihre bedrohten Arbeitsplätze zu bitten.

Von UWE BAHNSEN

Der gordische Knoten" – so lautet der Titel eines Buches, das die Werftbesetzer vom Hamburger HDW-Werk Ross in einem der ersten Spendenpakete vorfanden. Die Männer in den blauen Monteuranzügen lachten grimmig. Treffender läßt sich der Fall HDW, die nun gefährlich eskalierende Krise dieser größten deutschen Schiffswerft Howaldtswerke/Deutsche Werft AG mit Betriebsstätten in Hamburg und Kiel, wahrlich nicht charakterisieren. Das Schlimmste: Weit und breit ist niemand zu sehen, der diesen gordischen Knoten mit einer mutigen Entscheidung durchzuhauen bereit oder in der Lage wäre.

HDW – diese Abkürzung ist in diesen Tagen zu einem Synonym für höchst unterschiedliche, zum Teil krass widersprüchliche Tatbestände, Emotionen und Zielsetzungen geworden. Da gibt es Empörung und (noch) verhaltene Wut, aber auch unverkennbare Resignation bei den derzeit rund 3350 HDW-Beschäftigten im Hamburger Werk, von denen 1354 von der Kündigung bedroht sind (auch wenn das Arbeitsgericht der Hansestadt den Vollzug dieser Entscheidung gestern vormittag zunächst blockierte). Da findet man eiserne Entschlossenheit des Vorstandes unter dem beinharten Sanierungsspezialisten Klaus Ahlers, sich von dem Rettungskonzept für die gesamte Großwerft nichts abzwacken zu lassen, den verlustbringenden Schiffsneubau in Hamburg, der seit 1976/77 rote Zahlen in Höhe von mehr als 300 Millionen produzierte, zu schließen und HDW nicht nur durch Personalabbau, sondern auch durch rigorose Rationalisierung gesundzuschrumpfen.

Da ist aber auch die lautstarke, aber in der Sache nicht zu übersehende Ratlosigkeit der Betriebsräte um den bärtigen Holger Mahler und der IG-Metall-Funktionäre, die nicht viel mehr tun können, als die Forderungen der Belegschaft zu artikulieren und die brodelnde Stimmung mit markigen Parolen („Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt") so weit zu kanalisieren, daß Ausschreitungen und damit der Einsatz von Polizei auf dem Werftgelände bislang vermieden werden konnte.

Die Werftarbeiter sind zornig – nicht nur deshalb, weil sie sich von den Politkern im Stich gelassen fühlen, da wirksame Hilfsmaßnahmen der beiden Anteilseigner Bund (über die Salzgitter AG als Mehrheitsaktionär) und Schleswig-Holstein jedenfalls für das Hamburger Werk ausgeblieben seien; sie fühlen sich auch vom Vorstand in frühkapitalistischer Manier überfahren und aufs Kreuz gelegt. In der Belegschaft kursieren schlimme Geschichten über die Entlassungsliste des HDW-Vorstandes für das Hamburger Werk: Hier soll der Familienvater mit sieben Kindern gehen, dort ein Schwerbehinderter; 25 und 30 Jahre Betriebszugehörigkeit seien so wenig ein Schutz gegen die Kündigung wie andere persönliche Tatbestände, die in jedem gut geführten Unternehmen menschliche Rücksichtnahme ausgelöst hätten.

Nach einer Demonstration von rund 3000 HDW-Beschäftigten durch die Hamburger Innenstadt am Montagvormittag hatten die mitgeführten Spruchbänder schon auf das hingedeutet, was dann am Nachmittag auf einer Betriebsversammlung in der Kantine des Werkes Ross spontan beschlossen wurde. „Lieber HDW besetzen als zum Arbeitsamt hinhetzen". Um 15.15 Uhr stützte sich der Betriebsrat Otto Kock auf das Rednerpult und stellte seinen rund 2000 Kollegen in der Kantine die entscheidende Frage: „Wer ist dafür, daß HDW Hamburg ab heute nachmittag 15 Uhr 30 von uns besetzt wird?" Die Zustimmung war überwältigend. In der Belegschaft breitete sich Zuversicht, stellenweise gar Begeisterung aus. Mit dem gelben Transparent „HDW besetzt" zogen vier Mann, von mehreren Dutzend Kollegen begleitet, zum großen Werkstor, schoben die beiden Flügel zusammen und verriegelten sie mit Eisenketten. Wachen der Belegschaft am Nebentor musterten mißtrauisch jeden, der passierte, behinderten jedoch niemanden. Der Vorstand verzichtete darauf, einzugreifen, ließ die Arbeiter freilich wissen, bei „Geschäftsbehinderungen" werde man die Rädelsführer haftbar machen.

Während am Abend Familienangehörige und Freunde der Besetzer – die auf einen Streit zunächst ausdrücklich verzichtet hatten – Kartoffelsalat und Würstchen anlieferten und für Lektüre sorgten, wurde das ganze Ausmaß der Spannungen zwischen dem HDW-Vorstand und dem Hamburger Senat im „Hamburg-Journal" des NDR-Fernsehens deutlich: Mit steinernem Gesicht warf der Wirtschaftssenator Volker Lange dem HDW-Chef vor, er wolle in absehbarer Zeit den Hamburger Betriebsteil der Großwerft ganz schließen; bis dahin gebe es nur noch eine Gnadenfrist. Lange berief sich bei dieser Aussage auf die ihm vorliegende Erklärung eines Hamburger Journalisten, der mit Ahlers unter vier Augen über dieses Thema gesprochen und die Bemerkungen des Werftchefs notiert hatte – um sie dann dem Chef der Wirtschaftsbehörde mitzuteilen.

Ahlers bestreitet diese Darstellung. Seiner Aufforderung, „Ross und Reiter zu nennen", blieb der Senator bislang die Antwort schuldig. In der Antwort auf die Frage „Was wird aus HDW Hamburg?" liegt der zentrale Punkt des gesamten Konflikts. Der Vorstand wird nicht müde, zu versichern, in dem Welthafen Hamburg habe das HDW-Werk Ross sehr wohl eine Zukunft, und zwar in der Schiffsreparatur, im Maschinenbau und in der Off-shore-Technik; allerdings müsse die Rentabilität dieses Betriebsteils durch den vorgesehenen Personalabbau verbessert werden. Wenn der Senat ständig etwas anderes behaupte, so geschehe das „aus unerklärlichen Gründen" und sei „geschäftsschädigend".



Im Schatten des Michel: Schwarze Fahnen gegen den Tod der Werft
FOTOS: WERNER BAUM

Die Belegschaft, der Betriebsrat, die IG Metall und der Senat hingegen halten das für ein Hinhalte-Manöver – und sehen sich in dieser Auffassung durch Branchenkenner bestätigt, die zwar hinter vorgehaltener Hand, aber in der Sache klipp und klar erklären: Angesichts der auch im Schiffbau raschen technologischen Entwicklung sei es kaum vorstellbar, eine Werft gänzlich ohne Neubau, nur mit Reparaturaufträgen, über Jahre hinweg zu beschäftigen.

Die Vorstandsentscheidung, den Schiffsneubau gänzlich bei HDW in Kiel zu konzentrieren, hält Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi für das Ergebnis „kurzfristiger betriebswirtschaftlicher Überlegungen"; Ahlers hingegen hat keine große Mühe, mit harten Zahlen den Nachweis zu führen, daß Schiffe in Kiel bei weitem kostengünstiger als in Hamburg gebaut werden können. Wie die insbesondere auch vom Hamburger Senat immer wieder beschworene Zusammenarbeit der norddeutschen Landesregierungen in der Werftenkrise in der Praxis aussieht, machte Langes Bemerkung deutlich, in der Hansestadt sei man nicht daran interessiert, „mit Hamburger Aufträgen Arbeitsplätze in Kiel zu sichern". Ahlers entgegnete kühl: „Aber wenn es darum geht, in Hamburg entstandene Millionenverluste auszugleichen, ist Ihnen ein Viertel des Kieler Geldes gut genug."

Dohnanyis Wirtschaftssenator spricht zwar von „Hamburger Aufträgen" für das HDW-Werk Ross, doch was darunter konkret zu verstehen sei, hat er bislang für sich behalten. Der Senat, so Dohnanyi, habe sich „in den Bereichen Reparatur, alternative Produkte, Arbeitsförderungsmaßnahmen für HDW Hamburg eingesetzt" und dem Vorstand „Vorschläge unterbreitet".

Als aber Lange in der Deputation (einem ehrenamtlichen Beratungsgremium) seiner Behörde gefragt wurde, ob er denn die Aufträge erläutern könne, die man der Großwerft in Aussicht gestellt habe, war die Antwort des Senators eher bescheiden. Diese Aufträge seien „unbezifferbar" und „klein"; im wesentlichen könnten sie nur dazu dienen, daß der HDW-Vorstand sich endlich über schiffbaufremde Fertigungen Gedanken mache. Ahlers bestreitet nachdrücklich, daß der Senat produktionsreife und finanzierbare Aufträge anzubieten habe.

Während sich der Werftchef und sein Gegenspieler Volker Lange vor den Fernsehkameras eisig die Meinung sagten, strebten am Montagabend mehrere hundert HDW-Arbeiter, Campingliegen und Luftmatratzen unter dem Arm, der Werkskantine zu, um dort zu übernachten: Fortsetzung der am Nachmittag beschlossenen HDW-Besetzung. Gestern vormittag fand wieder eine Belegschaftsversammlung statt. Eine Abordnung des Betriebsrates flog unterdessen in die Bundeshauptstadt, um im Kanzleramt mit den Kanzler-Vertrauten Waldemar Schreckenberger und Hans Tietmeyer über Stützungsmaßnahmen zu verhandeln. Gerhard Stoltenberg will die Herren morgen in Bonn treffen; Vorstandschef Klaus Ahlers wird dabeisein, auch der Bezirksleiter der IG Metall in der Hansestadt, Otto vom Steeg. Der Bundesfinanzminister soll helfen, damit bei HDW in Hamburg wieder Schiffe gebaut werden. Nur – selbst wenn das gelänge, bleibt das grundlegende Faktum: Es gibt zuviel Tonnage und zuwenig Beschäftigung, bei HDW dementsprechend zuwenig Aufträge und zu viele Mitarbeiter. Der gordische Knoten scheint kaum entwirrbar.



Stummer Protest auch in der Nacht: Die Kantine der HDW-Werft wird in ein Nachtlager umfunktioniert.

Schon vor der Prüfung packt viele Lehrherren der Zorn

Immer weniger Lehrlinge können richtig schreiben, lesen oder rechnen. Die Klagen der Industrie sind nicht neu, aber sie werden lauter.

Von HANNA GIESKES

Und dann werde ich mich an die Zahbseulen betetigen." Hoffentlich kann der angehende Tankwart, der dies in einem Aufsatz für seine Berufsschule zu Papier brachte, mit den Zapfsäulen besser umgehen als mit der deutschen Sprache. Er ist beileibe kein Einzelfall: Die Klagen der Wirtschaft über mangelhafte bis unzureichende Kenntnisse der Auszubildenden in den Fächern Deutsch und Rechnen häufen sich, wobei, wie die Industrie- und Handelskammer Koblenz herausgefunden hat, „kurioserweise die zukünftigen Verkäufer und Verkäuferinnen am schlechtesten rechnen und die angehenden Bürofachkräfte am schlechtesten Deutsch können".

Wirtschaft, Verbände und Kammern sind einhellig der Meinung, daß hier die allgemeinbildenden Schulen versagt haben. Die Industrie- und Handelskammern des Landes Schleswig-Holstein haben den Schulen in diesen Tagen öffentlich Versäumnisse angelastet und den Kultusminister aufgefordert, im Interesse der Jugendlichen „die Schulbildung erheblich zu verbessern". Die geringen Kenntnisse der jungen Menschen erschwerten deren Vermittlung in Ausbildungsverhältnisse; die Durchfallquoten in den Abschlußprüfungen seien ungewöhnlich hoch.

So sind, wie die Koblenzer Kammer berichtet, bei den Prüfungen vom Winter 1982/83 – die jüngsten Prüfungsergebnisse sind statistisch noch nicht ausgewertet – rund 17,5 Prozent der Bürogehilfinnen und 12 Prozent der Industriekaufleute durchgefallen. Bei den angehenden Schriftsetzern, „die ja eigentlich ein gutes Verhältnis zur deutschen Sprache haben sollten", habe die Durchfallquote gar 27,3 Prozent betragen. Hinzu komme, daß das Schwergewicht der Noten für die „Bestandenen" bei „ausreichend" liege, und das gebe nun keineswegs zu großen Hoffnungen Anlaß, meint ein Sprecher der Koblenzer Kammer.

Gelegentlich kommen die Jugendlichen jedoch gar nicht bis zur Abschlußprüfung, weil ihre Lehrherren schon vorher der Zorn packt. Briefe wie dieser – gerichtet an eine Industrie- und Handelskammer – sind keine Seltenheit: „Sie erhalten beiliegend obigen Vertrag zurück mit der Bitte um Löschung, weil die Auszubildende in keiner Weise unseren Anforderungen genügte. Es ist geradezu unerhört, was für ein niedriges Niveau ‚Azubis' heute aufweisen."

Dabei hatte dieser „Azubi" sogar die mittlere Reife, doch auch die scheint vor Unkenntnis nicht zu schützen. Nicht einmal das Abitur, wie die Industrie- und Handelskammer Kassel resignierend feststellt: „Wenn Abiturienten nahezu ein Viertel der einfachen, aber für alle beruflichen Rechenarten grundlegenden Aufgaben nicht lösen konnten, dann ist das schon erschreckend", heißt es in einem Bericht über einen Rechen- und Rechtschreibtest für Berufsanfänger, der im Winter vergangenen Jahres an allen hessischen Kammern stattfand.

Die Kasseler Berufsbildungs-Experten haben die Ergebnisse dieses Tests mit den Ergebnisssen eines gleichartigen Tests von 1978 verglichen. Der Anteil der Schüler mit mittlerer Reife und Abitur lag diesmal höher als 1978, so daß mit besseren Ergebnissen zu rechnen war. Dies erwies sich indes als Fehlschluß. Die durchschnittliche Fehlerzahl entsprach exakt der von 1978, „so daß die Vermehrung höherer schulischer Abschlüsse keine Verbesserung der Leistungen zur Folge hatte".

Anderswo sieht es nicht besser aus. Im Rahmen einer Umfrage nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen in ihrem Bezirk hatte die Industrie- und Handelskammer Lübeck die Unternehmen auch nach den Resultaten von Eignungstests gefragt, soweit sie überhaupt stattfinden. Das Ergebnis ist wenig ermutigend: Die Durchfallquote lag im Schnitt bei 59 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen hatten sich Anfang Januar 1983 fast 5000 Auszubildende einem freiwilligen Rechtschreibtest gestellt, „dessen Ergebnisse leider deutlich schlechter ausfielen als im ersten Test vor zwei Jahren", schreibt die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen. Im gleichzeitigen Rechentest habe man keine Verbesserung feststellen können: „Besonders Bruchrechnen, Prozent- und Zinsrechnung scheint Schülern aller Schularten größte Schwierigkeiten zu machen." Auch hier folgt der Appell an die Schulaufsicht und die Lehrer, „nun endlich größeres Gewicht auf das Einüben von Rechtschreibung und Rechenfertigkeiten zu legen".

„Seit längerer Zeit führen wir mit den Verbänden und Kammern intensive Gespräche über dies Problem", heißt es dazu im nordrhein-westfälischen Kultusministerium in Düsseldorf. Allerdings habe man den Verdacht, „daß die Kritik immer dann besonders massiv ist, wenn die Wirtschaft Schwierigkeiten hat, ihre Kapazitäten auszulasten".

Der Sprecher des Ministeriums – „wir wollen die Unzulänglichkeiten im Wissen mancher Schüler gar nicht leugnen" – gibt auch zu bedenken, daß die Rahmenbedingungen gerade für die neuralgischen Fächer Deutsch und Rechnen heute wesentlich schlechter seien als früher: „Welches Kind schreibt denn noch einen Brief, um sich bei der Tante für das Weihnachtsgeschenk zu bedanken? Da wird zum Telefon gegriffen", klagt er. Das Lesen werde vielfach durch Fernsehen ersetzt, und das Rechnen besorge der Taschenrechner.

„Natürlich darf die Schule vor diesen Schwierigkeiten nicht kapitulieren", räumt er ein, und es gebe darum eine ministerielle Anweisung an die Lehrer, auf die „Einübung" von Techniken im Rechnen und Schreiben wieder mehr Wert zu legen.

Wie die SED die Grünen einschätzt

AFP/DW. **Berlin**

Das „Institut für internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) in Ost-Berlin schätzt die Partei der Grünen als politische Kraft ein, „die das reibungslose Funktionieren der Mechanismen des bürgerlichen Parlamentarismus in der BRD bis zu einem gewissen Grad in Frage stellen kann". Ohne Zweifel seien mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag „neue Möglichkeiten für das Zusammenwirken der außerparlamentarischen demokratischen Bewegung in der BRD mit gewählten parlamentarischen Vertretern geschaffen worden", erklärte das Institut in einer kritischen Analyse. In ihr wird allerdings auch die „Verschwommenheit" mancher Vorstellungen, die in der Programmatik der Grünen vorhandenen *„Widersprüchlichkeiten" sowie* die „Unschärfe" insbesondere der wirtschaftspolitischen Positionen hervorgehoben. So laufe diese Partei Gefahr, „die ökologische gegen die soziale Frage auszuspielen". Seit dem „NATO-Raketenbeschluß von 1979" und angesichts der sich entfaltenden „Friedensbewegung" habe sich eine „Verschiebung" der Aktivitäten ergeben. Die Grünen, so der IPW-Bericht, seien „Teil der Friedensbewegung in der BRD". Der Umstand, daß in ihren Vorstellungen „auch eine Reihe antikommunistischer und antisowjetischer Vorbehalte" enthalten seien, „erschwere den Prozeß der Bewußtseinsbildung in Teilen der Bevölkerung sowie das Zusammenwirken *mit anderen demokratischen Kräften* im Rahmen der Friedensbewegung".

Kirchenpräsident warnt Pfarrer

Nea. **Worms**

In einem Brief an alle Kirchenvorstände und Pfarrer hat der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident Helmut Hild im Zusammenhang mit den Friedensdemonstrationen *vor einem* Mißbrauch des Wortes „Widerstand" gewarnt, der zu folgenschweren Miß*verständnissen führen müsse.* Widerstand sei nur gerechtfertigt, wenn die Rechtsordnung vollständig versage. *Davon könne jedoch in der* Bundesrepublik Deutschland keine Rede sein.

Verurteilung als Ausweisungsgrund

dpa, **Karlsruhe**

Die wiederholte rechtskräftige Verurteilung eines Ausländers wegen Straftaten ist, ungeachtet der Trennung von seiner in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Familie, ein hinreichender Ausweisungsgrund.

Wie der Dreierausschuß des Bundesverfassungsgerichts, der über die Annahme von Verfassungsbeschwerden entscheidet, feststellte, gebietet der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie es nicht schlechthin, jegliche Belastung von einer Familie fernzuhalten. Mit dieser gestern veröffentlichten Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde eines Türken bestätigte das Verfassungsgericht entsprechende Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Neustadt/Weinstadt und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz (Aktenzeichen: 2 BvR I 2084/83 vom 13. September 1983).

Ost-Berlin läßt sich politische Häftlinge immer teurer bezahlen

In zwanzig Jahren 2,2 Milliarden Mark aus Bonn / Amnesty kritisiert „DDR"-Gesetze

HANS-R. KARUTZ, **Berlin/Bonn**

Die Bundesregierung hat seit 1963 für exakt zwei Milliarden, 799 Millionen und 740 000 Mark rund 20 000 politische Häftlinge aus der „DDR" freigekauft. Nach amtlichen Unterlagen, die schon am vergangenen Wochenende beim Deutschland-Treffen der „Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge" eine Rolle spielten, sind in der Bundesrepublik 19 002 Freikäufe registriert worden, während Ost-Berlin im selben Zeitraum 23 421 Häftlinge gegen Entgelt in bar oder gegen teure Rohstoffe in die Bundesrepublik entlassen haben will.

In den vergangenen 20 Jahren stie*gen nach diesen Informationen die* Pro-Kopf-Durchschnittspreise erheblich: Von 1963 bis 1965 wurden jeweils rund 10 000 Mark pro Häftling gezahlt, von 1965 bis 1971 bereits 30 000 Mark. Zwischen 1971 und 1979 stieg der Pro-Kopf-Betrag den die andere Seite forderte, auf rund 40 000 Mark, seither belief er sich auf 50 000 Mark. Die Summen werden 15 Tage vor der Übergabe fällig und müssen einem „DDR"-Konto in der Bundesrepublik gutgeschrieben sein. 1982 kamen insgesamt *28* Häftlingstransporte mit 30 bis 89 Personen in die Bundesrepublik.

Nach Unterlagen Ost-Berlins, die jetzt im Westen bekannt wurden und in der „DDR" vertraulich behandelt werden, begannen die Freikauf-Aktionen vor 20 Jahren während der Amtszeit des damaligen innerdeutschen Ministers Rainer Barzel mit acht freigekauften Häftlingen. Bereits ein Jahr später war diese Zahl auf 880 angestiegen, kletterte 1965 auf 1160, sank dann bis zum Ende der sechziger Jahre auf jeweils unter 1000 und erreichte 1978 mit 1480 Männern und Frauen den bis dahin verzeichneten Höchststand.

*Nach den Aufzeichnungen der Be*hörden in der Bundesrepublik sind die Zahlenangaben aus Ost-Berlin je*doch jeweils nach oben „abgerun*det". Im Verlauf der Jahre führte dieses humanitäre Programm unter *dem* Stichwort der „besonderen Bemühungen der Bundesregierung" zu immer höheren Ausgaben. So wurden von den insgesamt *gezahlten* 2,8 Milliarden Mark allein 2,295 Milliarden zwischen 1979 und Ende 1982 fällig. Die Differenz zwischen den weitaus höheren Freikauf-Zahlen Ost-Berlins gegenüber den Bonner Angaben erklären sich möglicherweise auch damit, daß die „DDR" dieses einträgliche Geschäft nicht nur mit Deutschen, sondern auch mit Bürgern anderer westlicher Staaten betreibt.

Wie berichtet, ist seit kurzem auf diesem schwierigsten Feld der innerdeutschen Beziehungen nicht mehr der Westberliner Anwalt Jürgen Stange, sondern der frühere Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Wolf Eckhard Jäger, zuständig. Sein Unterhändler auf der anderen Seite bleibt der enge politische und persönliche Vertraute von Erich Honecker, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel.

Die „Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge" nannte am Wochenende während ihrer Tagung eine Zahl von etwa 2000 politischen Gefangenen, die sich in den „DDR"-Strafvollzugsanstalten befänden. Etwa 1200 bis 1300 von ihnen würden pro Jahr von der Bundesregierung freigekauft.

Die Londoner Zentrale der 1977 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Hilfsorganisation „Amnesty International" hat erst am Wochenanfang das Verhalten der „DDR" im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen scharf kritisiert. Sie hielt der Regierung in *Ost-Berlin* vor, gesetzlich fixierte Menschenrechtsverletzungen zuzulassen, obwohl Ost-Berlin *vor zehn Jahren ebenfalls* dem internationalen Vertrag über Freiheits- und Menschenrechte zugestimmt habe.

Nach Angaben Amnestys werden in der „DDR" regelmäßig Menschen zu Gefängnis verurteilt, weil sie die offizielle Politik kritisieren. Die Organisation erwähnte unter anderem Beispiele, in denen Bürger wegen „verräterischer Weitergabe von Informationen" verurteilt wurden, weil sie über ihre Schwierigkeiten beim Beantragen von Ausreisevisa berichtet hätten. Es sei kein einziger Fall bekannt, daß ein Angeklagter bei einem derartigen Prozeß freigesprochen worden wäre. Die vagen Gesetze erschwerten die Verteidigung.

Umweltschutz: „DDR" gesprächsbereit

Innenminister Zimmermann gibt dem Kampf gegen das Waldsterben absoluten Vorrang

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Umweltschutz ist das beherrschende *Parlamentsthema in dieser* Woche in Bonn, nachdem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) *dazu morgen eine Regierungs*erklärung abgeben wird. Bereits gestern hat der Bundesinnenminister vor der CDU/CSU-Fraktion in Berlin die umweltschutzpolitischen Leitlinien der Bundesregierung erläutert. *Heute wird* es anläßlich der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt zu Begegnungen Zimmermanns mit Repräsentanten der Mineralölwirtschaft und der Automobilindustrie kommen. Der Beschluß des Kabinetts, ab 1. Januar 1986 bleifreies Benzin einzuführen, hat vor allem in diesen Bereichen der Wirtschaft Diskussionen ausgelöst.

In der morgigen Debatte werden sich prominente Redner zu Wort melden. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich vorbehalten, ans Rednerpult zu gehen. Die Bundesminister Kiechle (Landwirtschaft) und Riesenhuber (Forschung und Technologie) sowie der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) werden in die Debatte eingreifen.

Ungeachtet dieser Vorgänge im Parlament gibt es auch in anderen Bereichen des Umweltschutzes „Bewegung". Die „DDR" hat sich jetzt damit einverstanden erklärt, mit Bonn über die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und über Strahlen- *sowie Katastrophenschutz* „im Grenzbereich" Expertengespräche aufzunehmen. Dies bestätigte ge*stern der Sprecher des* Bundesinnenministeriums, Butz. Die Geprächsbereitschaft Ost-Berlins hatte der baye*rische Ministerpräsident Franz Josef* Strauß nach seiner Begegnung mit SED-Genereralsekretär Erich Ho*necker dem Bundesinnenminister* mitgeteilt, der daraufhin der „DDR" mehrere Terminvorschläge unterbreitete. Inzwischen hat Ost-Berlin erklärt, daß es grundsätzlich zur Erörterung dieser Thematik bereit sei und für den 25. Oktober „voraussichtlich" zusagen könne. Bonn geht es in erster Linie darum, mehr über die Sicherheitsvorkehrungen und die Lagerbestände in der „DDR"-Atommülldeponie in Bartensleben gegenüber von Helmstedt in Erfahrung zu bringen. Aber die Bundesregierung hätte auch nichts gegen eine Ausweitung der Gespräche auf das allgemeine Thema der Reaktorsicherheit. Die „DDR" wiederum, so wird erwartet, hat Informationswünsche hinsichtlich der Lagerungen in dem alten Bergwerk Asse und der Entwicklung in Gorleben.

Auch die CSSR, die zu den „Hauptexporteuren" von Schwefelmengen in die Bundesrepublik Deutschland gehört, läßt vorsichtige Gesprächsbereitschaft erkennen. Wie am Rande der Fraktionssitzung der Union in Berlin bekannt wurde, wird es demnächst eine Begegnung Zimmermanns mit dem tschechoslowaki*schen Botschafter in Bonn über diese* Thematik geben. Diese Unterredung dürfte die Eingangsstufe für einen *späteren Besuch des Bundesinnen*ministers in der CSSR sein, der allerdings dadurch zusätzlich problematisiert ist, weil *Zimmermann auch* Verfassungsminister und zugleich politisch verantwortlich für die Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge ist.

In seiner Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Zimmermann gestern erklärt, der wichtigste Schwerpunkt im Umweltschutz sei der Kampf gegen das Waldsterben. Erforderlich sei eine Vorsorgepolitik, „die an der Quelle der Luftverschmutzung ansetzt". Zugleich ließ Zimmermann keinen Zweifel daran, daß er die Einführung von bleifreiem Benzin durchsetzen will. Er machte aber deutlich, daß dauerhafte Erfolge im Umweltschutz „nur auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft und nicht im Widerspruch zu ihr" erzielt werden könnten. Zimmermann setzt – ungeachtet zu erwartender Widerstände – auf die Einsicht und den „unternehmerischen Wagemut" im Umweltschutz. Er gilt als Gegner einer „Waldabgabe", wie sie von dem früheren Bundesinnenminister Baum vorgeschlagen worden ist. Die FDP-Minister haben den Vorschlag Baums im Bundeskabinett ebenfalls nicht weiterverfolgt, weil sie darin eine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft sehen, die nach der Konzeption der Bundesregierung auch noch investieren soll.

Seite 22: Alarm aus dem Wald

Kein Schmidt mehr gibt Rau Rückendeckung

Auch SPD in NRW geht auf Anti-Nachrüstungs-Kurs

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Johannes Rau sieht sich hilfesuchend, um – und hinter ihm steht nicht mehr Helmut Schmidt. Einer, der ihm den Rücken stärkt, einer, der auch mit harten Worten bis hin zu Drohungen den Genossen ins Gewissen redet. Und Johannes dreht sich wieder nach vorn und sieht vor sich eine Partei, die sich innerhalb von zwei Jahren tiefgreifend verändert hat. Tendenziell waren die Strömungen schon immer da – nur: der Verlust der Macht hat diese Strömungen zum reißenden Strom gemacht, der Vernunft und sachliche Argumente fortschwemmt. Johannes Rau blickt auf seine Partei und muß erkennen, daß sie sich von ihm fortbewegt. Zwar suchte er gestern noch abzuwiegeln, und erklärte zu Voraussagen, die Raketenfrage werde die SPD für lange Zeit spalten: „Ich glaube, das ist eine Hoffnung der Gegner, aber keine Prognose für die Zukunft."

Johannes Rau ist Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen und Stellvertreter von Willy Brandt. Er galt mit seinen SPD-Bezirken Mittelrhein, Niederrhein, westliches Westfalen und Ostwestfalen-Lippe als Garant für das Sicherstellen des NATO-Doppelbeschlusses und muß jetzt erkennen, daß die Truppen diese *einst feste Bastion der Sozialdemo*kratie verlassen.

Der Bezirk Mittelrhein unter seinem Vorsitzenden Günter Schlatter vollzog schon im Frühsommer die Kehrtwendung: Eine klare Mehrheit stimmte gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa – egal, wie die Genfer Ver*handlungen verlaufen.* Schon *damals* hielten es die Delegierten für notwendig, daß „die gesamte SPD den Nach*rüstungsplänen mit einem klaren* und eindeutigen Nein gegenübertritt". Mehrere Redner, die dafür plä*dierten, einen solchen Beschluß erst* aufgrund der Entwicklungen der Genfer Abrüstungsgespräche bei ei*nem* SPD-Sonderparteitag im November zu fassen, blieben deutlich in der Minderheit.

Und die anderen Bezirke? Ostwestfalen-Lippe gilt schon seit Februar 1982 als „Nachrüstungs-Gegner". Da*mals legten die Genossen um den* linken ehemaligen Bundestagsabgeordneten Klaus Thüsing den Grund*stein für ihre Ablehnung* des NATO-Doppelbeschlusses. Stöhnte der als gemäßigt geltende Vorsitzende Heinz Junker: „Ich bin froh, daß der Bundeskanzler wegen Nebels doch nicht zu unserem Parteitag kommen konnte, und daß er diesen Antrag nicht lesen muß."

Unsicherheit herrscht im Bezirk *Niederrhein. Dem neuen Vorsitzen*den Heinz Schleußer wird die Durchsetzungskraft nicht zugetraut, die sein *Vorgänger Hans-Otto Bäumer* in schwierigen Situationen immer wieder bewiesen hatte.

Bleibt der bundesweit wichtigste SPD-Bezirk westliches Westfalen unter seinem – eher konservativen – *Chef Hermann Heinemann.* Dabei sind weniger die Quantitäten das entscheidende Moment: Der gesamte Landesverband Nordrhein-Westfalen verfügt über knapp 300 000 Mitglieder – auf Bundesparteitagen stellen Niederrhein, Mittelrhein und Ostwestfalen mehr als 60 Delegierte von insgesamt 400 – der Bezirk westliches Westfalen aber allein schon 60 aufgrund seiner Mitgliederzahl.

Es zählt aber auch die Qualität dieses Bezirkes, den Herbert Wehner einst die Herzkammer der SPD nannte. Erinnern wir uns: Warum eilte Bundeskanzler Helmut Schmidt damals kurz vor dem Berliner SPD-Parteitag im Dezember 1979 ins Ruhrgebiet, um die Genossen auf „seine" Linie des Doppelbeschlusses einzuschwören? Und warum trat er im Mai 1981 – nach wochenlangem Schweigen – gerade in Recklinghausen vor eine Funktionärskonferenz des westlichen Westfalens, zu einer Zeit, als die Stimmung in der SPD schon einmal umzukippen drohte? Die Bremer SPD und die baden-württembergischen Genossen hatten sich gerade von dem Berliner Parteitagsbeschluß abgewandt. Erinnern sich die Sozialdemokraten heute noch an diesen 17. Mai und an Helmut Schmidts Worte? Es ist wichtig, dessen Aussagen noch einmal aufzuführen: „Die These von der westli*chen Aufrüstung ist dummes* Geschwätz." Und: „Nachdem die Sowjetunion seit fünf Jahren einseitig mit den SS-20-Raketen weitergerüstet hat, ist das Prinzip des militärischen Gleichgewichts eine unerläßliche Voraussetzung für die weitere Sicherheitspolitik des Westens geworden." Und: „Wer dieses Prinzip vorspielt, liefert uns aus." Und: „Wer als Sozialdemokrat auf das dumme Geschwätz von der Aufrüstung der Bundesrepublik hereinfällt, der hat entweder seine Groschen nicht beisammen, oder er ist unredlich." Und: „Die SPD vertritt seit den 60er Jahren dieselbe Politik, die in der Tradition Adenauers, Erhards, Kiesingers und Brandts steht und das unverzichtbare Gleichgewicht zwischen Ost und West zum Ziel hat. Wer dieses Gleichgewicht gefährdet, kann über Nacht in den Schnabel genommen werden, wie es in Ungarn, in der CSSR, in Afghanistan passiert ist und morgen vielleicht einem vierten Land passieren kann."

Johannes Rau mag sich nicht zu dieser deutlichen Sprache durchringen. Seinem Naturell entsprechend sagt er, er halte es „in hohem Maße für wünschenswert, daß (in Genf) noch ein Kompromiß zustande kommt", aber er erwarte „keine Zwischenlösung mehr". Und er schiebt dem Beschluß der Südwest-SPD die Bedeutung „einer regionalen Ent*scheidung" zu,* die aber aus der Betrachtung nicht herausfallen dürfe.

Johannes Rau taktiert und laviert *zwischen den Fronten,* denn natürlich weiß auch er, daß die wichtigste Bastion, eben das westliche Westfa*len, tiefe Erosionen zeigt. Es deutet* sich an, daß die baden-württembergischen Genossen ausgerechnet Bei*stand aus Dortmund bekommen. In* einem Leitantrag zum Sonderparteitag am 8. Oktober formulierte der Vorstand jetzt ein Abrücken *von der* bisherigen Linie. In sechs Punkten wird am Nein zur Nachrüstung kein Zweifel gelassen, wenn auch garniert mit der Forderung nach Verlängerung der Genfer Abrüstungsgespräche. Stimmt der Parteitag dem zu, ist das Ergebnis eines Sonderparteitages der Bundes-SPD im November vorgezeichnet.

Nachrüstung: Meinungsstand in der SPD

DW. **Bonn**

Nach einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sieht der Diskussionsstand in den einzelnen Lan*desverbänden der SPD zum Thema* Nachrüstung wie folgt aus:

Schleswig-Holstein (15 Delegierte auf dem Bundesparteitag): Hier wird am 24./25. September vermutlich die bereits 1981 beschlossene Ablehnung der Stationierung bekräftigt.

Hamburg (11): Dem Landespartei*tag am 23./24.* Sepember liegt ein Vorstandsantrag vor, der eine 150 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone in *Europa fordert. Der linke Flügel* will sich für ein klares Nein zur Stationierung aussprechen.

Bremen *(6):* Der Landesverband hat sich bereits auf ein Nein zur Stationierung festgelegt.

Berlin *(13): Dem* Landesparteitag am 24. September liegen unterschiedliche Anträge zur Raketenfrage vor.

Niedersachsen *(49): Für* den Landesparteitag am 8. Oktober liegt noch kein Antrag zum Thema Nachrüstung vor.

Nordrhein-Westfalen (120): Siehe nebenstehenden Bericht.

Hessen (58): Der Bezirk Hessen-Süd (38) wird sich am 8. Oktober wahrscheinlich klar gegen die Stationierung aussprechen. In Hessen-Nord (20) ist kein Parteitag geplant.

Baden-Württemberg (29): Der Landesverband hat sich am Wochenende ohne Wenn und Aber gegen eine Stationierung ausgesprochen.

Bayern (54): Parteitag am 8. Oktober. Hier zeichnet sich die Tendenz ab, für eine Fortsetzung der Genfer Gespräche und einen Stationierungsaufschub zu votieren.

Rheinland-Pfalz (30): Landesparteitag am 1. Oktober, noch unklares *Bild.*

Saarland (15): Beim Parteitag am 8. Oktober wird ein klares Nein zur Nachrüstung erwartet.

„Spekulation"

AP, **Berlin**

Als Spekulationen hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, gestern in Berlin Berichte bezeichnet, wonach die „DDR" bei einem Banken-Konsortium in der Bundesrepublik Deutschland um einen weiteren Milliardenkredit nachgesucht haben soll. Über Sondierungen zwischen der „DDR" und den westdeutschen Banken lägen ihm keine Informationen vor, sagte Dregger.

Nach Berichten des in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel" von gestern möchte die „DDR" zur Dek*kung ihrer Auslandsschulden einen* Kredit in Höhe von zwei Milliarden Mark bei westdeutschen Banken unter Leitung der Deutschen Bank aufnehmen. Der Vorgang sei aber offenbar noch nicht auf die offizielle politische Ebene *in Bonn vorgedrungen.* Der Bundesregierung seien jedoch einschlägige Informationen im Zusammenhang mit der Leipziger Messe zugekommen, schrieb die Zeitung.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at *Englewood, N.J. 07631 and at additional mai*ling offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Walesa spricht von neuen Protestaktionen

AFP, **Warschau**

Angesichts der sich stetig verschlechternden Wirtschaftslage hat Arbeiterführer Lech Walesa von neuen Protestaktionen gesprochen. In einem Telefongespräch erklärte Walesa, diese Demonstrationen würden bereits vorbereitet. Die Opposition wolle jedoch sicher sein, daß die neuen Aktionen wirklich zu personellen Veränderungen in der Warschauer Führung zwingen werden. „Wir werden mehr erreichen als im August 1980 (mit den Danziger Abkommen), denn damals waren wir schlecht vorbereitet", erklärte Walesa.

Nach den jüngsten amtlichen Angaben haben die Preise im ersten Halbjahr 1983 um 30 Prozent höher gelegen als im Vorjahr. Während der ersten sechs Monate dieses Jahres sei die Kaufkraft durchschnittlich um ein Prozent gesunken. Dabei hat die offizielle Agentur PAP jedoch zugegeben, daß ein Großteil der Bevölkerung erheblich höhere Verluste hat hinnehmen müssen. Als Beispiel nannte die Agentur die Rentner, die über sechs Prozent weniger Kaufkraft verfügten. Die derzeitige Situation wird in Bevölkerung und politischer Führung um so ernster genommen, als spätestens Anfang 1984 eine neue Welle von Preiserhöhungen zu erwarten ist.

Neue Minister vom KGB

AP, **Moskau**

Zwei frühere Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB sind zu stellvertretenden Innenministern ernannt worden. Wie die Nachrichtenagentur AP meldete, handelt es sich dabei um den ehemaligen Vizepräsidenten des Geheimdienstes KGB, Wassili Letschepokow, und Kyril Wostrikow. Außerdem sei der Posten eines weiteren stellvertretenden Innenministers neu besetzt worden. Der Name des dritten neuen Vizeministers wurde mit Boris Zabotin angegeben. Zabotin sei vor seiner Berufung Leiter einer Abteilung des Ministeriums zur Bekämpfung des „Diebstahls von sozialistischem Eigentum" gewesen. Der Schritt wurde mit dem Bemühen des neuen Staats- und Parteichefs Andropow zur Bekämpfung der Korruption und der Effektivierung des Staatsapparates in Verbindung gebracht.

Shamir rückt Amt des Premiers noch näher

Koalitionsabkommen in Israel ist perfekt

R. SELIGMANN, **Bonn/Jerusalem**

Israels Außenminister Yitzhak Shamir ist seinem Ziel, die Nachfolge des zum Rücktritt entschlossenen Ministerpräsidenten Menachem Begin anzutreten, einen Schritt näher gekommen. In der Nacht zum Dienstag haben die bisherigen Koalitionspartner des Likud die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung abgeschlossen. Den endgültigen Passierschein für den ersten Sessel am Kabinettstisch hat Shamir freilich noch nicht in der Tasche.

Wenige Tage nach der Bekanntgabe des Rücktrittsentschlusses von Begin am 28. August hatte sich das Zentralkomitee der Herut, der größten Partei im Regierungsbündnis, in einer Kampfabstimmung knapp auf Shamir als Nachfolger Begins geeinigt. Wenige Tage später gelang es Shamir, eine prinzipielle Übereinkunft der Koalitionspartner zur Fortführung der Regierung zu erzielen.

Preis und Wert dieser Einigung wurden schon wenige Stunden später deutlich. Die orthodox-religiöse Agudah-Partei, auf deren Stimmen die Koalition angewiesen ist, erklärte, ihr seien erhöhte Zuschüsse für die Talmud-Akademien sowie die Einbringung eines Gesetzes zur Definition des Judentums zugesagt worden. Gerade dieses Gesetz wird von der Mehrheit der Israelis aber erbittert bekämpft, da es das Judentum auseinanderzudividieren droht. So nahm es nicht wunder, daß gerade Abgeordnete der Liberalen Partei, die mit der Herut im Likud-Block zusammengeschlossen ist, die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, also ein Kabinett unter Einschluß der oppositionellen Arbeiterpartei, forderte. Diesem Ansinnen schlossen sich die Nationalreligiöse Partei von Innenminister Josef Burg (sechs Mandate) sowie die ethnische Gruppe Tami (drei Mandate) und die Telem-Fraktion (drei Mandate) an. Die Parteien der politischen Mitte befürchten, daß sie bei einer Konfrontation zwischen einer von der Herut angeführten Rechtskoalition und einer starken Opposition der Arbeiterpartei ihr Profil verlieren und daher bei den kommenden Wahlen, die Beobachter im Laufe der nächsten zwölf Monate erwarten, auch Stimmen einbüßen würden – eine Tendenz, die seit Jahren zunimmt. Bei einer großen Koalition hingegen, die sich zwangsläufig auf mittlere Positionen einigen müßte, würden die Parteien dieser Richtung an Ansehen gewinnen.

Shamir sagte daher zu, mit der Arbeiterpartei über die Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit" zu verhandeln. Mehr als ein Lippenbekenntnis dürfte dies nicht gewesen sein. Denn die Arbeiterpartei ist mit 50 Sitzen die stärkste Fraktion im 120köpfigen Parlament. Der Likud verfügt nur über 46 Mandate. Die Arbeiterpartei müßte daher das Amt des Regierungschefs fordern. Shamir, der entschlossen ist, diesen Posten selbst zu bekleiden, dürfte der Arbeiterpartei die Ressorts Äußeres, Finanzen und Verteidigung angeboten haben. Diese Ämter sind bei der schwierigen außenpolitischen Lage, der katastrophalen Finanzsituation und der unpopulären Verstrickung der israelischen Armee in Libanon wenig begehrt.

Falls die Arbeiterpartei das Angebot Shamirs abgelehnt hat – wovon auszugehen ist –, kann dieser darauf verweisen, er hätte sein Bestes versucht, eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, sei aber an der Weigerung der Opposition gescheitert. Daher müsse die alte Regierungskoalition fortgesetzt werden. Dies dürfte in den vergangenen Tagen geschehen sein. Daher nun die Einigung auf ein neues Koalitionsabkommen, das heißt ein Regierungsprogramm und die Verteilung der begehrten Kabinettsposten.

Sobald der amtsmüde Premier Menachem Begin in den nächsten Tagen Staatspräsident Chaim Herzog seine Demission unterbreitet hat, ist damit zu rechnen, daß Yitzhak Shamir, der nun die Mehrheit hinter sich weiß, mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird. Ob das Kabinett Shamirs freilich stark genug sein dürfte, die schwierigen wirtschaftlichen, militärischen, außen- und innenpolitischen Probleme des Landes effektiv anzupacken, darf bezweifelt werden. Eher ist damit zu rechnen, daß in dieser Regierung jeder Koalitionspartner versuchen wird, durch eine besonders nachdrückliche Betonung seiner eigenen Position Profil für die nächsten Wahlen, die nicht allzufern liegen dürften, zu gewinnen.

Managua: Paris gewährt Kredit. Pastora droht mit Angriffen

SAD/AFP/rtr, **Paris/San José**

Die sozialistisch-kommunistische Regierung Frankreichs unterstützt weiter massiv das marxistische Revolutionsregime in Nicaragua. Am Montag wurde in Paris ein Abkommen für einen neuen Kredit in Höhe von 40 Millionen Mark für Managua unterzeichnet. Am selben Tag bezeichnete ein Sprecher des Pariser Außenministeriums die kürzlichen Luftangriffe auf Zivileinrichtungen in Nicaragua als eine „Eskalation der Gewalt, die Frankreich bedauert".

Der neue französische Kredit für Nicaragua liegt um 20 Prozent höher als der Kredit von 100 Millionen Franc (34 Millionen Mark), den Paris im vergangenen Jahr gewährte. Außerdem wurde ein Vertrag über die Lieferung von Waffen und Militärausrüstung im Wert von 33 Millionen Mark unterzeichnet.

Die Bedingungen für den neuen 40-Millionen-Kredit sind besonders günstig. Ein Teil des Kredits wird vom Staat direkt gewährt, der andere besteht aus kommerziellen Krediten, die vom französischen Staat verbürgt werden. Das Außenministerium betonte, daß die Kredite für „zivile Projekte" bestimmt seien. So sollen damit eine Bewässerungsanlage für Zuckerrohrplantagen, geothermische Bohrungen, Funk- und Telefonprojekte sowie der Bau eines Werks zur Herstellung von Seren für medizinische Zwecke finanziert werden.

Nicaraguas Innenminister Tomas Borge wird heute zu einem Arbeitsbesuch in Paris erwartet.

Am 8. und 9. September hatten Flugzeuge fünfmal den Flughafen von Managua und den Hafen von Corinto bombardiert und beträchtlichen Sachschaden verursacht. Die von Nicaragua beantragte Sondersitzung des Weltsicherheitsrates sollte gestern in New York stattfinden.

Der nicaraguanische Rebellenführer Eden Pastora hat in einem Schreiben an die Regierung in Managua mit weiteren Luftangriffen gedroht. Pastora, der den Diktator Somoza stürzen half, drohte seinen ehemaligen Kampfgenossen weiteres Blutvergießen an, da das Land nach Befreiung von der US-Vorherrschaft nun der Sowjetunion ausgeliefert worden sei. Costa Rica wies Vorwürfe zurück, die Maschinen seien von seinem Territorium gestartet.

Der Kreml schürt jetzt Spionage-Hysterie

„Iswestija" wirft den USA Nazi-Methoden vor

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Nach dem Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Abfangjäger sind Spionagefälle, die von den USA ausgehen, zum Hauptthema der sowjetischen Presse geworden. Das Parteiorgan „Prawda" behandelte gestern ungewöhnlich breit die Vorgänge um den US-Vizekonsul in Leningrad, Augustenborg, der „auf frischer Tat ertappt" worden sei. Der sowjetische Geheimdienst KGB habe zugegriffen, als der Diplomat 40 Kilometer vor Leningrad seinen Wagen anhielt, damit seine Frau Denise einen Blechbehälter mit Informationen über die sowjetische Marine aus einem Versteck holen konnte.

Als in der ersten Jahreshälfte in kurzen Abständen zwei US-Diplomaten ebenfalls wegen Spionage ausgewiesen wurden, hatte die Parteipresse über Einzelheiten noch diskret geschwiegen. Jetzt aber ist eine neue Situation entstanden: Moskaus Propaganda hat eine regelrechte Kampagne entfacht, um zu „beweisen", daß die Sowjetunion systematisch und mit allen Mitteln von den USA ausspioniert wird. Washington verfolge damit aggressive Ziele, wird dabei offen unterstellt: Diese Provokationen dienten sowohl der Kriegsvorbereitung wie der Torpedierung aller Entspannungsbemühungen. Sie sollten vor allem einen Verhandlungserfolg in Genf verhindern.

So behauptet „Sowjetskaja Kultura", der Vorstoß der koreanischen Boeing in den sowjetischen Luftraum sollte die internationale Lage aufheizen und die Bedingungen dafür schaffen, in Europa mühelos eine neue Generation von US-Kernwaffen zu stationieren. Der amerikanische Delegationsleiter bei den Mittelstreckenraketen-Verhandlungen, Paul Nitze, muß für die Regierungszeitung „Iswestija" sogar als Kronzeuge für diese Absichten herhalten: Er habe bei seinem Eintreffen in Genf „mehrdeutig" gesagt, die Krise um das Flugzeug werde nicht zur Verbesserung der Atmosphäre bei den Verhandlungen beitragen. „Und ob, Mr. Nitze, und ob!" fügt das Blatt hinzu. „Gerade mit der Absicht, diese Atmosphäre zu vergiften, wurde ja die Boeing in unseren Luftraum geschickt."

Die „Iswestija" wirft den USA sogar Nazi-Methoden vor: Den Abschuß der Verkehrsmaschine betrachte man dort wie einst Hitler den Reichstagsbrand, nämlich als ein Gotteszeichen, unter dem jetzt mit eiserner Hand gegen den Kommunismus vorgegangen werden könne. Man möge allerdings nicht vergessen, wie dieses Abenteuer geendet habe. „Wir haben etwas zu verteidigen, und wir haben sowohl die Menschen wie die Mittel dazu!"

Die Armeezeitung „Roter Stern" gibt der immer wieder auftauchenden sowjetischen Behauptung, Pentagon und CIA hätten das Flugzeug auf falschen Kurs programmiert und damit das Leben der Passagiere bewußt aufs Spiel gesetzt, eine neue Nuance. Ein Oberst Filatow, den das Blatt als „Sonderkorrespondent in Kamtschatka und Sachalin" bezeichnet, zieht Parallelen zur Taktik der Faschisten im Zweiten Weltkrieg und der Amerikaner in Vietnam: Sie hätten mehrfach Zivilisten vor die eigenen Linien geschickt und geopfert. Die Opfer seien dann dem Gegner angelastet worden. Im Hinblick auf das koreanische Flugzeug wird auch die Frage aufgeworfen, ob sich außer der Besatzung überhaupt Menschen in dem Jumbo befunden hätten.

Unter Berufung auf die Militärpiloten, die den Jumbo verfolgten und abschossen, wird der südkoreanische Pilot als ein wohltrainiertes Flieger-As geschildert und als „Oberst am Steuerknüppel" bezeichnet. Einer der sowjetischen Jagdflieger habe zu Filatow gesagt: Als der Südkoreaner „mich sah, wußte er sofort, was zu tun ist". Beim plötzlichen Wechsel von Höhe, Kurs und Geschwindigkeit habe sich der Koreaner nicht anders verhalten als früher schon so mancher Pilot von US-Spionageflugzeugen. Der Südkoreaner habe beispielsweise durch plötzliche Verminderung der Fluggeschwindigkeit und den damit ausgelösten Sinkflug bewirkt, daß der sowjetische Abfangjäger an dem Jumbo vorbei nach vorne stieß. Daher sei der sowjetische Militärpilot überhaupt nicht auf den Gedanken gekommen, daß sich in der Maschine Passagiere befinden könnten.

Ein anderer sowjetischer Autor behauptet, dieser „Spionageflug" habe der Vorbereitung einer Strategie des atomaren Erstschlages gedient.

Ehrendoktor für Bischof Leich in Jena

hrk. **Berlin**

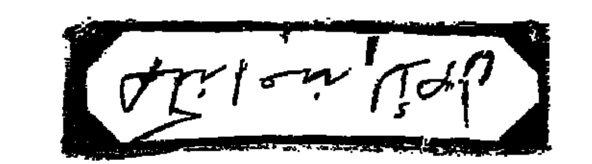
Zum zweiten Mal innerhalb relativ kurzer Zeit zeichnete jetzt eine „DDR"-Universität den Bischof einer evangelischen Landeskirche mit der Ehrendoktorwürde aus. Die Friedrich-Schiller-Universität zu Jena verlieh dem thüringischen Landesbischof Werner Leich die Würde eines Doktors honoris causa der Theologie. Leich und der Bischof von Greifswald, Horst Gienke, der kurz zuvor Ehrendoktor geworden war, gelten innerhalb der Führung der evangelischen Christen in Mitteldeutschland als Wortführer eines engen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche.

Bei Leich lag diese Ehrung jetzt besonders nahe, weil er als Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees aus der Sicht der „DDR"-Führung für einen bisher reibungslosen Ablauf der kirchlichen und staatlichen Feiern im Jahr des 500. Geburtstages des Reformators sorgte. Die Agentur ADN meldete, die Verleihung an Leich sei erfolgt wegen seiner „Verdienste um das Werk Martin Luthers, das er wirksam und für die Standortfindung der Christen in der DDR fruchtbar gemacht habe". Der Einsatz Leichs „für ein verständnisvolles und sachdienliches Miteinander von Staat und Kirche, von Marxisten und Christen" sei hervorgehoben worden.

Jusos: Unterricht fernbleiben

AP, **Bonn**

Die Jungsozialisten in der SPD wollen am 22. Oktober, dem Tag der großen „Friedensdemonstrationen", ein „massenweises Fernbleiben vom Unterricht" organisieren. Juso-Bundesvorsitzender Rudolf Hartung sagte in Bonn, die Reaktionen einiger Kultusminister auf die Forderung, an diesem Tag schulfrei zu geben, seien „enttäuschend". „Die Entscheidung, für Frieden und Abrüstung in Ost und West und gegen den Rüstungswahnsinn zu demonstrieren, kann keine Schulverwaltung den Schülern abnehmen, von denen in der Regel verlangt wird, den Wehrdienst zu leisten." Falls die Schulverwaltungen bei ihrer bisherigen „sturen und bürokratischen Haltung" blieben, hätten die Juso-Schülergruppen die Schüler in Rundschreiben aufgefordert, am 22. Oktober dem Unterricht fernzubleiben.



Überläufer-Prozesse in Nordirland treffen den IRA-Terrorismus schwer

Die Rolle der „Supergrasses" / Art des Verfahrens in Großbritannien sehr umstritten

FRITZ WIRTH, London

Unter den Polizeibeamten von Nordirland herrscht Jubel. Diese Männer, die seit 15 Jahren ein fast aussichtslos scheinendes Gefecht gegen den nordirischen Terror-Untergrund führen, feiern ihre ersten Erfolgserlebnisse. Das große Aufräumen unter den Terroristen auf katholischer und protestantischer Seite hat begonnen. Seit zwei Jahren wandern sie in Scharen in die überfüllten Gefängnisse.

Insgesamt 300 verdächtigte Terroristen sind seit 1981 verhaftet worden. Die Folgen: Die IRA in Belfast leidet unter akutem Personalmangel, ihre Terroraktionen sind spürbar zurückgegangen. Auf protestantischer Seite ist die gesamte Führungsstruktur der illegalen „Ulster Volunteer Force" (UVF) aufgebrochen worden.

Von den 300 verhafteten Terroristen sind in den letzten Monaten fünfzig abgeurteilt worden. Sie erhielten insgesamt Gefängnisstrafen von über 4000 Jahren. James Molyneaux, Chef der protestantischen Unionspartei in Ulster, jubelte bereits am Dienstag: „Wenn diese Erfolgsrate anhält, gibt es eine gute Chance, daß der Terrorismus in Ulster ausgelöscht wird."

Indes, der Jubel und die Erleichterung über diese Erfolgsstatistik wird seit einigen Tagen immer mehr durch deutliches Unbehagen getrübt. Denn alle diese 300 verhafteten Terroristen sind durch 26 Überläufer aus den eigenen Reihen ins Gefängnis gebracht worden.

In Ulster nennt man diese Überläufer „Supergrasses". Es handelt sich in der Regel um Männer, die jahrelang als aktive Mitglieder verschiedener nordirischer Terrororganisationen oft wahllos mordeten und zahlreiche Überfälle auf dem Konto haben. Sie wurden schließlich zu „Aussteigern" aus der Terroristenszene und von der nordirischen Polizei für ihre Aussagen zumeist großzügig belohnt. Einige erhielten Straffreiheit, einen neuen Paß und Geld, um irgendwo im Ausland – meist in Australien, Südafrika oder Kanada – mit ihren Familien ein neues Leben beginnen zu können. Anderen „Supergrasses" wurden Strafmilderungen garantiert.

Nun ist die Verwendung von „Supergrasses" in reinen Kriminalprozessen in England bereits ein höchst umstrittenes Verfahren. In Nordirland jedoch ist das Unbehagen der Juristen und Politiker über sie jedoch noch ungleich höher. Der Grund: In England ist es Sache der Geschworenen, über die Glaubwürdigkeit solcher Überläufer zu richten. In Nordirland aber gibt es seit langer Zeit schon keine Geschworenengerichte mehr.

Sie wurden abgeschafft, nachdem die IRA wiederholt Mitglieder von Geschworenengerichten bei Terrorprozessen so massiv bedroht und eingeschüchtert hatte, daß die Objektivität dieser Jurys in Frage gestellt war. Seither wird in Ulster über Schuld und Unschuld ausschließlich von Richtern selbst befunden. Die Kritiker argumentieren, daß die Richter überfordert seien, die Glaubwürdigkeit dieser Informanten zu beurteilen. Sie befürchten, daß durch die „Supergrass"-Prozesse die ohnehin angeschlagene Reputation der nordirischen Rechtsprechung weiter reduziert wird.

Zu den Kritikern dieser Prozesse gehören so einflußreiche Kenner der nordirischen Szene wie der katholische Bischof von Londonderry, Edward Daly: „Diese Prozesse mögen kurzfristig Erfolge haben, langfristig unterminieren sie jedoch unsere Gesetzgebung", sagte er, und James Mehaffey, Bischof der „Kirche von Irland", warnte: „Ich halte dieses System für moralisch fragwürdig." Selbst der umstrittene Ian Paislay, bisher einer der schärfsten Kritiker des irischen Terrorismus, erklärte: „Es ist bedauerlich, daß die Verbrechen dieser Supergrasses, die selbst oft viele Morde auf dem Gewissen haben, ungesühnt bleiben." Der Labour-Abgeordnete Flannery behauptete, daß ihn diese Prozesse an jene der Stalin-Ära erinnerten.

Die IRA hat in den letzten zwei Jahren die Welle der Überläufer aus den eigenen Reihen zur Polizei zu stoppen versucht, indem sie Angehörige der „Supergrasses" als Geiseln nahm und mit ihrem Tod drohte, wenn die „Supergrasses" nicht ihre Aussagen widerriefen. Diese Taktik blieb bisher erfolglos.

Nachdem die meisten „Supergrasses" für sie nicht mehr greifbar sind, konzentriert die IRA nun ihre Aufmerksamkeit auf jene Richter, die die „Supergrass"-Prozesse leiten.

Beharrlich sabotiert Griechenland die gemeinsame Außenpolitik der Europäer

Nach der Konferenz von Athen: Sind die Griechen noch ein zuverlässiger Partner?

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

So schnell werden die Außenminister der EG-Länder ihre Konferenz Anfang dieser Woche in Athen nicht vergessen können. Denn zum erstenmal seit vielen Jahren hat ein Land, das die Präsidentschaft innehat, den Versuch unternommen, gemeinsame Erscheinungen im politischen Bereich im Alleingang zu blockieren. Griechenlands Außenminister Charalambopoulos konnte eine Verurteilung des Abschusses des südkoreanischen Jumbo-Jets durch die Sowjets gegen den Willen seiner neun Kollegen verhindern.

Seit der Machtübernahme durch die Sozialisten im Oktober 1981 haben Griechlands EG-Partner immer wieder erlebt, wie die Griechen aus der Reihe tanzten. Vor allem im Umgang mit dem Ostblock und insbesondere mit der Sowjetunion sind die Sozialisten Papandreous ihre eigenen Wege gegangen. Doch der Eklat vom Montag übertrifft an Bedeutung jede bisherige Eskapade Athens nicht nur wegen der Brisanz der Frage, sondern auch, weil die Griechen im laufenden Halbjahr an der Spitze der Gemeinschaft stehen und als ihre Sprecher nach außen auftreten.

„Bisher haben wir eine Menge von den Griechen hingenommen, weil sie ziemlich EG-unerfahren sind. Aber unsere Geduld hat die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht. Athen muß die Spielregeln befolgen", sagte ein Konferenzteilnehmer. Weil die Neun den Griechen nicht vertrauen, haben sie auch die Pläne Papandreous über eine griechische Friedensinitiative in Nahost durchkreuzt.

Die innenpolitische Problematik, mit der Papandreou konfrontiert wird, erklärt weitgehend, aber nicht ganz die außenpolitische Eigenwilligkeit der Sozialisten. Zweifelsohne will Papandreou mit Hilfe seiner „echt nationalen, stolzen, multidimensionalen Außenpolitik" von der wirtschaftlichen Misere ablenken, es geht darum, die Nichteinhaltung von abgegebenen Wahlversprechen zu kompensieren. Daher stellt er oft die Zugehörigkeit Griechenlands zum Westen, zumindest rhetorisch, in Frage. Weil die griechischen Massenmedien fest in staatlicher Hand sind und selbst die Journalisten der Oppositionspresse es nie richtig gelernt haben, kritische Frage zu stellen, ist es Papandreou gelungen, sehr viele Griechen davon zu überzeugen, daß er ständig um die nationale Unabhängigkeit kämpft.

Aber damit nicht genug: Als hätten die Europäer nichts anderes im Sinn, als die Griechen zu unterwerfen, mußte Charalambopoulos während einer Pressekonferenz betonen, daß „wir uns niemals Erpressungen, Druckausübung oder Drohungen beugen werden". Solche Worte dienen zwar innenpolitischen Zwecken: Weil Griechenland erst letzte Woche ein Stützpunktabkommen mit den so oft verteufelten Amerikanern unterzeichnete, sollen die Linken innerhalb der regierenden Pasok-Partei, aber auch die moskautreuen Kommunisten, beschwichtigt werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die von Papandreou nachdrücklich vertretene, den Tatsachen aber nicht entsprechende These, daß ein „Vertrag zur Entfernung der US-Basen in fünf Jahren" vereinbart worden sei.

Charalambopoulos' Worte verraten allerdings mehr: Sie zeigen, daß abgesehen von der innenpolitischen Rücksichtnahme und der oft pragmatischen Einstellung Papandreous die Sozialisten ihr tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber dem Westen nicht loswerden können. Ihre Außenpolitik nimmt bisweilen die Dimensionen einer Befreiungsbewegung an. Wann immer dem Westen etwas zugestanden wird, wie etwa bei den Stützpunktverhandlungen, glaubt Athen eine Geste in Richtung Warschauer Pakt machen zu müssen, um die Balance aufrechtzuerhalten.

Die Griechen haben sich oft, nicht nur unter Papandreou, wegen ihrer geographischen Lage am Rande des europäischen Kontinents als Spielball der Großmächte betrachtet. Diesen psychologischen Faktor weiß Papandreou, der große Demagoge, genüßlich auszunutzen. Dennoch ist sein außenpolitisches Konzept nicht ausschließlich das Ergebnis von innenpolitischen Erwägungen. Es trägt die Grundzüge einer blockfreien Orientierung, was gelegentlich auch von Papandreou selbst bestätigt wird. (SAD)

Seite 2: Eklat in Athen

Umfrage: Wie polnische Offiziere denken

JGG. Bonn

Wie zuverlässig ist Polens Armee als Bündnispartner der Sowjets? Diese Frage stellen sich seit geraumer Zeit sowohl westliche als auch östliche Militärexperten. In diesem Zusammenhang weist die exilpolnische Monatszeitschrift „Kultura" (Paris) auf die Ergebnisse einer Umfrage unter polnischen Staatsoffizieren hin, die das polnische Verteidigungsministerium noch vor dem Papst-Besuch in Polen in Auftrag gegeben hatte. Auf die Frage: „Bist du bereit, das System oder den Staat zu verteidigen?" antworteten nur 15 Prozent mit „System" und der Rest mit „Staat".

Eine ähnliche vertrauliche Umfrage war im Herbst 1981 unternommen worden. Auf die Frage: „Bist du bereit, die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen?" kam ebenfalls nur von 15 Prozent der Befragten eine bejahende Antwort. Der Rest antwortete mit „nein". Von der ersten Umfrage habe die Führung der Gewerkschaft „Solidarität" Kenntnis gehabt. Vermutlich habe sie daraus falsche Schlußfolgerungen gezogen, wie die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 bewiesen habe. Damals hatte die polnische Armeeführung gegenüber ihren Soldaten und Offizieren argumentiert, daß Polens Armee nicht die Macht übernehmen werde, eine militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten mit der UdSSR an der Spitze aber unvermeidbar sei. Insofern wurde an den Patriotismus der polnischen Soldaten und nicht an ihr Klassenbewußtsein appelliert.

Polen bejubeln den Papst in Österreich

Große Kundgebung osteuropäischer Christen in Wien / Die Kraft des Nationalen

CARL G. STRÖHM, Wien

Unzählige Hände erhoben sich zum Siegeszeichen, Zehntausende von Polen sangen in ihrer Muttersprache das religiös-patriotische Lied „Herr, gib uns unser freies Vaterland zurück". Papst Johannes Paul II., sichtlich bewegt, aber zugleich mit freudestrahlendem Gesicht, sang leise mit. Ihm zu Ehren und zum Gedenken an die Beteiligung des polnischen Heeres bei der Türkenbefreiung vor auf den Tag genau 300 Jahren gab es am vorgestrigen 12. September vor der Wiener Karlskirche die größte polnische Kundgebung, die Wien jemals erlebt hat.

Aus dem Menschenmeer – nach Schätzung der Polizei bis zu 30 000 Personen – ragten im Flutlicht der Scheinwerfer zahlreiche polnische Wimpel und Transparente mit dem typischen Schriftzeichen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" empor. Ein Schriftband lautete: „Wir haben 1683 gesiegt – wir werden siegen – Solidarnosc".

Neben den Polen, von denen viele in ihren bunten Volkstrachten oder in den typischen viereckigen „Confederatka"-Mützen zu sehen waren, gab es vor allem tschechische und slowakische Gruppen: Mitglieder des in der kommunistischen Tschechoslowakei verbotenen tschechischen Turnvereins „Orel" (Adler), slowakische Pfadfinder mit der Fahne der kurzlebigen slowakischen Republik, tschechische Wimpel – und ein Plakat, das den Papst weithin sichtbar aufforderte: „Heiliger Vater, denke an uns Tschechen und Slowaken!"

Der Papst, der durch ein dicht gedrängtes Spalier von Zehntausenden Wiener Bürgern hierhergekommen war, stand unter einer großen Kopie des Mutter-Gottes-Bildes von Tschenstochau, als er in polnischer Sprache seine Rede an die Landsleute begann. Über ihm aber sah man das Bildnis des Helden dieser Feier: des Königs Johann Sobieski, der hier als „König von Polen, Großherzog von Litauen, Ruthenien und Preußen" bezeichnet wurde.

Um das Maß der historischen Parallelen vollzumachen: Gegenüber der improvisierten Papst-Tribüne leuchtete das Neonlicht der Ausstellung „Türken vor Wien" und sah man die lebensgroß nachgebildeten Figuren türkischer Krieger von damals mit dem Belagerer Wiens und Gegenspieler des polnischen Königs, dem Großwesir Kara Mustafa.

Der Papst sprach vom „tödlich bedrohten Europa", welches die Polen mit ihrem König einst in Wien gerettet hätten, und forderte seine Landsleute auf, sich des Andenkens ihrer Vorfahren würdig zu erweisen, durch die Gott gesiegt habe. Ein Volk, eine Nation, so sagte er – das sei nicht eine zufällige Ansammlung von Einzelpersonen. Eine Nation sei vielmehr die Synthese aus Wort, Glauben, Gedanken, Traditionen, Zivilisation und Kultur.

„Ich kenne euren Schmerz, eure Bitterkeit, die mit der Emigration verbunden ist", rief Johannes Paul II. dann seinen Landsleuten zu – und er forderte sie auf, dem Glauben treu zu bleiben, ihre Würde zu bewahren. Und wiederum erinnerte er daran, wie Gott einst gerade hier vor den Mauern des bedrängten Wien die „Erniedrigung in einen Sieg verwandelte". Schließlich sprach Johannes Paul II. zu den anwesenden Tschechen und Slowaken in ihrer eigenen Sprache und erinnerte an die Slawen-Apostel Kyrill und Methodius.

Als eine polnische Volkstanzgruppe einen temperamentvollen Krakowiak vorführt, ist der lebenssprühende Papst vollends in seinem Element. „Vom Rosenkranz zum Tanz", meint er, das sei ein guter Brauch aus seiner Heimat. Als er aufbricht von dieser wohl intensivsten, dichtesten Feier der letzten Tage – da bricht aus den Zehntausenden die polnische Nationalhymne hervor: „Noch ist Polen nicht verloren ..."

Am selben Tag war der Papst den Gastarbeitern in Österreich begegnet und hatte sich ihre Sorgen angehört. Vor ihm standen vietnamesische Flüchtlinge und Filipinos – aber vor allem wiederum Slawen: Slowenen, Serben, Kroaten. Die letzteren hatten den Platz in ein Meer von kroatischen Fahnen getaucht und Luftballons mit der Aufschrift „Die Kroaten sind stets ihrem Papst und Kroatien treu" steigen lassen. Auf einem Banner fanden sich sogar die lateinischen Worte „Croatia semper fidelis" – Kroatien ist immer treu!

„Wir suchen das Bündnis mit Jerusalem"

Libanesische Christen distanzieren sich von der Zentralregierung in Beirut / Bedauern über Bonn / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die in den „Forces Libanaises" vereinten libanesischen Christen distanzieren sich de facto von der Regierung des Präsidenten Gemayel und legen ihre Option nun fest: Israel. Im Namen der Führung der libanesischen Christen in Beirut sagte der Leiter des Bonner Büros, Camille Tawil, gestern in einem Gespräch mit der WELT: „Die libanesische Regierung hat versagt. Sie hat sich durch ihre Politik die Hände gebunden und kann der Situation nicht Herr werden. Sie hat auf die falsche Seite gesetzt, als sie glaubte, den arabischen Ländern läge etwas an Libanon. Dabei haben diese Länder alles getan, um Syrien eine Fortsetzung der Besatzung in Libanon zu ermöglichen." Nie hätten, so Tawil, die Araber offiziell die Palästinenser und Syrer zum Rückzug aus Libanon aufgefordert, aber ständig hätten sie bei jeder Gelegenheit darauf gedrängt, daß Israel seine Truppen zurückziehen müsse, „wohl wissend, daß die Lösung der libanesischen Krise in Damaskus und nicht in Jerusalem zu suchen ist". Libanon sei umgeben von zwei militärisch starken Ländern, Israel und Syrien. In dieser Situation könne sich das kleine Land nicht behaupten, „wenn es sich nicht mit einem dieser beiden Länder verbündet". Denn beide Nachbarstaaten seien miteinander verfeindet. Libanon stehe also vor der Wahl, mit einem dieser beiden Länder ein Bündnis einzugehen. „Was uns Christen betrifft, so haben wir unsere Entscheidung jetzt getroffen. Wir suchen das Bündnis mit Israel." Syrien käme dafür nicht in Betracht, weil „die Syrer keinerlei Absicht haben, sich zurückzuziehen, während Israel Teile des Landes momentan zwar besetzt hält, uns aber schriftlich die Garantie gegeben hat, sich zurückziehen zu wollen".

Ein weiterer Grund für diese Option sieht Tawil in der natürlichen Verbundenheit der zwei Minderheitsvölker im Mittleren Orient. „Unser religiöser Glaube, unsere Kultur und unsere Allianzabsicht mit Israel unterscheidet uns von allen anderen Völkern der Region."

Die libanesischen Christen seien entschlossen, ihre Präsenz in Libanon zu verteidigen. „Die schreckliche Schlacht im Schuf hat ihnen gezeigt, daß die in sich gespaltene Regierung des Landes unfähig ist, für die Sicherheit der Bevölkerung im Schuf zu sorgen." Fortan vertrauten die Christen nur noch auf ihre eigenen Kräfte, setzten sie nur noch auf eigene politische Initiativen. Tawil: „Wir wissen, daß die Syrer das Regime Amin Gemayels stürzen und durch eine syrische Marionette ersetzen wollen. Wir wissen auch, daß Damaskus Walid Dschumblatt einen eigenen Drusenstaat versprochen hat. Wir aber wollen, daß Syrer und Palästinenser das Land verlassen, daß das Abkommen mit Israel ratifiziert wird, damit auch die israelischen Truppen sich aus unserem Land zurückziehen und damit wir mit Israel einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnen können."

Wenn die freie Welt wünsche, daß Libanon ein Beispiel der Demokratie in diesem autokratischen Mittleren Orient bleibe, dann solle er diejenigen unterstützen, die die Werte der freien Welt verteidigen. Tawil zitiert den heute genau vor einem Jahr ermordeten libanesischen Präsidenten und ehemaligen Chef der „Forces Libanaises", Beschir Gemayel: „Wir wollen keinen ausschließlich christlichen Libanon schaffen, aber wir wollen, daß Libanon ein Vaterland für Christen bleibt, in dem alle Nichtchristen sich derselben Freiheit und Rechte erfreuen wie die Christen."

Über die deutsche Haltung zu den seit einer Woche andauernden Kämpfen im Schuf gibt Tawil ein kaum merkliches Bedauern zu erkennen. „Die Christen haben eine schnellere und deutlichere Erklärung erwartet. Sie verstehen nicht, daß Bonn erst mühselig innerhalb der Europäischen Gemeinschaft Absprachen treffen muß, während Frankreich oder Italien sofort reagierten und Stellung bezogen haben." Denn die Bundesrepublik habe sich bisher immer für Libanon ausgesprochen, zum Beispiel auch schon zwei Tage nach dem israelischen Einmarsch am 6. Juni vergangenen Jahres. Es seien „schon genug vage und klischeehafte Erklärungen" abgegeben worden. Heute würde die christliche Bevölkerung von Syrern, Palästinensern und den Dschumblatt-Milizen massakriert. Warum nenne man nicht die Dinge beim Namen. Auf diese Weise leiste man der Desinformation über die wahren Vorgänge im Schuf Vorschub. Das sei „auch eine Art von Gewalt wider die Christen. Denn sie deckt militärische Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung." Tawil: „Die libanesischen Christen haben den Eindruck, daß die Länder, die sich christlich nennen, nichts mehr von ihnen wissen wollen." Niemand habe den Mut zu sagen, daß „die Christen in Libanon deshalb ermordet werden, weil sie Christen seien und ihre politischen und religiösen Freiheiten in einer Region verteidigen, in der diese Freiheiten außerhalb Libanons und Israels nicht existieren".

Tawil streitet ab, daß die Christen Massaker an Drusen verüben. „Ich lade die internationale Presse und alle internationalen Organisationen, die sich mit Menschenrechten befassen, ein, sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wo und von wem diese Massaker verübt werden." Ebenso widerspricht er der Behauptung, das Bergland des Schuf sei das Land der Drusen. „Zwei Drittel der Bevölkerung im Schuf ist schon immer christlich gewesen. Das läßt sich heute auch anhand der Wahlregister nachweisen. Die Christen wollen den Schuf nicht beherrschen. Aber sie sind entschlossen, ihre Existenz in Freiheit zu verteidigen."

Seite 2: Bürgerkrieg in Libanon
Seite 12: Washington demonstriert

SIEMENS

Vom 14. bis 16. 9. 83 treffen sich 1500 Vermesser mit einem Siemens-Computer.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Drei-Klassen-Versorgung?

„Gegen Arbeitslosigkeit hilft nicht Wachstum allein"; WELT vom 30. August

Sehr geehrte Herren,

Respekt oder Angst? Das ist hier die Frage im Hinblick auf das Verhalten von Politikern, Parteien und Industriegewerkschaften zu einem in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich „amtlichen" Tabu. Ob man es nun einsehen will oder nicht, wir haben in unserem Lande inzwischen im Bereich der Unselbständig Tätigen ein neues Drei-Klassen-System.

- Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, ohne Arbeitsplatzrisiko und mit reichlicher Altersversorgung;
- Arbeiter und Angestellte in der freien Wirtschaft, mit mehr oder weniger erkennbarem Arbeitsplatzrisiko und einer relativ unsicheren Altersversorgung;
- Arbeitslose, über deren weitere Entwicklung im Augenblick kaum erfreuliche Prognosen gewagt werden.

Weder die SPD/FDP-Regierungen noch die neue CDU/CSU/FDP-Regierung zeigten bisher den Mut, die Privilegien der erstgenannten Gruppe anzutasten, obwohl sie doch nur 20 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft (bei immerhin 25 Prozent aller Einkommen) ausmacht.

In seiner Analyse zu den Albrecht-Thesen schreibt Herr Gillies u. a., „das investierte Kapital werde zu gering, die Arbeit zu hoch entlohnt". Die Gegenüberstellung von Kapital und Arbeit in dieser Form läßt wiederum vermuten, daß in diesem Zusammenhang nur die Arbeit im privatwirtschaftlichen Sektor gemeint ist. Ist aber die Arbeit im öffentlichen Sektor, wenn ich einmal von den Krankenschwestern und den Polizeibeamten absehe, dann nicht ebenfalls zu hoch entlohnt? Schließlich braucht die Entlohnung im öffentlichen Sektor noch nicht einmal einen Faktor für Risiken wie Arbeitslosigkeit und magere Renten zu enthalten!

Welche Regierung wird jemals den Mut haben, dieses Thema anzufassen?

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Bosse,
Hamburg 90

Wort des Tages

„Den Dingen, mit denen du durch das Schicksal verkettet bist, denen passe dich an. Und die Menschen, mit denen dich das Geschick zusammengeführt hat, die habe lieb, aber von Herzen."

Marc Aurel, röm. Kaiser und Philosoph (121–180)

Sparpolitik

„Warum mangelt es an Fachkräften für die Hochtechnologie der Zukunft?"; WELT vom 29. August

Sehr geehrte Redaktion,

zur Erklärung des Mangels an Fachkräften in Branchen A–L bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit in Branchen K–Z müssen nicht die langen Wellen von N. Kondratiew bemüht werden. Diese Erscheinung existiert unabhängig von den 50–55-Jahreswellen.

Die Dienstleistungen der Schulen und Hochschulen werden von einer regulierten staatlichen Infrastruktur hervorgebracht, während die technische Entwicklung weitgehend marktgesteuert verläuft. Markt- und Regulierungsökonomie besitzen große Effizienzunterschiede und weichen hinsichtlich ihrer Reaktionsgeschwindigkeiten erheblich voneinander ab.

Meine Abteilung könnte beispielsweise dreimal soviel Absolventen für Mangelberufe ausbilden, wenn Ministerial- und Hochschulverwaltung zu Strukturanpassungen fähig wären. Eine falsche Sparpolitik zieht sogar noch Ausbildungskapazitäten ab. Der Rotstift wird als Rasenmäher gebraucht (Mangel an Allgemeinbildung!).

Neuerungen in Technik, Wirtschaft und Verwaltung bedürfen des Zusammenklanges von Allgemein- und Spezialwissen. Letzteres muß Anwendungscharakter besitzen. Die japanischen Wissenschaftler Sato und Suzawa, beide an US-Universitäten tätig, haben die höchsten Neuerungsraten dort vorgefunden, wo diese Symbiose verwirklicht wird. Auch die Japaner sind sehr besorgt, weil sie bislang die Allgemeinbildung (Sprache, Logik und Mathematik) stark vernachlässigt haben.

Wenn ich Prüfungsarbeiten bewerte, werde ich an meine, die Kriegsgeneration erinnert. Diese hat bei Wiederaufnahme des Studiums viele Mängel in der Allgemeinbildung mit großem Erfindungsreichtum ausgeglichen. Heute erinnere ich die „Bildungsgeschädigten der 70er Jahre" an wirksame Abhilfemaßnahmen. Die Angebote werden jedoch nicht angenommen. Warum einen Finger krümmen, wenn der Staat an dieser Misere die Schuld trägt?

Mit freundlichem Gruß
Prof. Dr. Wilhelm Bierfelder,
Universität Stuttgart

Personalien

PREISE

Der für ein Hörspiel ausgeschriebene Wieland-Übersetzerpreis 1983 in Höhe von 10 000 Mark geht an Prof. **Klaus Reichert** für seine Übersetzung des Hörspiels „James Joyce, Marcel Duchamp, Erik Satie: ein Alphabet" von John Cage. Der 46jährige Universitätslehrer erhält den alle zwei Jahre vom baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst finanzierten Preis, weil er mit seiner Übersetzung „eine beispielhafte Leistung von sprachkomödiantischer Virtuosität" erbracht hat.

Dem Maler **Anselm Kiefer** ist der diesjährige Hans-Thomas-Preis, der Kunstpreis des Landes Baden-Württemberg, zugesprochen worden. Kiefer, Jahrgang 1945, zählt zu den international bekannten Malern aus Deutschland. Seit seiner Beteiligung an der Biennale Venedig 1980, der documenta 7 und der Berliner Ausstellung „Zeitgeist" 1982 erregen seine Werke, großflächige Auseinandersetzungen mit historischen Themen, die Aufmerksamkeit der Kritik.

WAHLEN

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat den Frankfurter Anwalt **Klaus Schmalz** (55) zum neuen Präsidenten mit vierjähriger Amtszeit gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Heinrich Vigano** an, der sein Amt nach neunjähriger Tätigkeit niederlegte. Zu neuen Vizepräsidenten der rund 42 000 Mitglieder umfassenden Standesorganisation wurden **Eberhard Haas**, Bremen, und **Hans-Konrad Lehne**, Düsseldorf, gewählt. **Ekkart Warmuth**, München, wurde als dritter Vizepräsident im Amt bestätigt.

Die Delegierten des 53. Kongresses der Internationalen Vereinigung der Lehrer an öffentlichen höheren Schulen (FIPESCO) haben den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), **Ernst Kiel**, Velbert, erneut zum Vizepräsidenten gewählt. Der FIPESCO gehören 700 000 Lehrer in 36 Ländern an.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

STELLENGESUCHE

Assistentin/Sachbearbeiterin
42 J., gepflegte Erscheinung, vertrauenswürdig.
Biete: Abitur, 3 Semester Jurastudium, ehemalige Rechtspflegerin; Erfahrungen in Straf- u. Ziviljustiz, Verlag + Werbung, Film-Fernsehen, Baubranche (Verkauf, Vermietung, Mahnwesen, Zwangsvollstreckung); Fähigkeit zum selbständigen Arbeiten, Freude am Umgang mit Menschen.
Suche: Eine entsprechende selbständige u. verantwortungsvolle Tätigkeit in niveauvoller Umgebung, evtl. auch im sozialen Bereich, zum 1. 1. 84 oder früher.
Zuschr. u. PD 46967 an WELT-Verlag, Postf. 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Touristik-Führungspersönlichkeit
gelernter Reiseverkehrskaufmann, Anfang 40, über 20 Jahre Berufserfahrung (davon mehr als 10 Jahre erfolgreich im Management), sucht per Mitte 1984 (ggf. auch früher) neue Herausforderung. Mindestgehalt DM 130 000,– p. a.
Angebote mit genauer Aufgabenbeschreibung erbeten unter K 9553 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Manager
Aufgaben: Groß- und Mittelunternehmen der Kommunikations- und Informationsindustrie
– Vertriebs- und Marketingleitung
– Finanzen, Organisation, Controlling, Personal
– operative Führung
– strategische Konzeption
– Aufbau von Unternehmen
Unternehmensgruppe
– strategische Unternehmensführung
– organisatorische Strukturierung
– Konsolidierung von Geschäftsbereichen
– Integration der Finanzströme
– strategische Orientierung der Gruppe
– Konzeption und Vertrieb von Kapitalanlagen
– Geschäftsführer
Person: 37 Jahre, persönliches Format, unternehmerische Kreativität, ausgeprägtes Kontaktvermögen, erfolgsabhängiges Denken
Ziel: aus langfristigen Überlegungen neue Aufgabenstellung
Eintritt: steuerbar, da Aufgaben und Ziele schneller realisiert wurden
Großraum Hamburg, aber keine Bedingung
Angebote unter R 9558 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Polizeihauptkommissar a. D.
47 J., *langjährige Berufserfahrung i. allen Polizeibereichen,* aus gutem Hause, sehr gute Umgangsformen, beste Referenzen, 15 J. Personalchef und Leiter einer psychologisch-pädagogischen Studiengruppe über Menschenbeurteilung. Abitur- u. Fachlehrerausbildung, *internationale Flug- u. Reiseerfahrung, steht Ihnen* für diskrete Aufträge jeglicher Art zur Verfügung. Zur Person: 1,83, sportliche Erscheinung.
Zuschriften unt. G 9640 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer Vertrieb
Dipl.-Kfm., 38 J., verh., Erfahrung in ertragsorientiertem Vertriebsmanagement von Investitionsgütern: Außen- u. Innendienst, Absatzplanung und -controlling mit DV, Englisch, Spanisch, sucht *neue Aufgabe in Norddeutschland.*
Zuschr. erb. u. PP 46 957 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Techn. Betriebswirt/Betriebstechniker Betriebsinformatiker
nach REFA für EDV-Anwendungen in der Betriebsorganisation sucht zum 1. 1. 1984 neues Aufgabengebiet. – Langjährige Erfahrung in AV, Materialwirtschaft, Fertigungsplanung und -steuerung sowohl konventionell als auch EDV-unterstützt. Darüber hinaus fundierte Kenntnisse in betrieblicher Kosten- und Leistungsrechnung und im allg. Rechnungswesen.
Angeb. u. K 9575 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Projekting./Schweißfaching.
40 J., ungek., verh., in HH, mehrj. Erfahrg. auf den Gebieten: Konstruktion (Großanl., Kompon.), Berechnung (Rohrltg., Stahlb., Kompon.), Schweißtechnik Kernkraftwerke, Qualitätssicherung, Baustellenerfahrung, *sucht Projektabwicklung im Anlagenbau oder* äquivalente Verantwortung als Betriebsleiter/Bauleiter.
Angeb. u. PF 46930 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Pharmaberater
ca. 10 J. sehr erfolgreich, ungekündigt, möchte als freier Mitarbeiter tätig werden. Gebiete: HN, MOS, PF, KÜN, SHA und TBB.
Ausführl. Zuschriften erbeten unter T 9649 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Singapore/Indonesia. Kauffrau erledigt Geschäfte aller Art vor Ort. Angebote unter S 9648 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanglas-Fachmann (Praktiker)
spez. Kfz-Scheiben, Herst. v. Schneide-, Biege-, Blas- u. Schleifformen, Erfahrg. SG 320/2, SG 2 C 1800 E/A, gelernter Maschinenbauer, allgem. Masch.-Bau, Kompressoren, Dieselmotoren, Hydraulik, Pneumatik, A- u. E-Schweißen, langj. Auslandserfahrg., Deutsch, Alter 43 J., verh., o. Kinder, z. Z. in Übersee, sucht ab 84 neue Tätigkeit. Ausland (Übersee).
Angebote unter Z 9497 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauzeichner
(konstr. Ing.-Bau), 26 J., led., sucht Tätigkeit im Ausland
Seit 1976 selbständige Tätigkeit im fam. Architektur-Ingenieurbüro und Baugeschäft. Ausgeübte Tätigkeit: Ausschreibung u. Bauleitung, Planung u. Werkplanung, Schal- u. Bewehrungspläne. Grundkenntnisse in Englisch vorh.
Angeb. u. L 9554 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Assessorin
29 J., beide Ex. i. Niedersa. (befr. u. ausr.), voll befr. bis gute Stationszeugnisse, su. Anfangsst. bei RA, Verband od. Unternehmen, evtl. auch halbtags. Großr. Hamburg bevorzugt.
Zuschr. u. PR 46 958 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Ing./FH
Schweißfach-Ing.
40 J., Stahlbau, Pipelines, allgem. Ing.-Technik, 6 J. Auslandserf. (M.E. u. Asien), in ungek. Stellung, fl. Engl. i. Wort u. Schrift, sucht neuen Wirkungskreis im In- od. Ausland.
Zuschr. erb. u. PM 46 955 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Deutsches Ehepaar
42 J., möchte an die Küste Amerikas. Bieten älteren Herrschaften, die krank u. alleine sind, beste Pflege u. Betreuung.
Zuschr. erb. u. L 9643 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
Anf. 40, mehrj. Auslandserf. in Afrika, Südamerika, Nahost, sucht verantwortungsv. Aufgabenbereich im Raum Schleswig-Holstein.
Zuschr. fundierter Industrieunternehmen erb. u. PR 46 959 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Techn. Zeichner/Konstrukteur
51 J. alt, gesundheitl. fit, mit langjähriger Auslandserfahrung, sucht entsprechende Arbeit im Ausland f. 1–2 Jahre.
Angebote u. M 9555 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

AKADEMIKER
35, Dr., Chem.-Ing. ETH, CH, 3½ Jahre Berater/Dozent in Fernost, sucht vielseitigen, verantwortungsvollen *Aufgabenbereich* mit internat. Flair (D, E, F).
Chiffre J 9007, IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Kaufmann
48 Jahre jung, mit Durchsetzungsvermögen, vielseitig einsetz- und belastbar in den Bereichen Verwaltung, Organisation, Einkauf von Verbrauchs- und Investitionsgütern, Personal, Werbung, Haus- und Grundstücksverwaltung, *sucht zum 1. 10. 1983 ausbaufähigen* Tätigkeitsbereich im Innendienst.
Angebote unter C 9500 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fliesenlegermeister
32 Jahre, mit guten praktischen und theoretischen Kenntnissen sucht im öffentlichen Dienst einen neuen Wirkungskreis unter PG 46931 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64,* 4300 Essen

Dipl.-Ing. (weiblich)
als med.-wiss. Mitarbeiterin tätig, ehrgeizig und flexibel, sucht sich zu verändern. Medizintechnik bevorzugt, u. a. Endoskopie.
Angebote bitte unter *N 9556* an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständig arbeitende
Hauswirtschafterin
mit langjährigen Erfahrungen sucht neue Aufgabe in Norddeutschland. *Gute Kochkenntnisse, gerne auch Kinderbetreuung.*
Anfragen Tel. 0 45 25 / 12 12 oder unter A 9498 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Holzkaufmann
versiert im Ein/Verkauf v. Tropen-Rund-/Schnittth., langj. Praxis in leitend. Pos. in Übersee, Anfg. 40, Franz./Engl., sucht neuen, verantw. Wirkungskreis *Großraum Hamburg.*
Zuschr. erb. u. T 9560 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Partner auf Zeit
Allrounderf. Industriemanager, Dipl.-Ing. Maschinenbau, 49, investitionsgüter, Kunststoffverarbeitung, Verpackungen; bietet Problem- und Krisenbewältigung im befrist. Einsatz.
Zuschr. erb. u. H 9552 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Helicopter-Pilot
sucht neuen Wirkungskreis bei deutscher oder niederländischer Oil-Company. Absolvent der Sierra Academy of Aeronautics, Oakland, California.
Angebote unter P 9557 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Beratungs- u. Verkaufsing.
für chem. Oberflächenverfahren, Klebe- u. Dichtstofftechnik. Spezialschmierstoffe. 43 Jahre, sucht zum 1. 1. 1984 neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. M 9644 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sanitärtechniker
Staatl. gepr., 34 J., in ungekündigter Stellung, 10jähr. Berufserfahrung in Projektleitung, Planung u. Bauleitung, Spezialkenntnisse im Bereich der Reinstgastechnik, Medienversorgung, Wasseraufbereitung u. Planung v. Prinkleranlagen, staatl. Prüfung als Heizungs- u. Klimatechniker mö. sich im Hamburger Einzugsgebiet verändern, evtl. auch freie Mitarbeit.
Angeb. erb. u. S 9490 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauingenieur/Dipl-Ing.
42 J., Ingenieurbau, Hoch- u. Tiefbau sowie schlüsselfertiges Bauen, kostenbewußt und führungserfahren in Bauleitung, Planung und Kalkulation bei Bauausführungen in großen mittelständischen und größten Bauunternehmen der Bauindustrie, sucht neuen, verantwortungsvollen Tätigkeitsbereich im Raum Hamburg oder Umgebung.
Zuschriften unter V 9493 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur
(26), männl., mit landwirtschaftlicher Lehre und fundierten Fachkenntnissen sucht Arbeitsfeld in Pflanzenschutz, Saatzucht oder Agrarmarketing (Werbung + PR). Bin kreativ, engagiert und journalistisch erfahren; auch bereit zu Auslandstätigkeit.
Angebote erbeten unter W 9494 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
36 J., *gelernter* Import-/Exportkaufmann, Hamburger, ledig, langj. Erf. im Innen- und Außendienst sowie Auslandsgeschäft, verhandlungsgewandt, abschlußsicher, vielseitig versiert im *Umgang mit anspruchsvoller Kundschaft* im In- u. Ausland (inkl. Einkaufskonzerne in Deutschland Food – Non Food). Räumlich mobil, wünscht wegen Firmenliquidation neue Aufgaben zu übernehmen.
Angeb. erb. unter P 9488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Filmteam sucht noch einen
Mitarbeiter
für Kameraassistenz od. andere Arbeiten? Bin 33 Jahre u. unabhängig.
Freundl. Angeb. u. N 9578 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Dipl.-Ing.
(32 Jahre, verh.) Erfahrung i. d. Bereichen Baultg. u. Planung, Kalkulation sowie Betriebswirtsch. und Finanzwesen, seit 6 J. i. selbst. Führungspos., flex. u. mobil, s. entspr. Stellung, auch Ausl.
Zuschriften erb. u. Z 9633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann
Franzose, 45 J., Deutsch und Englisch *in Wort und Schrift, Kenntnisse* Italienisch und Spanisch, Erfahrg. Verkauf Chemikalien und Kunststoffe, sucht wegen Verstaatlichg. der jetzigen Fa. Posten mit gemischter Schreibtisch- und Akquisitionstätigkeit. Ist-Eink. 65 000 DM p. a. Nicht ortsgebunden.
Tel. 0 03 31 / 2 26 66 46 oder unter A 7507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektronik-Techniker
39 J., staatl. gepr., 15 J. Erfahrung i. d. HF-Technik (Service) sucht *verantwortungsvolle u. interessante* Tätigkeit im norddeutschen Raum.
Zuschr. erb. unt. PW 46 924 an *WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.*

Alleinbuchhalter
sucht für sich adäquatere Position u. Vertrauensstellung zum 1. 10. 1983.
Tel. 0 41 92 / 65 96

Marketingmann
Dr. rer. pol., Anfang 30, 6 Jahre Instituts- u. Industrieerfahrung, derzeit *Marketingleiter* Markenartikel, sucht neue Entwicklungsmöglichkeiten in *Industrieverband o. Agentur.*
Zuschriften unter E 9638 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt/Jurist
sucht neue Aufgabe.
Zuschriften unter B 9433 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Betriebsleiter
Hochbau allgem., Tief-, Straßen- u. Kanalbau, 37 J. s. herausford. Tätigkeit, langj. Erf. i. Baultg. u. Einsatz von Subunternehmern. Kontaktfähigk. und entspr. Durchsetzungskraft für BU m. ca. 100 Mann.
Zuschriften erbeten unter D 9637 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Filmvorführer
sucht neuen Wirkungskreis. Bin 33 Jahre und habe langjährige Berufspraxis.
Freundl. Angeb. u. S 9581 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

DIPLOMINGENIEUR (TH)
41, Geschäftsführer eines Ingenieurbüros mit Schwerpunkt Energieanwendung, Betriebs- und Baukostenoptimierung, einschließlich Planung, sucht neuen Wirkungskreis in Ingenieurunternehmen oder Industrie.
Zuschriften erbeten unter M 9577 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Realschüler, 17 J.
glattes Zweier-Zeugnis, technisch stark interessiert, englische und französische Sprachkenntnisse zusätzlich im Ausland erworben, *sucht* Ausbildungsplatz, bundesweit, in fundiertem Industrieunternehmen *bzw. im handwerklichen Bereich* für 1984.
Angebote erbeten unter T 9491 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheitsingenieur - Schweißfachingenieur
Tätigkeiten: Sicherheitsing.: petrochem. Anlagenbau, kerntechn. Anlagenbau, Brand- u. Katastrophenschutz, Objektschutz.
Schweißfaching.: Stahlbau, Waggonbau, Rohrleitungsbau, Qualitätssicherung, Abnahme.
Betriebsleiter: Stahlbau, Waggonbau.
Sucht: Verantwortungsv. leitende Position als Sicherheitsing., für ca. 6 Jahre i. In- o. Ausland.
Zuschr. unter L 9576 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für
Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Pädagogin/
tätig als Betriebswirtsch. Assistentin

30, Erfahrungen in Lehr- und Lernorganisation, betriebliches Rechnungswesen, EDV, sucht im nördl. Schl. Holstein verantw. Position in Industrie, *Handel* oder Verband.
Auskünfte erteilt: Herr Schulte
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31 / 90 72 93, FS 292 673

1239

Non-food
Einkaufs- und Vertriebsleiter

Auf der Höhe seiner Laufbahn sucht der Einkaufs- und Vertriebsleiter einer der bedeutendsten Handels-Organisationen eine *neue fordernde Aufgabe im Handel oder in der Industrie.*

Derzeitiger Verantwortungsbereich 300 Mio. Umsatz. 39 Jahre alt, schwungvoll und erfahren. Frei per 1. 1. 1984 (ggf. früher). Bevorzugt Norddeutschland, besonders Hamburg.

Angebote unter B 9499 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mit zukunftsweisenden Techniken der Bürokommunikation, mit organisatorischen Problemlösungen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit das Büro von morgen zu gestalten, genau das ist mein Metier.
Bürokommunikations-Manager . . .
Ich habe eine langjährige Berufserfahrung auf dem Gebiet der Text-, Bild- und Sprachverarbeitung, habe die Mitte dreißig nicht überschritten, bin belastbar, aktiv und erfolgsorientiert. Die Herausforderung einer neuen Führungsaufgabe beim „Anwender" als Fachgebietsleiter ist mein nächstes Ziel.
Ang. erb. unt. R 9489 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinen und Werkzeuge
Verkaufs- und Beratungsrepräsentant
verh., 48 J., bestens eingeführt in den PLZ-Gebieten 30–54, 590–596, 625, 620, 634, sucht ab 1. Okt. 83, evtl. später, neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Zuschriften erbeten unter G 9551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

TENNIS

Navratilova spricht von Rücktritt

sid, New York

Der ehemalige Wimbledon-Sieger John Newcombe sagte, nun müsse sich Martina Navratilova wohl einen anderen Sport aussuchen. Ihre Kolleginnen gehen nicht ganz so weit. Sie empfehlen der Dame, die ihnen Geld und Titel wegschnappt, schlicht und einfach, künftig bei den Herren mitzuspielen. Einen Teil dieser überaus großen sportlichen Überlegenheit empfindet Martina Navratilova nach ihrem Triumph bei den Meisterschaften der USA in Flushing Meadow selbst: Sie denkt über ihren Rücktritt nach.

Einem Interview, das sie der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) gab, ist zu entnehmen, daß sie lediglich wegen einer Niederlage für dieses Jahr noch motiviert war. Martina Navratilova: „Es war positiv, daß mich Kathy Jordan bei den Meisterschaften von Frankreich besiegt hat." Und, mit Blick auf die Zukunft: „Wenn ich nochmals ein so erfolgreiches Jahr habe, würde ich wahrscheinlich mit dem Tennis Schluß machen."

Wird es der 26 Jahre alten Exil-Tschechoslowakin langweilig? Von 67 Spielen hat sie in diesem Jahr nur dieses eine von Paris gegen Kathy Jordan verloren (4:6, 6:0, 3:6 im Achtelfinale). Seit 1982 hat sie lediglich viermal nicht das Geld für die Siegerin einstreichen können, in diesem Jahr gewann sie zwölf Titel. Mit einer Gewinnsumme von 5 589 756 Dollar (wohlgemerkt: Das sind nur die Gelder für ihre sportlichen Erfolge, die Einnahmen aus der Werbung kommen noch hinzu) ist sie die erfolgreichste Spielerin aller Zeiten.

*

Bettina Bunge, die Ranglistenerste des Deutschen Tennis-Bundes, beginnt in den nächsten Tagen wieder mit dem Training. An ihrem Wohnort Miami hatte sie sich einer Operation an beiden Ohren unterzogen, ihre Hörfähigkeit war zeitweise auf 50 Prozent reduziert. Die damit verbundenen Probleme hatten ihre Leistungen in diesem Jahr erheblich beeinträchtigt. Vermutlich im November kann Bettina Bunge, die auf Platz acht der Weltrangliste steht, wieder an einem Turnier teilnehmen. Drei Wochen lang darf sie jetzt erst mal nicht fliegen.

STANDPUNKT / *Die Klubs und der Ruf des deutschen Fußballs*

Der Jubel ist programmiert. Morgen früh, nach den ersten Spielen in den drei europäischen Fußball-Wettbewerben, wird irgendein Prominenter im Brustton der Überzeugung verkünden, was alle wissen: „Die deutschen Klubs können eine Runde weiterkommen." Und daran anschließen werden sich die jährlich wiederkehrenden Kommentare: Der deutsche Fußball sei gar nicht so schlecht wie sein augenblicklicher Ruf, die Klubs hätten jenen Kredit wiedergewonnen, den die Nationalmannschaft verspielt habe. Und so weiter ...

Selbstverständlich: Auch der Vorstand des 1. FC Köln wird es mit seiner kümmerlichen Menschenführung nicht verhindern können, daß seine Mannschaft eine Chance gegen Wacker Innsbruck hat. Auch Elton John wird einen Sieg seines FC Watford über Kaiserslautern nicht einfach herbeiträllern können. Werder Bremen wird nicht deshalb in Ehrfurcht erstarren, weil Malmö FF 1977 zuletzt schwedischer Meister war. Stuttgart gegen Sofia, München auf Zypern, na und?

Na und – nicht deshalb, weil hier Gegner unterschätzt werden sollen. Die Gefahr steckt darin, das 1:1 der Nationalmannschaft in Ungarn gegen die Tatsache aufzuwiegen, daß der Hamburger SV die beste Vereinsmannschaft Europas ist. Es ist die Gefahr, gleich zwei Fehler auf einmal zu machen.

1. Es lenkt ab von der Misere des Nationalteams, stärkt den Klubs und damit auch ihren Spielern den Rükken bei der immer häufiger vertretenen Meinung, bei Jupp Derwall zu spielen sei ohnehin nur lästiges, pflichtschuldiges Anhängsel des Profi-Vereins-Vertrages.

2. Es lenkt Jupp Derwall davon ab, endlich einmal selbst über ein Konzept nachzudenken, das jeder einzelne Vereinstrainer – mehr oder weniger wirkungsvoll – für die Spieler entwickelt hat, die ihm zur Verfügung stehen.

Jupp Derwall machte in der Vergangenheit oft den Eindruck, als habe er nur die Aufgabe, die Besten zu versammeln, eine Mannschaft namentlich zusammenzubasteln und jedem einzelnen zu sagen: Spiel, wie du es gewohnt bist. Jede Absage eines Spielers gilt dabei schon als Entschuldigung für den Fall, daß es schiefgeht.

In diesem Sinne dürfen mögliche internationale Erfolge der Klubs nicht als Ausgleich dafür gesehen werden, was in der Nationalmannschaft falsch gemacht wird. Der deutsche Vereinsfußball bleibt stark, weil er taktische Konzepte erarbeitet. Die Nationalmannschaft bleibt schwach, wenn Derwall auch künftig darauf verzichtet, ein für sie spezifisches System zu entwickeln. Die Klubs können so zwar Beispiel für die Arbeit des Bundestrainers sein, nicht aber Ausputzer beim Kampf um den guten Ruf des deutschen Fußballs. Zu ihm gehört die Nationalmannschaft, zuallererst.

que

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

Schweißfurth kandidiert

Gelsenkirchen (sid) – Otto Schweißfurth, Mitglied der Meistermannschaften von 1937, 1939 und 1942, kandidiert für das Amt des Präsidenten beim Fußball-Zweitligaklub Schalke 04. Schweißfurth kündigte für den Fall seiner Wahl personelle Konsequenzen an: „Wir brauchen in Schalke einen Vorstand, der etwas vom Fußball versteht, dann können wir uns einen Manager wie Rudi Assauer ersparen."

UdSSR: Neuer Chef-Trainer

Moskau (dpa) – Igor Ter-Owansian, ehemaliger Europarekordler im Weitsprung (8,35 m), wurde vom Sportministerium der Sowjetunion zum neuen Cheftrainer ernannt. Lewan Sanadse, 1952 Olympiazweiter mit der 4 x 100 m-Staffel, wurde zum neuen Leiter der Hauptverwaltung Leichtathletik im Sportkomitee berufen.

IOC gegen Ausschluß

Lausanne (sid) – Der Vorschlag eines amerikanischen Kongreßabgeordneten, die Sowjetunion wegen des Abschusses des südkoreanischen Passagier-Flugzeugs am 1. September von den Olympischen Spielen 1984 auszuschließen, wurde vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zurückgewiesen. „Nach den Regeln des IOC ist das olympische Organisations-Komitee in Los Angeles verpflichtet, die UdSSR einzuladen", erklärte ein IOC-Sprecher.

Coe: Pause bis 1984

London (sid) – Sebastian Coe wird bis zu den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles an keinen größeren Wettkämpfen teilnehmen. Der Weltrekordler über 800 m, der unter einer Drüsenerkrankung leidet, sagt: „Ich mache mir über nichts größere Sorgen, als daß ich bis zur Olympiade wieder fit bin."

ZAHLEN

BASKETBALL

Europameisterschaft der Damen in Ungarn, zweiter Spieltag, Gruppe A: Niederlande – Polen 60:62, Jugoslawien – Rumänien 60:59, Ungarn – Spanien 94:64.

Gruppe B: Deutschland – Schweden 66:68, Bulgarien – UdSSR 60:108, CSSR – Italien 68:74.

1. UdSSR	2	2	0	213:134	4
1. Italien	2	1	1	124:122	3
3. Deutschland	2	1	1	120:118	3
4. Schweden	2	1	1	142:171	3
5. Bulgarien	2	1	1	150:194	3
6. CSSR	2	0	2	154:165	2

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 810 505,70 Mark, 2: 22 665,30, 3: 6854,80, 4: 128,10, 5: 10,00. – Toto, Elferwette: 1: 19 922,10, 2: 782,80, 3: 107,90. – Auswahlwette: 1: unbesetzt, 2: 21 218,90, 3: 6700,70, 4: 129,60, 5: 10,20. – Rennquintett: Rennen A: 1: 1191,10, 2: 366,40. – Rennen B: 1: 567,10, 2: 119,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 72 957,40 Mark.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Heute Start in den Europapokal

Hansi Müller steht nicht mehr in Derwalls Aufgebot

sid/dpa, München

Bundestrainer Jupp Derwall hat aus den schwachen Leistungen beim Fußball-Länderspiel gegen Ungarn (1:1) nur eine personelle Konsequenz gezogen: Beim Abschiedsspiel für Gerd Müller am 20. September in München fehlt Hansi Müller. Der ehemalige Stuttgarter, der bei seinem neuen Verein Inter Mailand auch im Blickpunkt der Kritik steht, war in Budapest ausgewechselt worden. Hinterher warfen ihm selbst Kollegen vor, den Bundestrainer über seinen körperlichen Zustand („ich bin fit für 90 Minuten") belogen zu haben.

Der Verzicht auf Müller in diesem Testspiel auf die Begegnung mit Österreich in der Qualifikation zur Europameisterschaft 1984 dürfte Derwall nicht allzu schwer gefallen sein. Mit Wolfgang Dremmler, Karl-Heinz Rummenigge und Bernd Schuster stehen ihm drei Stammspieler zur Verfügung, die in Budapest verletzt waren. Sogar Uli Stielike, von dem es hieß, er müsse wegen eines Muskelfaserrisses länger pausieren, hat angekündigt, nach München zu kommen. Stielike: „Ich hoffe, am Sonntag mit Real Madrid gegen Valencia erstmals spielen zu können. Wenn es klappt, komme ich. Aber erst im Spiel werde ich sehen, ob ich wieder richtig fit bin." Neben Müller werden außerdem alle Spieler aufgeboten, die am 1:1 in Ungarn beteiligt waren.

Zum Kader der Spieler gehört auch Gerd Müller, der in der ersten Halbzeit für Bayern München spielen soll und in der zweiten für die Nationalmannschaft, „soweit die Füße tragen" (Derwall). Gestern wurde Müller, der 365 Bundesliga-Treffer erzielte und 68mal für die Nationalmannschaft erfolgreich war, von Franz Josef Strauß empfangen. Der bayerische Ministerpräsident sagte in der Münchner Staatskanzlei: „Was Sie als Bomber der Nation für das Ansehen Bayerns, den deutschen Fußball und seinen internationalen Rang getan haben, verdient hohe Anerkennung."

In der ersten Runde der drei europäischen Pokal-Wettbewerbe sind heute fünf Mannschaften aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Der Hamburger SV, Titelverteidiger im Pokal der Landesmeister, zog ein Freilos. Es spielen: Pokal der Pokalsieger: Wacker Innsbruck – 1. FC Köln (20.00 Uhr), UEFA-Pokal: Arnathosis Famagusta (Zypern) – Bayern München (19.30 Uhr), Werder Bremen – Malmö FF, VfB Stuttgart – Levski Spartak Sofia, 1. FC Kaiserslautern – FC Watford (alle 20.00 Uhr).

Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) zeigt heute ab 22.30 Uhr 90 Minuten lang Ausschnitte aus den Spielen (außer von Bayern München).

MOTORSPORT / Walter Röhrl fährt für Audi

Bayerisches Werk soll eine Million bezahlen

sid/dpa, Frankfurt

Rallye-Weltmeister Walter Röhrl (36) aus Regensburg wird in der Saison 1984 für Audi an den Start gehen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Rahmen der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt bekannt. In diesem Jahr war Röhrl bei der italienischen Firma Lancia unter Vertrag. Sein Engagement bei Audi soll mit einer Million Mark im Jahr honoriert werden, pro WM-Lauf sind 150 000 Mark Gage im Gespräch. Warum so viel Geld für einen Rallye-Star? Schon vor Wochen sagte Audis technischer Vorstand Ferdinand Piech: „Es ist billiger mit Röhrl Weltmeister zu werden als gegen ihn."

„Es gab für mich zwei Hauptgründe, zu Audi zu gehen", erklärte Walter Röhrl. „Zum einen der kürzere, leichtere und rund 400 PS starke neue Audi Quattro, zum anderen das jetzt rein bayerische Team. Obwohl ich mich bei Lancia auch sehr wohl fühle." Die Italiener zeigten sich enttäuscht: „Es ist menschlich wie sportlich eine Schlappe, daß wir nicht in der Lage waren, Walter zu halten", erklärte ein Lancia-Sprecher.

Bevor Röhrl im letzten Jahr für Opel Weltmeister wurde, war das Vorhaben, für eine deutsche Firma zu starten, schon einmal gescheitert: Ende 1980 hatte Röhrl gerade bei Mercedes Benz unterschrieben, als die Stuttgarter ihre Rallye-Aktivitäten über Nacht einstellten.

Das wird Röhrl diesmal auf keinen Fall passieren. Die Ingolstädter, die in diesem Jahr noch alle Aussichten haben, ihren Titel als Rallye-Marken-Weltmeister zu verteidigen, werden auch im nächsten Jahr das volle WM-Programm fahren. Röhrls Vertrag sieht vor, daß er die sieben wichtigsten WM-Läufe sowie zwei Rallyes in Deutschland bestreitet. Sollte Audi allerdings noch Punkte für die Marken-Weltmeisterschaft benötigen oder Röhrl Aussichten haben, Fahrer-Weltmeister zu werden, könnte noch der eine oder andere WM-Lauf hinzukommen.

Nach dem in diesem Jahr spektakulärsten Wechsel im internationalen Motorsport verfügt Audi über das stärkste Rallye-Team der Welt. Denn die französische Vize-Weltmeisterin Michele Mouton, der momentane WM-Spitzenreiter Hannu Mikkola aus Finnland und der schwedische WM-Vierte Stig Blomquist fahren auch weiterhin für Audi. Finanziert werden soll alles aus Eigenmitteln. Einen Vertrag mit einem Großsponsor will Audi nicht abschließen.

Vier Weltklasse-Fahrer bei Audi – da muß freilich ein besonderes Konzept entwickelt werden. Deshalb sei vorgesehen, so Teamchef Roland Gumpert, normalerweise nur zwei, bei besonders bedeutenden Rallyes drei Werkteams einzusetzen. Dadurch könnten die Fahrer einerseits verstärkt zu PR-Aktivitäten herangezogen werden, was bisher wegen des vollen WM-Programms zeitlich kaum möglich war, andererseits hätten sie aber auch längere Erholungspausen zwischen den einzelnen WM-Einsätzen.

Walter Röhrl hatte in diesem Jahr für Lancia bisher die WM-Läufe in Monte Carlo, Griechenland und Neuseeland gewonnen. Für Lancia bestreitet der Regensburger in dieser Saison noch die Rallye San Remo (2. bis 7. Oktober). Sein erster Einsatz für Audi ist im Januar 1984 die Rallye Monte Carlo. Der Regensburger nimmt gegenwärtig mit 87 Punkten den zweiten Platz in der WM-Gesamtwertung hinter seinem neuen Marken-Kollegen Hannu Mikkola (105) aus Finnland ein.

Unfaßbar und zu plötzlich für mich und seine 2 kleinen Kinder ist mein lieber Mann und unser treusorgender und liebevoller Vater im Alter von 62 Jahren am 4. September 1983 von uns gegangen.

Dr. jur. Georg S. Constantopoulos

genannt Dr. Constant

Generalkonsul der Republik Zypern

In unendlicher Trauer
Astrid Constant geb. Rentner
mit Vanessa und Amalia
Prof. Dr. jur., Dr. phil. Dimitri Constantopoulos
im Namen aller Angehörigen

Hamburg, Athen, Thessaloniki
Washington/USA

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 20. September 1983, um 11.30 Uhr in der Halle B des Krematoriums, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, mit anschließender Beisetzung, Kapelle 12.
Kondolenzbuch liegt aus im Generalkonsulat von Zypern, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 3, am Donnerstag, dem 15. September 1983, zwischen 12.00 und 15.00 Uhr.

Er hat für die Belange unserer Gemeinde unermüdlich gekämpft und sich um Zypern, die Rechte Griechenlands und die Rechte der Griechen, besonders verdient gemacht. Unser ehemaliger Vizepräsident

Dr. jur. Georg S. Constantopoulos

hat am 4. September im Alter von 62 Jahren für immer Abschied von uns genommen.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Griechische Gemeinde in Hamburg
Für den Vorstand
Dr. Christos Delis

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 20. September 1983, um 11.30 Uhr in der Halle B des Krematoriums, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, mit anschließender Beisetzung, Kapelle 12.

Am 6. September 1983 verstarb Herr

Günter Buhr

Bundesbahnhauptsekretär
bei der Fahrkartenausgabe Hamburg Hbf.

Wir haben in ihm einen pflichttreuen Mitarbeiter verloren, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Deutsche Bundesbahn
Generalvertreter Hamburg
der Bundesbahndirektion Hamburg

Fahrkartenausgabe Hamburg Hbf.
Der örtliche Personalrat bei der Fahrkartenausgabe Hamburg Hbf.

Trauerfeier am 15. 9. 1983 um 13 Uhr Ahrensburger Waldfriedhof, Ahrensburg.



Die Qualität, nicht die Dauer
des Lebens ist es, worauf es ankommt!
Martin Luther King

Heinz E. Riefenstahl

* 25. Februar 1906 † 11. September 1983

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Opa ist ganz unerwartet von uns gegangen.

In stiller Trauer
Anneliese Riefenstahl geb. Baar
Karin Bartsch geb. Riefenstahl
Dirk Müller und Frau Ingrid geb. Riefenstahl
Tina, Marcus, Julika und Oliver

Hamburg 55
Blankeneser Landstraße 58

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 16. September 1983, um 12 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Sülldorf.

Wir trauern um den Geschäftsführer unserer Gesellschaft, Herrn

Dipl.-Ing. Friedhelm Stein

* 22. Januar 1927 † 8. September 1983

Erfolg und Ansehen unserer Gesellschaft gehen zu einem entscheidenden Anteil auf den außergewöhnlich hohen Einsatz des Verstorbenen zurück. Von hervorragendem Sachverstand baute er das Unternehmen zielbewußt zu seiner heutigen Bedeutung aus und hinterläßt es als eine Firma, die in unserer Branche als vorbildlich gilt.

Mit dem Namen des Verstorbenen verbinden wir auch die Erinnerung an einen Mitmenschen von überaus angenehmen Charaktereigenschaften. In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Asphalt-Mischwerke Osnabrück
GmbH + Co. KG
Die Gesellschafter

Osnabrück, im September 1983

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 16. September 1983, 12.00 Uhr, in der Friedhofskapelle Hollage, Egbertsstraße. Daran anschließend findet die Beisetzung statt.



Krefeld, den 14. September 1983

Wir nehmen Abschied von Herrn

Dipl.-Volksw.

Peter H. G. Mueller

Er wurde am 9. September 1983 mitten aus unermüdlichem Schaffen und völlig unerwartet im Alter von 61 Jahren abberufen.

Der Verstorbene war mehrere Jahrzehnte lang in bedeutenden Unternehmen des In- und Auslandes in Spitzenpositionen tätig. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst stellte er seine reiche Führungs- und Organisationserfahrung anderen Unternehmen – vorwiegend der Duewag AG in Krefeld zur Verfügung.

Leistung, Führungsdisziplin und persönliche Integrität waren Vorbild für viele.

Ehemalige Kollegen, Mitarbeiter und Freunde trauern um einen verdienten und hochgeschätzten Mann. In ihrem Namen

Dr. Detlef Meyer-Ohlert

Die Beisetzung findet am 14. September 1983 in Bad Breisig statt.

Beamte im DGB für „dezentrale Aktionen“

Rei. Bonn

*In einer Resolution hat der Bundes*beamtenausschuß des DGB gestern in Bonn die Regierung aufgefordert, keine neuen Sonderopfer zu Lasten der Beamten mehr zu beschließen, wie dies im Haushaltsbegleitgesetz für 1984 geschehen sei. Weiter wird die Rückkehr zur Gleichbehandlung aller Beschäftigungsgruppen im öffentlichen Dienst gefordert ebenso wie die Übertragung der 1983 verein*barten Einkommensverbesserung* auf den Beamtenbereich – „unverzüglich und ohne Abstriche“.

Zur Durchsetzung der Forderung planen die DGB-Beamten dezentrale Aktionen, teilte der für Beamte zuständige stellvertretende DGB-Chef Fehrenbach mit. Dabei sprach er sich gegen einen Einsatz der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst für die Ziele der Beamten aus. Auch von streikähnlichen Aktionen wie „Dienst nach Vorschrift“ halte er nichts. Vorrangig wolle man die Öffentlichkeit darüber aufklären, daß die meisten Beamten im mittleren und einfachen Dienst arbeiteten und nicht die Bezüge eines Ministerialdirektors erhielten.

UdSSR-Bomber drehten ab

dpa/UPI, Tokio

Zwei sowjetische Bomber und zwei Aufklärungsflugzeuge haben sich am Dienstag nahe der Insel Sado, 300 Kilometer nördlich von Tokio, über dem Japanischen Meer dem japanischen Luftraum genähert. Wie Regie*rungskreise in Tokio mitteilten*, drehten die Militärflugzeuge ab, nachdem vier Maschinen der japanischen Luftwaffe aufgestiegen waren.

Die beiden sowjetischen Bomber (NATO-Code „Backfire“) und die beiden Aufklärungsflugzeuge (TU 16) nahmen nach Angaben japanischer Kreise an Manövern teil. Japan war am vergangenen Freitag von der UdSSR über Manöver im Bereich der Insel Sachalin informiert worden.

In diesem Gebiet hatte die sowjetische Luftwaffe am 1. September eine südkoreanische Passagiermaschine mit 269 Menschen an Bord abgeschossen. Als Reaktion auf dieses *Vorgehen hatte Tokio* die Suspendierung des gesamten Flugverkehrs in die UdSSR für zwei Wochen angekündigt.

Moskau mußte in der UNO zum Vetorecht greifen

Staaten der Dritten Welt unterstützten die Resolution

GITTA BAUER, New York

Es war eine knappe Mehrheit, die *die USA und ihre Freunde* für eine Resolution fanden, wie sie vorsichtiger kaum die Empörung der zivilisierten Welt über den Abschuß einer südkoreanischen Passagiermaschine durch einen Sowjetjäger ausdrücken konnte. Dennoch war die Rechnung der Reagan-Administration, die zum ersten Mal in ihrer Amtszeit die Vereinten Nationen angerufen hatte, aufgegangen. Washington zwang die So*wjetunion, vom letzten* Mittel Gebrauch zu machen, um die Resolution zu Fall zu bringen: Von ihrem *Vetorecht. Eine Ja-Stimme weniger*, und das 114. sowjetische Veto wäre nicht einmal notwendig gewesen.

Unter den 55 Ländern, deren Vertreter sich in der zehntägigen Debatte zu Wort gemeldet hatten, fanden sich nur drei, die sich die sowjetische Version des Vorfalls zu eigen machten. Es waren Polen, Bulgarien und die „DDR“ – kaum Staaten, denen man, wie der Beobachter der Republik Korea, Kyung-Won Kim, sagte, „irgendeinen Grad von Unabhängigkeit zusprechen kann“.

Keines der sieben nichtpaktgebundenen Ratsmitglieder, nicht einmal die marxistisch orientierten wie Nicaragua und Zimbabwe, hat gegen die Resolution gestimmt, die lediglich „tiefes Bedauern“ über die Zerstörung des Linienflugzeuges ausdrücken sollte. Anders als Jordanien, Pakistan, Togo und Zaire, die mit dem Westen stimmten, enthielten sie sich ebenso wie *China* und *Guayana* der Stimme. Einzig Polen warf sein Nein in die sowjetische Waagschale.

Sowjetbotschafter Oleg Trojanowski sprach in völlig falscher Analogie von einem „Pyrrhus-Sieg“ der USA. Die amerikanische Chefdelegierte rückte das Bild zurecht: „Wir haben nicht einmal einen Sieg errungen – dank dem sowjetischen Veto“, sagte Jeane Kirkpatrick.

Doch war dieses klassische Beispiel sowjetischer Bedenkenlosigkeit, was Menschenleben, was Völ*kerrecht angeht, der US-Regierung* den Gang zur UNO wert. „Es ist wichtig, bestimmte Prinzipien darzustel*len. Wenn dann eine Anzahl* anderer Länder bereit ist, für diese Prinzipien aufzustehen und sie zu verteidigen – *dann hat sich das Ganze gelohnt*“, so Charles Lichenstein, der Stellvertreter Jeane Kirkpatricks.

Es ging um die Herzen und Seelen der Dritten Welt, die Fidel Castro vor zwei Jahren fast an die Seite der sozialistischen Staaten gebracht hätte. Die Sicherheitsratsdebatte zeigte, daß die Distanz zum Sowjetblock größer ist, als Moskau hofft. (SAD)

Kohl lobt Gewerkschaft für besonnenes Verhalten

hy. Düsseldorf

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Düsseldorf seine Übereinstimmung mit der Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) betont, daß es im Bereich der Kohle „nicht so bleiben kann, wie es jetzt ist“. Knapp zwei Wochen vor der entscheidenden Kohle-Runde in Bonn am 29. September, bei der auch über mögliche Zechenstillegungen gesprochen werden wird, sagte Kohl nach einem In*formationsgespräch mit* der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion, die IGBE habe von ihm „keine Besitz*standsgarantie* im weitesten Sinne gefordert; und ich bin auch nicht bereit, eine solche Garantie für die heimische Kohle, die sich in einer tiefen Absatzkrise befindet, zu geben“.

In diesem Zusammenhang lobte er ausdrücklich die Gewerkschaft für ihr besonnenes Verhalten und „ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung“. Er setzte seine Hoffnung auf konstruktive Gespräche mit den Landesregierungen der Kohleländer, den Unternehmen und den Gewerkschaften, denn „in dieser Stunde der Wahrheit ist den Menschen mit Sprüchen nicht geholfen“. *Kohl weigerte sich aber*, konkrete Lösungsmöglichkeiten auch nur anzudeuten.

Ähnlich gravierende Schwierigkeiten lägen im Stahlbereich, sagte Kohl weiter. Er versicherte, die Bundesregierung werde sich um eine europäische Lösung bemühen, die den Forderungen der deutschen Unternehmen gerecht werde. Dabei nannte er das Konzept der sogenannten Stahl-Moderatoren zur Neuordnung der Stahlindustrie eine „wirklich gute und vernünftige Grundlage“. Die Mo*deratoren hatten einen Verbund von* Krupp und Thyssen sowie Hoesch, Klöckner und Peine-Salzgitter vorgeschlagen.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung von NRW unter Ministerpräsident Johannes Rau hält dagegen an einer „Ruhrstahl AG“, einem Zusammenschluß von Krupp und Hoesch, fest. Inzwischen sind die Verhandlungen zwischen Thyssen und Krupp aber so weit fortgeschritten, daß eine Einigung der beiden Unternehmen im Oktober erwartet wird.

Washington demonstriert Präsenz in Libanon

2000 US-Soldaten als Eingreiftruppe vor der Küste

DW. Beirut/Washington

Die Vermittlungsbemühungen des saudiarabischen Sonderbeauftragten Prinz Bandar Ibn Sultan um einen Waffenstillstand zwischen den ver*feindeten Kräften* in Libanon sind offenbar ins Stocken geraten.

Die Zeitungen in der libanesischen Hauptstadt berichteten gestern übereinstimmend, daß die Regierung in Beirut den Entwurf Prinz Sultans ablehne (WELT vom 13. September). Der Plan war von Syrien und Drusenführer Walid Dschumblatt gebilligt worden. Der Hauptgrund für die Ablehnung Beiruts ist die künftige Rolle der libanesischen Armee. Die Regierung besteht darauf, daß ihre Truppen das ganze Land kontrollieren sollen. Dagegen fordern Syrien und die Drusen den Abzug der libanesischen Armee als Voraussetzung für einen Waffenstillstand. Dies wird von libanesischen Regierungsvertretern als unvereinbar mit der Souveränität des Landes bezeichnet.

Demgegenüber berichten Quellen, die der „Sozialistischen Fortschritts*partei“ von Drusenführer Walid* Dschumblatt nahestehen, daß es zu einer Verständigung über die Festlegung von Demarkationslinien im Raum von Beirut gekommen sei. Nach dieser Meldung soll es durch *die Vermittlung Prinz Sultans* zu einer Festlegung von drei „Roten Linien“ gekommen sein. Danach seien die Ortschaft Deir el Quamal, die seit Tagen von drusischen Milizen belagert wird, und das Dorf Soul el Gharb im Gebiet von Aley verbotene Zone für die drusische Miliz. Dagegen sollen christliche Milizen und die Regierungstruppen *keinen Zugang zu dem* südwestlich von Aley gelegenen Drusen-Dorf Quaber Choun bekommen.

Die USA ihre militärische *Präsenz* in Libanon stärker betonen. Das Weiße Haus ermächtigte die Kommandeure der amerikanischen Friedenstruppe in Libanon, bei Angriffen feindlicher Verbände unter bestimmten Umständen taktische Unterstützung durch Flugzeuge der US-Marine anzufordern.

Darüber hinaus ist das Schlachtschiff „New Jersey“ von Mittelamerika an die Küste Libanons beordert worden. Damit solle Syrien ein deutliches Warnsignal wegen seiner Beteiligung an den Kämpfen in Libanon gegeben werden, erklärten Beamte des Außenministeriums. Gleichzeitig *wurde aus dem Pentagon bekannt*, daß im östlichen Mittelmeer eine Eingreifreserve von 2000 Marineinfanteristen *eingetroffen sei. Diese Solda*ten sollten dem 1200 Mann starken, in Beirut stationierten US-Kontingent *im Notfall zu Hilfe kommen.*

„Wir haben mit Brandsätzen angegriffen“

dpa, Düsseldorf

Gegner der türkischen Militärregierung und der NATO haben sich gestern zu Brandanschlägen gegen drei Großunternehmen in Düsseldorf bekannt. In einem anonymen Schreiben an die Deutsche Presse-Agentur *heißt es: „Wir haben in der Nacht* vom 11. 9. auf den 12. 9. Mercedes, Thyssen-RöRo und Rheinmetall mit Brandsätzen angegriffen.“ Anlaß war offenbar die als „NATO-Putsch“ bezeichnete Machtübernahme der Militärs in der Türkei am 12. September 1980. Durch die Anschläge war es nach Darstellung der Polizei in einer Fabrikhalle der Firma Rheinmetall zu erheblichen Schäden gekommen. Die *in den beiden anderen Firmen* deponierten Plastikbehälter mit je zehn Liter Vergaserkraftstoff waren *jedoch nicht explodiert und* hatten bei Thyssen durch Abbrennen der Zündung nur geringen Schaden angerichtet. In dem Schreiben wird den drei Unternehmen vorgeworfen, sie profitierten durch Waffenexporte an die türkische Militärregierung und die türkische Polizei an der „Ausbeutung des türkischen und kurdischen Volkes und des Landes“.

Streit um UNO-Kommissar

AP, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat den *Flüchtlingskommissar* der Vereinten Nationen, den Dänen Poul Hartling, aufgefordert, sich von einem wahrheitswidrigen Bericht über die Lebensbedingungen von Asylbewerbern in der Bundesrepublik zu distanzieren. Dieser Bericht zweier Mitarbeiter des Kommissariats stelle eine völlige Verzerrung der wirklichen Verhältnisse dar.

Hartling hatte seinen Besuch in *Bonn am Vortag kurzfristig abgesagt*, weil er keine Gesprächstermine mit Bundeskanzler Helmut Kohl und In*nenminister Friedrich Zimmermann* erhalten hatte. In einer Stellungnahme des Innenministeriums hieß es, daß das Ministerium zu einem Gespräch bereit sei, man aber erwarten sollte, daß Hartling selbst das Fundament für ein sachliches Gespräch bereite.

In dem kritisierten Bericht wird behauptet, daß Ausländer interniert und unzureichend verpflegt würden und Kinder kein Obst bekämen.

Genscher verärgert

■ Fortsetzung von Seite 1

konnten“, hätten die Maschine ahnungslos in das Feuer der sowjetischen Abfangjäger fliegen lassen.

Der für den Abschuß der Boeing verantwortliche sowjetische Pilot, *der bereits im sowjetischen Fernse*hen aufgetreten war, hat gestern in der sowjetischen Armeezeitung „Roter Stern“ ausführlich seine Handlung begründet.

Der Flugkapitän der südkoreanischen Verkehrsmaschine hätte wie ein erfahrener Pilot eines Spionageflugzeuges gehandelt. „Als er mich gesehen hat, hat er manövriert, den waagerechten und senkrechten Flugkurs und die Geschwindigkeit verändert. Er hat mich genau gesehen und wußte, wie man in solchen Situatio*nen verfahren muß*“, *erklärte der* weiterhin nicht namentlich bezeichnete Pilot.

Die KAL-Maschine hätte sich der gleichen Taktik bedient, wie die so*wjetischen Piloten sie vom „Abfan*gen amerikanischer Spionageflugzeuge RC 135 und Orion“ gewohnt seien. Die „*typische Jagd*“ schilderte der Pilot dabei so: „Sobald ich mich auf seiner Höhe befinde, macht der Pilot eine Finte, indem er sämtliche Querruder ausfährt und plötzlich bremst. Da mein Flugzeug schneller ist als seins überhole ich ihn. Danach brauche ich Zeit und Raum, um zurückzukommen. In der Zwischenzeit versucht die RC 135 die Flucht ... Der südkoreanische Oberst am Steuer des Spionageflugzeugs wußte vielleicht nicht, daß wir diese Fallen schon kennen und ich eine wirksame *Gegenparade habe*“, *sagte der Pilot.*

Marschroute für Genf?

● Fortsetzung von Seite 1

Offenbar hat aber nach dem Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjets ein Bewußtseinswandel in der Bevölkerung eingesetzt. Das Bremer Getas-Institut ermittelte im Auftrag der Illustrierten „Bunte“ in einer Blitzumfrage, daß jeder fünfte Bürger der Bundesrepublik Deutschland seit *dem Jumbo-Abschuß anders als vor*her über die NATO-Nachrüstung denkt. „22 Prozent der Männer und 17 Prozent der befragten Frauen meinten, daß der Zwischenfall bei ihnen ein Umdenken über die Notwendigkeit der Stationierung bewirkt hat“, heißt es in der Illustrierten. 74 Prozent der Deutschen betrachteten die Russen nach den Vorgängen um die Verkehrsmaschine als „Sicherheitsrisiko“.

Fraktionsführer Vogel äußerte sich gestern vor den SPD-Bundestagsabgeordneten sehr viel optimistischer als Brandt über Kompromiß-Möglichkeiten in Genf. Und er erinnerte daran, daß auf den Bundesparteitagen in Berlin (1979) und München (1982) diejenigen, die eine Nachrüstung unabhängig von den INF-Verhandlungen grundsätzlich ablehnten, in der Minderheit gewesen seien. Eine „*endgültige Entscheidung*“ der SPD dürfe daher erst im Lichte konkreter Genfer Ergebnisse erfolgen.

Sowohl Brandt als auch Vogel kündigten an, daß der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der am Montag im Parteivorstand die baden-württembergische Entscheidung scharf kritisiert hatte, auf dem außerordentlichen Parteitag zur Nachrüstung das Eingangsreferat halten werde.

Reform-Wirrwarr

Mk. – Die Anhängerschar der Pläne von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zur Reform des EG-Agrarmarktes schmilzt zusammen. Daß die Verbraucherverbände und der Handel gegen Produktionsquoten für Kuhhalter sind, überrascht ebensowenig wie die Tatsache, daß den Ordnungspolitikern die Haare zu Berge stehen. Daß die SPD nicht dafür ist, war bekannt.

Jetzt hat aber auch die FDP zu ihrer alten Linie zurückgefunden. Der Bundesfachausschuß für Landwirtschaft und Ernährung hat sich jetzt wieder für eine differenzierte Mitverantwortungsabgabe ausgesprochen, also dafür, daß derjenige, der viel Milch produziert, auch höher belastet wird. Ein Vorschlag, den Ende vergangener Woche der Unterausschuß Gemeinsame Agrarpolitik mit zehn zu einer Stimme befürwortet hat. Und manche Unions-Abgeordnete lassen unterderhand wissen, daß sie nur noch aus Loyalitätsgründen hinter Kiechle stehen.

Natürlich lassen sich die Bedenken nicht auf einen Nenner bringen. Die einen fürchten den noch weiter um sich greifenden Dirigismus, die anderen sehen die drohenden Preissteigerungen, die dritten halten den Weg für nutzlos, weil die Überschüsse über Quoten nicht zu beseitigen sind. Und es gibt auch welche, die schlicht die möglichen Belastungen für sich selbst fürchten.

Aber es zeigt sich bei alledem, daß die Argumente gegen Quoten immer gewichtiger werden. Sicher, der Bauernverband ist grundsätzlich auf diesem Kurs. Das kann aber doch nicht allein ausschlaggebend sein. Bei den Verhandlungen in Brüssel verbessert sich die deutsche Position nicht, wenn sie nicht auf breite Zustimmung in der Bundesrepublik trifft. Die Reform-Pläne müssen noch einmal auf den Prüfstand. Noch sind sie nicht tauglich.

Innovationen

Hdt – Daß kleinere und mittlere Unternehmen weniger innovativ seien als Großunternehmen, ist ein sicher weit verbreiteter Irrtum. Sie haben zwar im einzelnen weder die finanziellen Mittel wie ihre großen Konkurrenten, noch verfügen sie über das personelle Potential, aber das, was ihnen fehlt, gleichen sie sehr oft durch größere Kreativität und Flexibilität sowie durch mehr Verantwortungsbereitschaft aus. Schließlich sind sie gerade wegen ihrer geringen Kapitaldecke gezwungen, lohnende Erfindungen rasch umzusetzen, anstatt sie jahrelang in den Schubladen schmoren zu lassen. So werden beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland bei kleineren Unternehmen mit bis zu 50 Millionen Mark Jahresumsatz 70 Prozent aller Erfindungen bereits nach durchschnittlich zwei Jahren wirtschaftlich genutzt. Bei Firmen mittlerer Größenordnung beträgt diese Vergleichsquote 58 Prozent, bei ausgesprochenen Großunternehmen sogar nur ganze 33 Prozent. Das sollte zu denken geben.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / „Kommission diskriminiert deutsche Hersteller"

Stahlindustrie fordert Regierung zu einer härteren Gangart auf

rtr/VWD, **Düsseldorf**

Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie hat die Bundesregierung eindringlich zu einer härteren Gangart gegenüber der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) wegen der Stahlimporte aus Drittländern sowie der Quotenregelungen aufgefordert. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Ruprecht Vondran, erklärte vor Journalisten, durch die Verletzung vertraglicher Vereinbarungen müsse die deutsche Stahlindustrie erhebliche Verluste hinnehmen.

Nach Angaben des Vorsitzenden der Walzstahlvereinigung, Günther Flohr, haben sich die Anteile der Drittländer an der Stahl-Marktversorgung in der Bundesrepublik Deutschland von 3,7 Prozent im Jahr 1974 auf 17,2 Prozent im Juni 1983 und der Importe aus der übrigen Montanunion von 20,3 Prozent in 1974 auf 27,8 Prozent im Juni 1983 erhöht. Ein Importanteil von insgesamt 45 Prozent an der Marktversorgung sei nicht mehr hinnehmbar. Während andere Länder, wie die USA, ihre heimischen Märkte mit einer für die deutsche Stahlindustrie „unüberwindbaren Mauer" schützten, sei der deutsche Markt dem ungehinderten Zugriff von außen ausgesetzt.

Flohr erklärte, kein anderer Teilmarkt der EG werde so stark von Drittlandimporten überschwemmt wie der deutsche. Bei einigen Produkten werden schon erheblich mehr als jede zweite Tonne, die in der Bundesrepublik verbraucht werde, aus Drittländern oder der übrigen Montanunion eingeführt. Als Sünder gelten hier Südafrika, Spanien, Finnland und Norwegen.

Gegen die Entscheidung der EG-Kommission von Ende Juni über das Ausmaß des Abbaus von Stahlkapazitäten, das zum Empfang staatlicher Subventionen berechtigt, soll die Bundesregierung nach Auffassung der Verbände sogar „notfalls" Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erheben. Durch die Brüsseler Rechnung, nach der in der Bundesrepublik bisher nur 4,8 Millionen Tonnen Kapazität stillgelegt oder zur Aufgabe vorgesehen seien und deshalb bis Ende 1985 weitere 1,2 Millionen Tonnen Kapazität abgebaut werden müßten, sehe sich die deutsche Stahlindustrie – so Flohr und Vondran – „diskriminiert". Die EG-Kommission unterscheide dabei nicht zwischen schon hoch subventionierten und „nicht nennenswert subventionierten" Unternehmen und berücksichtige auch nicht bereits vor 1980 getroffene Anpassungsmaßnahmen in Höhe von 4,5 Millionen Tonnen.

Laut Vondran hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach einer Ministerratsentscheidung am 25. Juli 1983 zugesagt, daß im kritischen Flachbereich die Aufrechterhaltung von 30,83 Prozent garantiert und ihre Referenzen um 600 000 Jahrestonnen aufgestockt würden. Tatsächlich sei nach Berechnungen der Eisen- und Stahlindustrie der gegenwärtige Stand der deutschen Anteile jedoch bei 30,26 Prozent und damit 300 000 bis 400 000 Tonnen unterhalb des bisherigen Besitzstandes. Der Unterschied von einer Million Jahrestonnen Referenz entspreche einer Beschäftigung von 3000 bis 4000 Arbeitskräften und bei den Unternehmen einem Verlust von einer viertel Milliarde DM an Dekkungsbeitrag.

Flohr verwies ferner darauf, daß die Bundesrepublik zu Selbstbeschränkungsabkommen für Stahlexporte in die USA genötigt worden sei, die den Interessen der deutschen Stahlindustrie sehr geschadet hätten. 1981 und 1982 hätten deutsche Werke knapp zwei Millionen Tonnen in die USA geliefert, im ersten Halbjahr 1983 waren es laut Flohr nicht einmal mehr 500 000 Tonnen. Einige dritte Länder wie Argentinien, Brasilien, Kanada, Korea, Mexiko und Südafrika hätten dagegen im ersten Halbjahr 1983 ihre Exporte in die USA erheblich gesteigert und so den von Europäern und besonders von Deutschen geräumten Platz eingenommen.

Zu diesen Problemen, denen die EG-Kommission weitgehend untätig zugesehen habe, kommen nach Angaben Flohrs protektionistische Maßnahmen bei Edelstahl durch Zölle oder Quoten, so daß abzusehen sei, daß der deutsche Edelstahl-Export praktisch zum Erliegen kommen werde. Die Wirtschaftsvereinigung habe die Bundesregierung dringend gebeten, die Brüsseler Behörde zu einer „aktiveren und wirkungsvolleren Vertretung" deutscher Interessen anzuhalten.

AGRARPOLITIK

Die Bürokratie erstickt sehr viele Handelsunternehmen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Agrar-Bürokratismus macht Handelsfirmen kaputt. Karl Heinz Neumann, ein Außenhändler aus Hamburg, der im Vorstand des Verbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch sitzt, führt dieses auch auf die Auszahlungspraxis von Subventionen zurück. „Ein Lotteriespiel", da sie bei einem Exportgeschäft ebenso hoch sind wie das, was der Abnehmer im Ausland bezahlen muß.

Ein Beispiel: Eine deutsche Firma verkauft Fleisch in die Sowjetunion. Um an die Export-Erstattungen in Höhe mehrerer Millionen Mark heranzukommen, muß sie eine Bescheinigung der Zollstelle vorlegen. Die Sowjets wollen jedoch die Ware an der rumänischen Grenze übernehmen. Die Grenzstation stellt eine Bescheinigung aus. Da dieses nun keine Zollstelle ist, wollen die deutschen Behörden nicht zahlen. Der Streit zieht sich über fünf Monate hin. Für ein mittelständisches Unternehmen ist dieses kaum verkraftbar.

Da die ausländischen Abnehmer von der Dokumentenflut für Subventionen wissen, können sie Handelsfirmen selbst nach der Lieferung noch unter Druck setzen. Sie drohen, einzelne Papiere nicht herauszugeben, falls sich der Händler nicht zu einem Preisabschlag bereitfindet. Da dieses immer noch billiger ist als ein Verzicht auf Subventionen, muß er einwilligen.

Die Folge ist ein Konzentrationsprozeß im Außenhandel mit Fleisch. Der „risikoreiche" Export wird immer mehr zu einer Domäne der Großen und der Genossenschaften. Auf die Ausfuhr sind die Firmen aber angewiesen. Früher waren sie importorientiert. Aufgrund des EG-Agrarprotektionismus ist die Einfuhr aus den traditionellen Lieferländern zum Beispiel bei Rindfleisch nur noch im Rahmen kleiner Kontingente möglich.

Für Hans Spitta, den Vorsitzenden des Verbandes, ist die komplizierte und hinderliche Verordnungsflut der EG noch nicht einmal das Hauptübel. Noch härter treffen die Firmen die nationalen Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen, Erlasse oder internen Anweisungen. Ein Fleischhändler, der allein bei den Zollbestimmungen auf dem Laufenden bleiben will, muß sich nach Ermittlungen des Verbandes täglich 70 Minuten damit beschäftigen. Überdies: „Ohne Anwalt gehe ich nicht mehr zum Zoll", fügt Peter Malt, Händler aus Hilden, hinzu. Mit den Auskünften, die Firmen erhalten, könnten sie oft nichts anfangen. Die Verwaltung dränge die Unternehmen in Gerichtsprozesse hinein.

Wie teuer der EG-Dirigismus den Steuerzahler kommt, zeigt eklatant die jüngste Marktordnung, und zwar für Lammfleisch, die 1980 erlassen wurde. Damals kostete sie 53 Millionen Ecu, 1984 wird der Betrag von der EG-Kommission mit 350 Millionen (1 Ecu = 2,31 DM) angesetzt. Die deutschen Steuerzahler sind also mit 350 Millionen Mark dabei.

Debakel der Staatsfirmen

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Ein Trauerspiel besonderer Art wird in Österreich seit geraumer Zeit aufgeführt. Im Mittelpunkt des Geschehens: die verstaatlichte Industrie. Jetzt, im Herbst, steht ein neuer Akt des Dramas auf dem Spielplan. Es geht um Zuschüsse zur Verlustabdeckung in Höhe von zumindest fünf bis sechs Milliarden Schilling (710 bis 850 Millionen Mark), die von der Mehrheit im Parlament genehmigt werden müssen. Verlorenes Geld – wie die vielen Milliarden, die in den letzten Jahren in die marode verstaatlichte Industrie gesteckt wurden. Von 15 Milliarden Schilling insgesamt bis Ende nächsten Jahres ist vorerst die Rede.

Von den zuständigen Regierungspolitikern werden als Ursache für das schwere Debakel der österreichischen Staatsindustrie gerne die internationale Stahlkrise und andere Einflüsse von jenseits der Grenzen strapaziert. Doch wenn in einem Land eine in verschiedenen Branchen tätige Industriegruppe gleichermaßen wie der Industriekonzern von Österreichs größter (verstaatlichter) Bank – Creditanstalt-Bankverein – jährlich einige Milliarden Schilling an Verlusten produziert, dann dürften die Ursachen für das Desaster doch auch anderswo zu suchen sein.

Und tatsächlich bescheinigen Experten diesen beiden größten Industriegruppen mit zusammen rund einem Viertel der Industriebeschäftigten des Landes, daß der weltweite Strukturwandel jahrelang an diesen Betrieben infolge unheilvollen politischen Einflusses und Versagens von Belegschaftsvertretern und Management weitgehend vorübergegangen ist und auch heute noch den längst fälligen Konsequenzen beharrlich aus dem Weg gegangen wird.

Das Dilemma der staatseigenen Industrie in Österreich kann heute als unvermeidliches Ergebnis eines Wirtschaftssystems angesehen werden, das in so mancher Hinsicht durchaus mit Verhältnissen im Ostblock vergleichbar ist. Wirtschaftstheoretiker sprechen denn auch von einer gemischten Wirtschaft, in der die kommunale Müllbeseitigung ebenso wie die landeseigenen Elektrizitätsversorgungsunternehmen oder der Industrieanlagenbau des größten Betriebes VÖST-Alpine unter dem Titel „Gemeinwirtschaft" in einen Topf geworfen werden.

Besonderes Kennzeichen: Spitzengagen für Manager, die ohne Parteibuch nie und nimmer ihren Sessel ergattert hätten, und freiwillige Sozialleistungen, die weltweit einmalig sind. In welchem anderen Land kann ein Arbeiter nach dem Eintritt ins Pensionsleben netto mehr einnehmen als zuvor im Erwerbsleben? Wo sonst klagt die Belegschaft Erfolgsprämien vor Gericht ein, wenn das Unternehmen schon längst nur Verluste erwirtschaftet? Rund 1,5 Milliarden Schilling machen heute die freiwilligen Firmenpensionen der verstaatlichten Industrie aus; noch mal soviel müssen für andere freiwillige Sozialleistungen an die Belegschaft aufgewendet werden.

Jetzt wird dafür die Rechnung präsentiert: Mit dem sozialen Schlaraffenland soll künftig ebenso Schluß sein wie mit Löhnen und Gehältern, die in keinerlei Einklang mehr mit dem betrieblichen Ergebnis stehen. So verlautet jedenfalls aus der Verstaatlichten-Holding unter Hinweis auf das nun an allen Ecken und Enden fehlende Geld. Ja, sogar von einer nur mehr dreijährigen Schonfrist für Verlustbetriebe wird geredet, nach deren Ablauf eine Sanierung erfolgreich sein müsse, da andernfalls zugesperrt würde.

Letzteres ist aber wohl vorerst nur blanke Theorie. Denn ein Schließungsbeschluß wird in Österreich nicht auf betrieblicher, sondern auf politischer Ebene gefällt, und dem Druck von einigen tausend Arbeitern, die auf die Straße gehen und „ihre" Arbeitsplätze reklamieren, hat nicht nur Bruno Kreisky, der Alt-Kanzler, zeit seiner Herrschaft nachgegeben. Die Spitzenpolitiker der konservativen Oppositionspartei ÖVP, ansonsten laut Parteiprogramm der Marktwirtschaft verschrieben, verhalten sich da nicht anders: Die ÖVP-Landeshauptleute in den konservativ regierten Bundesländern, in denen schwer defizitäre Betriebsstätten geschlossen werden sollen, stemmen sich ebenso gegen Konsequenzen wie Kommunalpolitiker jeglicher Couleur in den Gemeinden.

Wenn da gegenwärtig in der Öffentlichkeit noch um Zustimmung oder Ablehnung der von der Wiener Regierung vorgesehenen Milliarden-Spritzen durch die Opposition diskutiert wird, dann ist dies nichts weiter als die Wiederholung einer Posse – mit vorherbestimmtem Ausgang.

AUF EIN WORT

» Wer am Biermarkt erfolgreich sein will, der muß sich auf die Werte seines Hauses besinnen, verläßlich sein gegenüber seinen Absatzmittlern und die Kontinuität zum obersten Gesetz erheben. «

Diether Weiss, Vorstandsvorsitzender der Henninger-Bräu AG, Frankfurt

FOTO: DIE WELT

Gegen Änderung der Zinspolitik

AP, **Köln**

Vor einer grundlegenden Wende in der Zinspolitik haben die deutschen Banken gewarnt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Anhebung des Lombardsatzes heißt es im Konjunkturbericht des Bundesverbandes deutscher Banken, ein nachhaltiger Zinsanstieg werde die Wirtschafts-Belebung erheblich erschweren. Zwar wachse die Geldmenge immer noch schneller als von der Bundesbank geplant, sie bewege sich jedoch in die richtige Richtung. Während die Einfuhren wegen des hohen Dollar-Kurses teurer würden, seien im Inland die Preiserhöhungsspielräume nach wie vor durch die mäßige Nachfrage und gering ausgelastete Kapazitäten begrenzt. Die Lombardverteuerung der Bundesbank wertet der Bankenverband als „Anpassungsmaßnahme" an die Marktentwicklung. „Problematisch wäre jedoch eine Signalwirkung auf die Zinserwartungen", heißt es.

HERMES-BÜRGSCHAFTEN

Die Wirtschaft hat Bedenken gegen höhere Prämien

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die deutsche Exportwirtschaft hat vor den heutigen Beratungen im Wirtschaftsausschuß des Bundestages noch einmal ihre Bedenken gegen eine Entgelt-Erhöhung für Ausfuhrbürgschaften (Hermes) vorgetragen. Kritisiert wurde auf der gestrigen Sitzung des Außenwirtschaftsbeirats beim Bundeswirtschaftsministerium vor allem der Zeitpunkt der vorgesehenen Anhebung. Geplant ist der 1. Oktober. Allerdings machte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff deutlich, daß es bei der mit dem Finanzministerium abgesprochenen Einnahmeverbesserung um 40 Prozent bleiben werde.

Die Vertreter der Wirtschaft betonten zwar auch, daß Hermes zu keinem Subventionsinstrument werden dürfe. Sie plädierten jedoch für eine mittelfristige Betrachtung. Bei den Schäden der kommenden Jahre – das Hermes-Defizit wird bis 1987 auf jährlich eine Milliarde veranschlagt – handele es sich in erster Linie um Beträge, für die Schuldnerstaaten Rückzahlungsverpflichtungen (Umschuldungsabkommen) übernommen haben oder übernehmen werden, also nicht um definitive Ausfälle, für die der Bund eintreten muß.

Gegen eine Anhebung zum jetzigen Zeitpunkt, die im langfristigen Bereich nach den Berechnungen des BDI bis zu drei Prozent des Exportwertes ausmacht, spricht nach Ansicht der Wirtschaft auch die zum Teil noch schlechte Lage an der Außenfront. So sind die Exportorders beim Maschinenbau im ersten Halbjahr, verglichen mit der gleichen Zeit 1982, um elf und in der Elektroindustrie um fast zehn Prozent geschrumpft. Bei höheren Prämien würde sich die Wettbewerbssituation deutscher Firmen weiter verschlechtern.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Die Nachfrage nach Pkw ist wieder lebhaft geworden

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Automobilindustrie mit ihren über 650 000 Beschäftigten erweist sich wieder einmal als konjunkturelles Zugpferd: Ungeachtet der Sommerpause und der bevorstehenden IAA blieb die Nachfrage nach Personenkraftwagen im Inland lebhaft, hält der Verband der Automobilindustrie (VDA) in seinem zu Beginn der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt herausgegebenen Produktionsbericht fest. Auch die Bestellungen aus dem Ausland fließen wieder munterer: Sie entsprachen im August dem guten Vorjahresergebnis, während die Inlandsaufträge für die Branche die Vorjahreszahlen sogar deutlich überstiegen.

Die in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegene Nachfrage nach deutschen Automobilen hat auch schon auf die Produktion durchgeschlagen: Zwar machten sich im August die teilweise noch andauernden Werksferien bemerkbar; faßt man jedoch die beiden Ferienmonate Juli/August zusammen, liegt die Pkw/Kombi-Produktion mit 460 100 Fahrzeugen bereits zwei Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Saisonbereinigt, so betont der VDA, hat die Pkw-Produktion den hohen Stand von 1978/79 wieder erreicht. Bei den Exporten, die wieder besser fließen, hat sich der Abstand zum Vorjahr nach den ersten acht Monaten dieses Jahres auf vier Prozent verringert, die derzeitigen Bestellungen signalisieren weiteres Aufholen.

Unverändert schlecht sieht es dagegen bei den Nutzkraftwagen aus. Ihre Ausfuhr fiel auch in diesem Jahr weiter um elf Prozent zurück, dabei hapert es besonders an der Nachfrage nach schweren Fahrzeugen über zehn Tonnen (Ausfuhr minus 26 Prozent). (Siehe auch Seite 15)

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Brasilien will unterzeichnen

Basel (AP) – Die seit langem ausstehende Absichtserklärung Brasiliens an den Internationalen Währungsfonds (IWF) über wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen des hochverschuldeten südamerikanischen Landes soll bis zum kommenden Donnerstag unterzeichnet werden. Dies hat der geschäftsführende Direktor des IWF, Jacques de Larosière, dem Präsidenten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Fritz Leutwiler, versichert. Leutwiler gab zugleich seiner Erwartung Ausdruck, daß Brasilien seinen Verpflichtungen gegenüber der BIZ nachkommen werde, sobald es zahlungsfähig sei. Brasilien hat die Termine für die Rückzahlung von zwei Tranchen von je 400 Millionen Dollar eines BIZ-Überbrückungskredits im Frühsommer und Ende August dieses Jahres nicht eingehalten. Die Zentralbanken der zehn führenden westlichen Industrieländer sollen sich in Basel grundsätzlich für die Bereitstellung eines Überbrückungskredits für den Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgesprochen haben. Die endgültige Zustimmung der Notenbankgouverneure der sogenannten Zehnergruppe hängt aber noch von der Erfüllung verschiedener Bedingungen ab.

Auer-Gruppe übernommen

Frankfurt (adh) – Die Allgäuer Alpenmilch AG (Nestlé-Gruppe) hat sämtliche Anteile der Auer-Gruppe übernommen. Das umfangreiche Produktionsprogramm der Auer-Firmen besteht aus Backmitteln, diätetischen und Reformhaus-Produkten sowie Kinderpflegemitteln und ergänzt somit sinnvoll die Palette der Allgäuer Alpenmilch. Das Bundeskartellamt habe gegen die Übernahme keine Bedenken erhoben, teilt Allgäuer Alpenmilch mit.

Keine KWG-Aufweichung

Frankfurt (cd.) – Mit der in ihrem Grundsatzpapier geforderten Überprüfung des Grundsatzes I des Kreditwesengesetzes, der die Ausleihungen von Banken auf das 18-fache des Eigenkapitals beschränkt, wolle die FDP keinesfalls eine Aufweichung der Risikobegrenzung erreichen, versichert die FDP-Fraktion jetzt in Briefen an die Bundesbank und die Bankenaufsicht. Nach Angaben eines Fraktionssprechers soll vielmehr überpüft werden, ob es noch angebracht ist, da bestimmte Kredite – wie an Länder oder ausländische Banken – nicht oder nur teilweise beim Grundsatz I berücksichtigt werden, obwohl sie besonders risikobehaftet sein können.

Entlassungen bei MAN?

Augsburg (AP) – Unruhe und Betroffenheit bei der Belegschaft des Augsburger MAN-Dieselmotorenwerkes haben nach Mitteilung eines Sprechers des Betriebsrats vom Dienstag Andeutungen der Geschäftsleitung über bevorstehende Massenentlassungen ausgelöst. Auf einer Betriebsversammlung hatte am Vortag der Vorstandsvorsitzende der Maschinenfabrik Augsburg–Nürnberg, Otto Voisard, erklärt, es müsse mit etwa 1000 Entlassungen gerechnet werden, wenn sich die Auftragslage des Werkes im September nicht bessere.

Ohne Ergebnis

Brüssel (rtr) – Der jüngste Versuch der Europäischen Gemeinschaft und der USA zur Beilegung des Streits über den transatlantischen Stahlhandel ist nach Angaben von EG-Beamten fehlgeschlagen. Nach Angaben aus EG-Kreisen soll die US-Delegation am 26. September erneut zu Gesprächen nach Brüssel kommen.

Neue Vorsitzende

Bonn (Mk.) – Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung in der Maschinenfabrik Goebel in Darmstadt, wurde gestern einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Außenwirtschaftsbeirats beim Bundeswirtschaftsministerium gewählt. Er löst den langjährigen Vorsitzenden, den Hamburger Bankier Alwin Münchmeyer, ab. – Hermann Josef Unland wird heute zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag gekürt. Offiziell wurde er gestern von der Unionsfraktion in Berlin als Nachfolger von Lothar Haase (Kassel) nominiert, der von Albert Leicht das Amt des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg übernimmt.

ZAIRE / Abwertung ein erster Schritt

Von Sanierung weit entfernt

dpa/VWD, **Kinshasa**

Mit der Abwertung seiner Währung *um rund 350 Prozent zum Wochenbeginn*, ist die Regierung des zentralafrikanischen Landes Zaire einer Vorbedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Freigabe eines IWF-Kredits von 350 Millionen Dollar nachgekommen. Zaire ist mit rund fünf Milliarden Dollar (13,25 Milliarden Mark) im Ausland verschuldet und braucht dringend neue Finanzspritzen. Die Staatsfinanzen sind total zerrüttet. Ein seit 1980 durchgeführtes radikales Spar-Programm hat kaum positive Resultate gebracht. Die Produktion in Industrie und Bergbau liegt wegen fehlender Ersatzteile und Rohstoffe darnieder, die Auslastung der Industrie teilweise *nur* bei *30 Prozent*.

Die Abwertung könne jedoch nur ein erster Schritt sein, das rohstoffreiche Land zu konsolidieren, meinen Wirtschaftsfachleute. Zaire leide – so ein vom IWF eingesetzter Experte – besonders an der Korruption, der Ausplünderung der Staatskassen, einem von der Staatsspitze zumindest geduldeten Abfluß wertvoller Rohstoffe und Bodenschätze (wie Diamanten) über illegale Kanäle.

Schon seit 1981 verhandelt der *IWF* über Kredite an Zaire. Aber die Auszahlung schon bewilligter Gelder wurde wegen Nichterfüllung der Mindestanforderungen rasch gestoppt. Das größte Land Zentralafrikas – das ehemalige Belgisch Kongo – leidet an einem mangelhaften Transport- und Versorgungssystem und trotz vieler fruchtbarer Gebiete an einer unzureichenden landwirt*schaftlichen* Produktion. Die Inflation wird 1983 auf über 50 Prozent geschätzt. Die Realeinkommen sinken *in dem etwa 30 Millionen Ein*wohner zählenden Land rapide.

„Die Wirtschaftsmisere ist überwiegend *und langfristig selbstgemacht*", heißt es in einer westlichen Studie. Angesichts von Zuwachsraten der *Wirtschaft bis zu sieben Prozent zwi*schen 1968 und 1973 wurde die Entwicklung des Landes versäumt. Die Landwirtschaft wurde vernachlässigt. Die Abhängigkeit von den Hauptexportgütern Kupfer und Kobalt nahm zu.

Nach einem groß angekündigten Nationalisierungsprogramm 1973 wurden ausländische Firmen größtenteils enteignet, die Experten aus dem Westen, vor allem aus Belgien, durch heimische Kräfte – Offiziere, Beamte oder Parteifunktionäre – ersetzt. Sie scheiterten völlig an den Managementaufgaben.

„Von einer Stabilisierung und Erholung der zairischen Wirtschaft kann bisher nicht ernsthaft die Rede sein", betonte ein europäischer Regierungsberater in Kinshasa.

Zaire habe zweifellos einen „Tiefstand der Kreditwürdigkeit" erreicht. *Für 1983 müssen 926 Millionen Dollar* (2,45 Milliarden Mark) an Tilgungen aufgebracht werden. Bis zum Spätsommer waren aber erst 160 Millionen gezahlt. 1982 waren 900 Millionen Dollar fällig, von denen aber nur 94 Millionen bezahlt wurden.

Das von Mobutu propagierte „Jahr der Strenge" sei zwar in der Tat notwendig – aber noch sei wenig davon zu spüren. Positiv wirken sich allerdings die wieder guten Beziehungen zu Washington aus. US-Präsident Ronald Reagan versprach eine Sofort*hilfe von 50 Millionen Dollar und* eine Schuldenneuregelung. Die Bundesrepublik steht bei der Entwicklungs*hilfe hinter* Belgien, den *USA* und Frankreich an vierter Stelle. Insgesamt erhielt Zaire 268 Millionen Mark an finanzieller Hilfe aus Bonn.

VERSCHULDUNGSKRISE / US-Institut erwartet weiter hohe Leistungsbilanzdefizite

Starke Belastung für das Bankensystem

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Trotz der schon gestarteten Anpassungsprogramme werden die Schuldnerländer in der Dritten Welt und im Ostblock bis 1986 jährliche Leistungsbilanzdefizite ausweisen, die zusammengefaßt mit rund 75 Milliarden Dollar (etwa 200 Milliarden Mark) zu Buch schlagen. Sie können noch höher ausfallen und das weltweite Finanzsystem enorm *belasten*, wenn die wirtschaftliche Wachstumsrate in den Industriestaaten real 2,5 bis drei Prozent nicht erreicht, die Zinsen wieder steigen und Handelsbarrieren errichtet werden.

Zu diesem düsteren Ergebnis kommt eine neue Studie des mit deutschen Marshallplan-Geldern geförderten Institute for International Economics (IIE) in Washington. Ein dauerhafter und auch kräftiger Konjunkturaufschwung in den Industriestaaten sei unbedingt erforderlich, um den Schuldnerländern eine Ausweitung ihrer Exporte zu ermöglichen, damit sie den Zinsen- und Tilgungsdienst finanzieren könnten, wird betont. Das Institut vertritt die Auffassung, daß „die Dritte Welt nicht mit grundsätzlicher Zahlungsunfähigkeit, sondern mit temporärer Illiquidität zu kämpfen hat".

Fortschritte registriert das IIE in Mexiko und Argentinien, während sich *in einem Viertel* der größeren Schuldnerländer – hauptsächlich Öllieferanten – die Lage noch verschlechtern wird. *Der Umfang* der umgeschuldeten Kredite wird in diesem Jahr 90 Milliarden Dollar erreichen; mindestens 34 Staaten sind mit ihren Zahlungen im Rückstand. Das IIE veranschlagt den Schuldenberg der ölimportierenden Entwicklungsländer auf 612 Milliarden Dollar. Hinzu kommen 80 Milliarden Dollar, die von den defizitären Erdöl-Exportstaaten Algerien, Ecuador, Indonesien, Nigeria und Venezuela aufgetürmt worden sind, sowie 53 Milliarden Dollar Netto-Auslandsverschuldung des Ostblocks (ohne Sowjetunion). Das sind insgesamt 745 Milliarden Dollar, wobei 80 Prozent der langfristigen Gelder – ebenfalls rund vier Fünftel – an Regierungen und staatliche Einrichtungen vergeben wurden.

Am Beispiel der neun größten US-Geschäftsbanken unterstreicht das Institut das Ausmaß der Risiken für das Finanzsystem. Ihr Engagement in der Dritten Welt und in Osteuropa überschreitet 235 Prozent des Eigenkapitals, gegenüber den verschuldeten Öländern sind es sogar 283 Prozent. Allein die Ausleihungen an Argentinien, Brasilien, Mexiko, Venezuela und Chile *übersteigen 150* Prozent des Kapitals der Citibank, Bank of America, Chase Manhattan, Manufacturers Hanover, Chemical und Crocker National. Für dringend erforderlich hält das IIE eine stärkere Regulierung der Auslandskredite.

Auch im Zusammenhang mit dem Schuldnertreffen in Caracas, Venezuela, glaubt das Institut, daß „die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit für viele Länder immer attraktiver wird, wenn allein die Zinszahlungen nicht durch den Zufluß von neuem Auslandskaptital gedeckt werden".

ARGENTINIEN / Buenos Aires bittet Gläubigerbanken um Zahlungsaufschub

IWF-Auflagen sind kaum zu erfüllen

rtr, **Buenos Aires**

Argentinien hat nach Angaben aus Bankenkreisen seine ausländischen Gläubigerbanken um eine Frist von zusätzlich 15 Tagen zur Rückzahlung einer morgen fällig werdenden Tranche von *300 Millionen Dollar* eines 1,1-Milliarden-Dollar-Überbrükkungskredites gebeten.

Wie es weiter hieß, will die Regierung die 300 Millionen Dollar des im Januar von einem Konsortium aus 263 Auslandsbanken zur Umschuldung der Auslandsschulden Argenti*niens (rund 39 Milliarden Dollar)* gewährten Überbrückungskredites aus einem neuen 1,5-Milliarden-Dollar-Kredit bezahlen. *Auf den neuen* mittelfristigen Kredit habe man sich im August mit ausländischen Banken geeinigt, doch sei die erste Tranche von 500 Millionen Dollar noch nicht ausgezahlt worden.

Die Freigabe der ersten 500 Millionen Dollar des mittelfristigen Bankenkredits ist nach Angaben aus Bankenkreisen an die Unterzeichnung eines Vertrages gebunden, der der *staatlichen Luftverkehrsgesell*schaft Aerolineas Argentinas zusätzlich eine Frist von sieben Jahren zur *Rückzahlung* von *Auslandsschulden* von 250 Millionen Dollar einräumen würde.

Die Unterzeichnung dieses Vertrages hat sich jedoch verzögert, weil die Banken Einwände gegen das argentinische Konkurs-Gesetz haben, das inländische Gläubiger den Gläubigern im Ausland vorzieht. Der Vertrag mit der Luftlinie gilt als Modell, nach dem andere Unternehmen des öffentlichen Sektors in Argentinien ihre in diesem Jahr fälligen Rückzahlungen von insgesamt rund sieben Milliarden Dollar zu refinanzieren hoffen.

Wie es heißt, hat Argentinien einen Ausschuß von 13 Auslandsbanken gebeten, die Frist für die Rückzahlung der 300 Millionen Dollar auf den 30. September aufzuschieben.

Zentralbankpräsident Julio Gonzalez del Solar erklärte vor Finanzexperten, sein Land sei in der Lage, die Auslandsschulden weiter zu bedienen. Er kritisierte jedoch „übermäßige Formalitäten" im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirtschaft des Landes durch den IWF und die *ausländischen* Gläubiger Argentiniens. Der IWF und die Gläubiger sollten mehr Flexibilität hinsichtlich der *Erfüllung der vereinbarten* Wirtschaftsziele durch Argentinien zeigen, sagte er. Argentinien führe derzeit Schulden-Verhandlungen mit rund 320 Banken. Die hohe Zahl der Verhandlungspartner erschwere eine geordnete Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten.

Argentinien habe praktisch alle Auflagen des IWF für die erste Jahreshälfte eingehalten, die in einem 2,2-Milliarden-Dollar-Kreditabkommen vom Januar festgelegt sind. Allerdings könnten nach den Worten Gonzalez del Solars ein höheres Budgetdefizit (nach kräftigen Lohnerhöhungen in den beiden letzten Monaten) und die beschleunigte Inflation *dazu führen*, daß die Ziele für die zweite Hälfte dieses Jahres nicht erreicht werden.

Zu diesen gehört eine Senkung des Etatdefizits auf acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1983 (von 14 Prozent 1982) und eine Verringerung der Inflationsrate auf 160 in diesem Jahr (von 209 Prozent im vergangenen Jahr). Einschließlich August beträgt die Inflationsrate für die letzten *zwölf Monate* 335 Prozent. Für September sagte Gonzalez del Solar einen weiteren Anstieg um 16 Prozent *voraus*.

LIBANON / Bürgerkrieg trifft die Wirtschaft hart

Schäden in Milliardenhöhe

AFP, **Beirut**

Die Wirtschaft Libanons wird von den anhaltenden Bürgerkriegswirren hart getroffen. Die dadurch verursachten Schäden erreichten nach den Schätzungen der in Beirut erscheinenden Wirtschaftszeitschrift „An Nahar Arab Report and Memo" allein in den beiden letzten Wochen rund 3,5 Milliarden libanesische Pfund (700 Millionen Dollar).

Allein in der Industrie wurden täglich Verluste in Höhe von drei Millionen Dollar registriert. In dieser Summe sind die Sachschäden, die durch die Beschießung von Fabriken verursacht wurden, noch nicht enthalten, da sie noch nicht abgeschätzt werden können. Zu den zahlreichen von Gra*naten getroffenen* Industrieunternehmen gehört auch das noch im Bau befindliche Zementwerk „Sibline", *das mehrheitlich dem Drusenführer* Walid Dschumblatt gehört.

Im Immobiliensektor betragen die Schäden durch die Zerstörung von Schulen, öffentlichen Gebäuden, Wohn- und Geschäftshäusern 100 Millionen Dollar. Die Produktionsausfälle sind in diesem Betrag nicht eingeschlossen. Was die Landwirtschaft angeht, so sind hier laut den Angaben der Zeitschrift Verluste von rund sechs Millionen einzusetzen.

Hohe Ausfälle mußte auch der Verkehrssektor als Folge der Schließung des Flughafens Beirut hinnehmen. Die beiden nationalen Luftverkehrsgesellschaften Middle East Airlines (MEA) und Trans-mediterranean Airways (TMA) und die Landtransportunternehmen verzeichneten Einnahmeausfälle von 22,6 *Millionen Dollar*. Der Bankbereich, der als produktivster Sektor des Landes gilt, erlitt durch die Unterbrechung der Aktivitäten ebenfalls starke Einbußen. Er muß mit hohen indirekten Verlusten rechnen, die durch finanzielle Schwierigkeiten zahlreicher Unter*nehmen des Landes zu erwarten sind*. Die Finanzinstitute des Landes transferierten zudem im Auftrag geflüchteter Libanesen nach Angaben der Fachzeitschrift in den letzten zwei Wochen 500 Millionen Dollar ins Ausland.

Als Folge der Bürgerkriegskämpfe mußte das geplante Programm des Wiederaufbaus verschoben werden. Die Kosten werden angesichts der jetzt zusätzlich angerichteten Zerstörungen um mehrere Milliarden libanesische Pfund ansteigen. Die hohen Erwartungen, die Libanon auf ausländische Hilfe bei der Finanzierung setzte, sind heute weitgehend gedämpft. Beirut weiß nicht, wie der Wiederaufbau und die Behebung der Kriegsschäden, die nun von Tag zu Tag zunehmen, einmal finanziert werden sollen.

SAMBIA / Wunsch nach deutschen Investitionen

Lob für Entwicklungshilfe

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Für ein verstärktes Engagement der deutschen Wirtschaft in Sambia hat sich anläßlich des Besuchs von Staatspräsident Kenneth Kaunda der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff *von Amerongen, ausgesprochen. Vor* Repräsentanten der deutschen Wirtschaft im Hause der DIHT in Bonn *hob Wolff die Bemühungen zur Kon*solidierung der sambischen Wirtschaft hervor. „Die Anpassung der Währungsparitäten, die Aufhebung der Preisbindung bei landwirtschaftlichen Gütern oder die Begrenzung der Lohnsteigerungen verdienen unsere volle Anerkennung", erklärte Wolff.

Staatspräsident Kaunda warb vor allem für mehr deutsche Investitionen in seinem Land. Trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten – die niedrige Auslastung der *Industriekapazitäten, die starke Ab*hängigkeit vom Kupferpreis und die hohe Schuldenlast –, sei das Wachstumspotential in Sambia noch erheblich.

Die Bundesrepublik gehört mit einem Anteil von rund fünf und sieben Prozent an den Ein- und Ausfuhren *zu den fünf wichtigsten Handelspart*nern Sambias. Mehr als 83 Prozent des Kupferbedarfs führt die Bundesrepublik aus Sambia ein. Nach Angaben des DIHT sind die deutschen Direktinvestitionen von 1981 bis Januar 1983 um mehr als 30 Prozent auf 19 Millionen Mark gestiegen. In der Entwicklungshilfe hat die Bundesrepublik bis Ende 1982 Rahmenzusagen über 381 Millionen Mark gegeben. Kaunda würdigte nachdrücklich den Umstand, daß die Bundesrepublik trotz eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre öffentliche Hilfe an Sambia nicht vermindert habe. Der Staatsgast plädierte aber für eine *höhere finanzielle Hilfe*.

Handelsgespräche der EG mit Japan

dpa/VWD, **Tokio**

Unter dem Eindruck der weiter ansteigenden japanischen Exportüberschüsse wollen Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und Japans vom 16. September an in Tokio eine Zwischenbilanz über die Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen in diesem Jahr ziehen.

Bei den Gesprächen, die bis zum 23. September dauern werden, soll unter anderem geprüft werden, inwieweit sich die japanischen Exporteure an die im Februar vereinbarten Selbstbeschränkungen für die Ausfuhr von zehn wichtigen Industrieprodukten, einschließlich Videorecorder, gehalten haben. Offiziellen japanischen Statistiken zufolge hat sich der Überschuß im Warenverkehr mit der EG im ersten Halbjahr 1983 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um rund sechs Prozent auf fünf Milliarden Dollar (rund 13 Milliarden Mark) erhöht.

Zu den Gesprächen, die auf japanischer Seite von Vertretern von Handels-, Außen- und Landwirtschaftsministerium geführt werden, kommt aus Brüssel der für Japan zuständige Direktor *in der EG-Kommission*, Phan van Phi, nach Tokio.

Brüssel hat Japan mehrfach zu einer spürbaren Ausweitung seiner Fertigwarenimporte aufgefordert.

FRANKREICH / Paris drängt auf Zinssenkung

Billigere Wohnungsbaukredite

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französischen Sparkassen haben ihre Zinssätze für langfristige Wohnungsbaukredite um 0,75 bis ein Prozentpunkt ermäßigt. Je nach Laufzeit sind dafür jetzt 13,55 bis 14,25 Prozent Jahreszinsen zu zahlen. Kredite auf Altbauwohnungen kosten 16,45 Prozent. Für nicht hypo*thekarisch gesicherte* Kredite werden aber nach wie vor 17,60 Prozent berechnet.

*Gleichzeitig sind die Höchstpla*fonds für alle Arten von Sparkassenkrediten aufgestockt worden. Maxi*mal* dürfen die Sparkassen *600 000* Franc pro Person ausleihen. Diese Erleichterungen werden mit der gestiegenen Spartätigkeit und damit begründet, daß die Sparkassenzinsen kürzlich ermäßigt worden sind, für Einlagen auf das AA-Sparbuch auf steuerfreie 7½ (8½) Prozent.

Eine selektive Zinssenkung hatte bereits Ende letzter Woche der Crédit National vorgenommen (von 15,80 auf 15,25 Prozent für langfristige Kredite an Unternehmen). Das gemischt wirtschaftliche Finanzierungsinstitut beschafft sich seine Mittel durch Anleiheemissionen. Die dafür gebotenen Zinsen haben sich in den letzten sechs Monaten von etwas über 15 auf 14 Prozent zurückgebildet.

Dagegen haben die französischen Banken ihre Kreditkonditionen nicht verändert. Ihr Basiszins beträgt seit Anfang Januar unverändert 12¼ Prozent. Den Wünschen der Regierung, diese unterste Zinsgrenze auf zwölf Prozent zu senken, hatten die Banken unter Hinweis darauf widersprochen, daß sie am Geldmarkt, ihrer wichtigsten Refinanzierungsquelle, *höhere Zinsen bezahlen müßten*.

Anfang letzter Woche war dann zwar der Leitzins der Notenbank für *Tagesgeld auf zwölf Prozent* reduziert worden. Aber schon wenige Tage später wurde er wieder auf 12½ Prozent angehoben, nachdem die Deutsche Bundesbank den Lombardsatz von 5 auf 5½ Prozent erhöht *hatte*. Auf diese Weise sollte Geldabflüssen in die Bundesrepublik und damit einer Abschwächung des Franc-Kurses entgegengewirkt werden.

Wie empfindlich der Franc auf die Lockerung der Zinsen reagiert, zeigte die Kursentwicklung der letzten Tage. Die nur leichte Rücknahme des Tagesgeldsatzes auf 12⅜ Prozent führte am Pariser Devisenmarkt zu einer Erhöhung des D-Mark-Kurses von 3,0113 auf 3,0136 Franc. Der Franc ist damit gegenüber seinem Paritätskurs (3,06648 Franc) allerdings immer noch verhältnismäßig fest geblieben.

ZUCKERABKOMMEN / Drei Konzepte zur Marktregulierung werden diskutiert

Brüssel plädiert für Ausgleichslager

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Bei der *zweiten Verhandlungsrun*de der internationalen Zuckerkonferenz, die am Montag unter der Schirmherrschaft der *UNO-Organisa*tion für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf begonnen wurde und drei Wochen lang dauern soll, machen 57 Exportstaaten und 22 Importländer den Versuch, wenigstens die Grundlagen für ein neues Zuckerabkommen auszuhandeln.

Dies ist ein schwieriger Auftrag. Denn bereits die erste Genfer Verhandlungsrunde im Mai und die Londoner Konsultationen im kleinen Rahmen von sechs repräsentativen Abnehmer- und zwölf Erzeugerstaaten zeigten starke Meinungsunterschiede, vor allem mit der EG (die dem geltenden Weltzuckerabkommen nicht angehört), dem größten Exporteur auf dem freien Zuckermarkt, den die *anderen Produzenten* unbedingt in ein Abkommen einbinden wollen. Ziel eines neuen Weltzuckerabkommens ist die Wiederherstellung eines für Produzenten- und *Abnehmerländer* annehmbaren Preises, was mit dem zur Zeit geltenden Abkommen von 1977 nicht erreicht wird.

Der argentinische Sitzungspräsident *Zorreguieta hat der Konferenz* einen Vorschlag unterbreitet, der von allen Delegationen außer der Sowjetunion als Arbeitsgrundlage akzeptiert wurde. Dieses Dokument versucht, die grundsätzlichen Meinungsunterschiede über ein Marktinterventionssystem nach bisherigem Modus (Exportquotensystem) und der von der EG vorgeschlagenen Regelung (Lagerhaltungspolitik) nicht so kraß in Erscheinung treten zu lassen.

Von der ersten Verhandlungsrunde liegen drei Vorschläge auf dem Tisch: Die Brüsseler Gemeinschaft will dem Markt die überschüssige Produktion *durch weltweit* größere Ausgleichslager besonders der führenden zehn Erzeugerländer entziehen. Dagegen beruht der brasilianische Vorschlag wie alle Zuckerab*kommen der letzten 30 Jahre auf* einem Exportquotensystem: Um die Preise innerhalb der festgesetzten Bandbreite zu halten, könnten die Quoten jeweils der Nachfrageentwicklung angepaßt werden. Ein australisches Konzept schließlich enthält Elemente des brasilianischen wie des EG-Vorschlags.

Unter den Erzeugerstaaten ist die Mehrzahl für ein Exportquotensy*stem als Interventionsinstrument* für eine Marktsteuerung. Sie wären aber zu Zugeständnissen an den mächtigsten Exporteur, die EG, bereit, wenn sich die Zehnergemeinschaft flexibler zeigen würde. Die EG gibt jedoch klar zu verstehen, daß sie an ihrer Ausgangsposition festhält, mit einer Lagerhaltungspolitik als zentrales Marktregulierungsinstrument, da sie sonst ihre gesamte Zuckermarktordnung ändern *müßte*. Aus taktischen Gründen scheinen zur Zeit einige große Exportländer auf die Brüsseler Vertreter einzugehen.

WELT-Korrespondenten berichten von der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung

Hersteller haben Grund zur Zuversicht

Wenn es nicht seit Monaten die Diskussion um die von Bonn beschlossene Einführung bleifreien Benzins und der damit notwendigen Katalysatortechnik gäbe, die 50. Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) vom 15. bis 25. September in Frankfurt, eignete sich richtig zu einer Jubelveranstaltung. Grund dazu ist, was die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Autoindustrie angeht, vorhanden. Für das Gesamtjahr 1983 wird mit einem Inlandsabsatz von 2,4 Mill. Personenwagen gerechnet, nach Jahren des Absatzrückgangs ein Plus von rund 10 Prozent. Dazu kommt eine Exportentwicklung, die sich angesichts der entwickelnden Wirtschaftslage in den wichtigsten deutschen Abnehmerländern in Europa, weitaus besser darstellt als noch zur Jahreswende vorausgesehen. Daß die deutschen Autobauer diese Entwicklung nicht mit dem Zusatz „Boom" garniert sehen wollen, ist verständlich. Zu leicht könnte die Frage auftauchen, wieso einige von ihnen in kleinen Schritten kurz vor der IAA zum zweiten Mal in diesem Jahr und zusätzlich zur Mehrwertsteuererhöhung die Preise erhöht haben. Aber das fällt in Zeiten des Aufschwungs natürlich leichter als in einem harten Marktkampf in mageren Zeiten. Tatsächlich signalisierten Produktion und Absatz, daß man 1983 dem längerfristigen Trendvolumen näherkommt und einen Teil des über Jahre aufgestauten Ersatzbedarfs zu decken beginnt. Die Automobilwirtschaft, durch das Bonner Vorgehen in Sachen bleifreies Benzin äußerst verärgert, erwartet zur Eröffnung in der Frankfurter Alten Oper von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein offenes Wort. Wenn auch sein Kabinettskollege Zimmermann hart bleiben will, muß sich Lambsdorff zu den möglichen wirtschaftlichen Folgen äußern. Darauf sind die 1514 Aussteller aus 34 Ländern gespannt. py

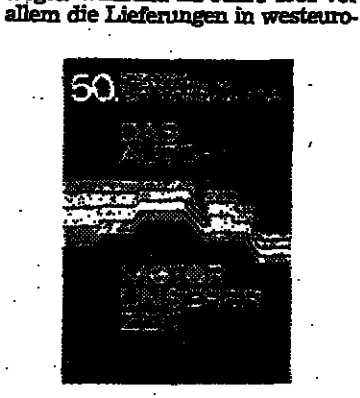
Inlandsmarkt für Nutzfahrzeuge belebt

War in früheren Jahren die Schubkraft des Exports eine höchst willkommene Ausgleichskomponente für das gebremste Inlandsgeschäft der Nutzfahrzeugbranche, so haben sich inzwischen die Vorzeichen ins Gegenteil verkehrt. Mit deutlicher Erleichterung wird von den deutschen Lkw-Herstellern registriert, daß sich der Inlandsabsatz wieder zu beleben und zu erholen beginnt, nachdem er im Sog der allgemeinen Konjunkturschwäche in den letzten Jahren kräftig rückwärts gefahren war.

Beschleunigt hat sich das Nutzfahrzeuggeschäft im Inland nicht zuletzt aufgrund der bis Ende dieses Jahres laufenden staatlichen Investitionshilfe. Da hieraus zweifellos Aufträge resultieren, die zeitlich vom Kunden vorgezogen werden, wächst bereits bei den Herstellern wieder die Sorge, daß es im kommenden Jahr zu beträchtlichen Löchern in der Auftragsdecke kommen könnte. Es mehren sich schon Stimmen, die einer Fristverlängerung um ein halbes oder ein Vierteljahr das Wort reden.

Einen vorläufigen Höhepunkt hatten die Nutzfahrzeug-Zulassungen am deutschen Markt im Jahre 1980 mit beinahe 176 000 Einheiten erreicht. Seitdem sackte der Markt permanent ab und schrumpfte innerhalb der letzten zwei Jahre um rund 30 Prozent. Ende 1982 hatte der Inlandsabsatz das niedrigste Niveau seit sechs Jahren erreicht.

Für die Beschäftigungslage in diesem Wirtschaftszweig war es deshalb von großer Bedeutung, daß sich der Export (er liegt bei etwa zwei Dritteln der Produktion) in den beiden vergangenen Jahren zwar abschwächte, aber immer noch auf relativ hohen Touren bewegte. Während im Jahre 1981 vor allem die Lieferungen in westeuro-



päische Länder merklich abgefallen waren, wirkte sich im Jahre 1982 zunehmend die sinkende Nachfrage der Opec-Länder, die sich vornehmlich auf schwere und mittelschwere Nutzfahrzeuge konzentriert, negativ in den Auftragsbüchern aus.

Und die anhaltend sinkende Tendenz im Export in die Ölländer des Nahen und Mittleren Ostens ist es auch, die den Lkw-Bauern im Verlaufe dieses Jahres nach wie vor Kopfzerbrechen bereitet. So wird denn der Zuwachs im Inlandsgeschäft nicht ausreichen, um die Auftragslücken des Exports in 1983 auszugleichen, die Produktion wird also weiter talwärts tendieren.

In der ersten Jahreshälfte 1983 hat sich die Produktion von Lastkraftwagen in der Bundesrepublik weiter um 3,6 Prozent auf insgesamt 137 455 Einheiten ermäßigt. Dabei liegen deutlich in der Pluszone lediglich Transporter (bis 2 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht) sowie Lkw in den Gewichtsklassen zwischen 4 und 8 Tonnen. Dem stehen zweistellige Minusraten sowohl bei leichten Lkw (2 bis 4 Tonnen) wie auch in allen mittelschweren und schweren Kategorien (ab 8 Tonnen) gegenüber. Allein bei den Lkw über 16 Tonnen liegt der Produktionsrückgang in diesem Zeitraum bei mehr als 25 Prozent. Die Herstellung von Straßenzugmaschinen sank sogar um fast 36 Prozent auf 10 454 Einheiten ab.

Es liegt auf der Hand, daß die Hersteller, wenn auch graduell unterschiedlich, von Beschäftigungssorgen geplagt sind. Daß unter derartigen Vorzeichen Kampfpreise und großzügige Rabattofferten an der Tagesordnung sind, ist geradezu zwangsläufig. Von der Internationalen Automobilausstellung (IAA) erhofft sich die Branche belebende Geschäftsimpulse. Neue Modell-Programme, die auf noch mehr Wirtschaftlichkeit abgestellt sind, sollen der Auslöser sein.

WERNER NEITZEL

BMW: Auftragseingänge über Vorjahr

Die Produktion bei BMW wird in diesem Jahr erstmals die Grenze von 400 000 Automobilen übersteigen, „und zwar erheblich", betonte Eberhard von Kuenheim, Vorsitzender des Vorstands der BMW AG, auf der IAA-Pressekonferenz des Unternehmens. Für alle BMW-Modellreihen liegen die Auftragseingänge in den ersten acht Monaten über den Vorjahreswerten. Besonders erfolgreich ist nach Angaben von Kuenheims die neue 3er Reihe: Seit Produktionsbeginn Ende letzten Jahres bis heute seien rund 135 000 Einheiten verkauft worden, weit mehr als die Hälfte der Produktion ging ins Ausland. Aber auch bei den inländischen Neuzulassungen legte BMW im ersten Halbjahr 38 Prozent zu.

Die BMW-Neuheiten auf der IAA – eta-Motor (zur Nutzung von bleifreiem Benzin) und BMW-Diesel – werden nach Ansicht von Kuenheim zusätzliche neue Käufergruppen für BMW erschließen. Vor diesem Hintergrund sind seine positiven Erwartungen für dieses Jahr zu sehen, die auch weiter steigende Mitarbeiterzahlen beinhalten. Eine Schließung der derzeitigen Kapazitätslücke bei BMW erwartet von Kuenheim durch die Werke Steyr (wo die Produktion von Motoren bereits angelaufen ist) und Regensburg, wo ab 1986 Automobile montiert werden sollen.

Kuenheim macht freilich Zuversicht nicht nur bei BMW aus, er sieht bei den deutschen Herstellern zum Auftakt der großen Autoschau in Frankfurt „eine Art kollektiver Zufriedenheit": Die Grundsatzdiskussion um das Produkt Auto sei ausgestanden; weltweit habe die deutsche Automobilindustrie ihre Position ausgebaut. Kuenheim bedauerte, daß der Konsens zwischen Regierung und Industrie, der diese Entwicklung ermöglicht habe, mit der Diskussion um bleifreies Benzin und Katalysatoren „zerrissen" sei.

Aufgabe des Gesetzgebers könne es nur sein, Abgasgrenzwerte vorzuschreiben. Die Instrumente zu deren Erfüllung müßten den Herstellern überlassen bleiben, betonte Kuenheim, der zugleich daran erinnerte, daß für BMW selbst der diskutierte Termin (1. Januar 1986) keine Probleme bereite.

INGE ADHAM

Volkswagen startet Sofortprogramm

Ganz nach dem Motto „Alle reden von weiterer Verminderung der Umweltbelastungen durch das Auto, wir zeigen einen sofort wirksamen Weg", startet der VW-Konzern unmittelbar nach der IAA ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Luftqualität. Für einen deutlich unter 50 DM liegenden Preis wird die VW-Kundendienstorganisation die bislang im Rahmen des Regelservice erfolgende Motoreinstellung jetzt auch als Einzelleistung anbieten. Die dann „optimal eingestellten" Fahrzeuge, bis Ende 1983 sollen es etwa eine Million VW und Audi sein, werden einen Aufkleber „Sauber eingestellt 1983" erhalten.

VW-Vorstandsvorsitzender Carl H. Hahn begründete diesen Schritt damit, daß von den zur Zeit 24 Mill. Pkw in der Bundesrepublik nur etwa die Hälfte regelmäßig gewartet würden, regelmäßig gewartete und eingestellte Fahrzeuge jedoch 20 bis 40 Prozent weniger Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoff emittieren.

Hahn plädiert nach wie vor für Lösungen, die sowohl Benzinverbrauch als auch Abgaswerte reduzieren, ohne den Bürger finanziell noch stärker zu belasten, und die Pflichten gegenüber der Umwelt zu vernachlässigen. Dieses Plädoyer begründete Hahn mit dem Hinweis auf VW als größten europäischen Hersteller von Abgaskatalysatoren (für den US-Export). Hahn: „Wir kennen seine Möglichkeiten und Grenzen, seine Schwächen und Kosten ganz genau und plädieren daher für realistische Grenzwerte." Hahn hält den Einführungstermin für bleifreies Benzin (1. 1. 86) wegen der notwendigen Produktionsumstellungen für nicht haltbar.

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres hat der VW-Konzern weltweit fast 1,46 Mill. Fahrzeuge verkauft und damit das Vorjahresergebnis leicht übertroffen. In der Bundesrepublik wurden 516 000 (plus 8,3 Prozent) Wagen ausgeliefert. Dabei hat der „alte" Golf in den letzten Monaten seinen Marktanteil ausgebaut, der neue Audi 100 seinen Absatz gegenüber der Auslaufphase 1982 des Vorgängers nahezu verdreifacht.

In Europa lagen die VW-Verkäufe mit 419 000 Stück nur leicht unter dem außerordentlich guten Vorjahr. In den USA wurde das 82er Verkaufsergebnis mit 142 400 Wagen wieder erreicht.

HARALD POSNY

MAX BAHR / Umsatz stieg um 29 Prozent – Ende der Expansion nicht abzusehen

Jährlich vier neue Baumärkte geplant

KAREN SÖHLER, Hamburg

Ungeachtet der wirtschaftlichen Turbulenzen setzte die Max Bahr Holzhandlung GmbH & Co. KG, Hamburg, die Expansion der Vergangenheit auch im Geschäftsjahr 1982/83 (28. Februar) fort. Das Unternehmen, das inzwischen 31 Bau- und Heimwerkermärkte betreibt, steigerte den Umsatz im Berichtszeitraum um 29 Prozent von 175 Mill. DM auf 226 Mill. DM. Der Do-it-yourself-Markt, dessen Volumen auf 25 Mrd. DM geschätzt wird, befindet sich seit Jahren auf Expansionskurs, „aber auch von der Konkurrenz heben sich unsere Zuwachsraten positiv ab", betonen die geschäftsführenden Gesellschafter Peter Möhrle und Peter Baron von le Fort.

Das Unternehmen, innerhalb der Branche auf Platz zwei, dehnte auch die Verkaufsflächen weiter aus. Mit vier Neueröffnungen in Hamburg, Bremen, Göttingen und Ulm vergrößerte sich die Verkaufsfläche im vergangenen Geschäftsjahr um 20 Prozent auf rund 58 130 Quadratmeter. Erstmals wurde ein Standort im Süden Deutschlands in Betrieb genommen. Dies setze Zeichen für die kommenden Jahre, erklärte von le Fort; die im Plan vorgesehenen vier Neueröffnungen pro Jahr sollen in Zukunft gleichmäßig auf den Norden und den Süden verteilt werden.

Der Trend gehe zu größeren Einheiten. Die letzte kleine „Klitsche" habe Bahr in diesem Jahr verkauft, womit die „Jugendsünden" abgegolten seien. Eine Ausweitung der Verkaufsfläche, die vorwiegend eine größere Lagerfläche und eine bessere Übersicht für den Kunden gewährleisten soll, erschwere indes die Aufrechterhaltung der gewohnten Flächenproduktivität. Dennoch sei es Bahr gelungen, die im vergangenen Geschäftsjahr auf 3610 DM je qm gesunkene Produktivität wieder auf 3888 DM anzuheben.

Die stetige Expansion, deren Ende noch nicht abzusehen sei, fuße auf einer grundsoliden Ertragslage, erklärt Möhrle. Die Brutto-Rendite liege unverändert deutlich über 5 Prozent, der Cash-flow betrage 21 Mill. DM. Ebenso trage die Eigenkapitalquote von 20 Prozent an der Bilanzsumme zu dem festen Sitz im Sattel bei. Die Investitionen sollen 1983/84 wiederum 22 Mill. DM erreichen.

Von Diversifikation will das Unternehmen trotz vorhandener Möglichkeiten nichts wissen. Bahr handelt nach dem Motto „Schuster, bleib bei deinem Leisten."

Bei Kaffee noch Wachstumschancen

HENNER LAVALL, Bonn

Der Kaffeekonsum in der Bundesrepublik Deutschland stagnierte in den letzten Jahren bei rund vier Tassen pro Kopf und Tag. Im Jahr sind dies zwar immer noch weit über 80 Milliarden Tassen, doch eine kleine Branche will den Verbrauch jetzt ankurbeln. Die Hersteller von löslichem Kaffee setzen nach Angaben ihres Verbandspräsidenten Jan Beernd Rothfos auf den Trend nach bequemerer Zubereitung.

Wachstumschancen sieht der Bundesverband in der Tatsache, daß der Konsum von löslichem Kaffee in Deutschland im Vergleich zum gesamten Verbrauch ziemlich klein ausfällt: Nur jede achte Tasse hat als Ausgangsprodukt den Instant. Weltweit wird dagegen über ein Drittel in Form von löslichem Kaffee getrunken.

Die Branche in der Bundesrepublik setzt mit ihrem Produkt 729 Mill. DM um. Der Markt wird beherrscht von der Nestlé-Erzeugnisse GmbH, die nach Angaben des Bundesverbandes der Hersteller von löslichem Kaffee e. V., Alsbach, 42 Prozent auf sich vereinigt. Es folgt die Deutsche Extrakt Kaffee GmbH mit rund 28 Prozent, vor Jacobs mit 17 Prozent und Hag GF mit 11 Prozent.

Auch die Hersteller von löslichem Kaffee beklagen den Kampf um Marktanteile über den Preis. Instant-Kaffee werde in Deutschland zur Zeit um rund 50 Pfennig zu billig angeboten. Eine Preiserhöhung sei deshalb überfällig. Aus Konkurrenzgründen zum Röstkaffee müsse sie aber so lange verschoben werden, bis die großen Röster ihren Preis für Bohnenkaffee heraufgesetzt haben. Der Bundesverband nennt hier als möglichen Zeitpunkt das Jahresende.

BENTELER / Ertragslage anhaltend unter Druck

Investitionen verdoppelt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der nach Mannesmann zweitgrößte deutsche Rohrhersteller, die Paderborner Benteler-Gruppe, mußte im Geschäftsjahr 1982 einen Rückgang des Jahresüberschusses um 36,3 Prozent auf 31,9 Mill. DM hinnehmen. In einer Mitteilung der in Familienbesitz liegenden Gruppe wird dies mit Umstrukturierungen in den Produktionsprogrammen der drei selbständigen Unternehmensbereiche, Paderwerk-Gebrüder Benteler GmbH & Co. (Rohre), Benteler Stahl- und Röhrenwerke GmbH & Co. KG sowie Benteler-Werke AG (unter anderem Umformtechnik, Werkzeug- und Maschinenbau), sowie mit Erlösverfall und Kostenerhöhungen begründet. Die wenigen mageren Detailangaben zum Abschluß lassen Hinweise auf den Erfolg der Umstrukturierung und die finanzielle Lage der Firmenbereiche nicht zu.

So werden nur die Gesamtumsätze der Gruppe, einschließlich der Innenumsätze, mit 1,75 Mrd. DM (minus 1,5 Prozent) angegeben. Davon entfielen 1982 rund 1,53 Mrd. DM (minus 3,2 Prozent) auf „Rohr- und sonstige Umsätze". Die Umsätze der Umformtechnik stiegen um 11,2 Prozent auf 228 Mill. DM. Die Exporterlöse gingen mit 582 Mill. DM um fast 18 Prozent zurück und verringerten dadurch den Exportanteil am Gesamtumsatz von fast 40 auf 33 Prozent.

Der im Berichtsjahr mit 118 (58) Mill. DM mehr als verdoppelte Investitionsaufwand betraf Rohrbereich und Umformtechnik gleichermaßen und führte zu einem Anstieg des Sachanlagevermögens auf 390 (347) Mill. DM. Die Sachanlagenabschreibungen werden mit 61 (63) Mill. DM angegeben. Für die um 236 auf 7326 (und bis Ende Juli 1983 auf 7456) gestiegene Mitarbeiterzahl erhöhten sich die Aufwendungen um 0,7 Prozent auf 335 Mill. DM.

Während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres sind die Umsätze der Gruppe um 1,9 Prozent auf reichlich 1,06 Mrd. DM gesunken. Wie im Jahr zuvor gingen die Rohrumsätze zurück (minus 6,4 Prozent auf 894 Mill. DM), während die Umformtechnik erneut zulegte. Die Auslastung der Betriebe ist bis zum Jahresende gesichert, heißt es. Sinkende Erlöse und wachsende Kosten hielten die Ertragsentwicklung weiter unter Druck.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: KG i. Gedadruck F. und K. Gedat Druck- u. Papierverarbeitung GmbH & Co.; **Brühl:** Regalex GmbH; **Buxtehude:** Jörg Muschke, Bauunternehmer; **Einbeck:** Nachl. d. Hilmar Schaper; **Essen:** Manfred Meyer, Schreinermeister, Oberhausen; **Freudenstadt:** Christine Mahlecke, Inh. d. Textil-Mini-Laden Christine Mahlekke, Betzweiler-Wälde; **Kassel:** Erbarth Tief- u. Straßenbau GmbH, Lohfelden 1; **Köln:** La Tranquera Argentinisches Steakhaus GmbH; **Lampertheim:** Kurt Sehorz, Viernheim; **Lüneburg:** Wilhelm Surborg, Gartenbau OT Oertzen i. Embsen; **Mayen:** Hoch-Tief-Bau Akkermann GmbH & Co. KG; **Minden:** Günter Nolte, Inh. d. Georg Nolte; **Münster:** Nachl. d. Heinz Waldemar Esser, Ostbevern; **Saarbrücken:** Nachl. d. Lina Minna Stürmer geb. Hüllmann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Ideal-Möbel Warnath GmbH & Co. KG, Bottrop.

Paul Pleiger gestorben

Bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn nahe Lüdenscheid ist der Präsident der nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände und Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie NRW e. V., Paul Pleiger, am Montagabend ums Leben gekommen. Sein Fahrer überlebte den Unfall schwer verletzt.

Pleiger galt über Nordrhein-Westfalen hinaus nicht nur bei seinen Arbeitgeberkollegen, sondern auch bei der IG Metall als vorbildlicher Unternehmer und Verhandlungsführer in Tarifrunden. Für ihn galt in der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Grundsatz: anständiger Lohn für anständige Arbeit. Er setzte im Umgang mit der Belegschaft des eigenen Unternehmens in Bochum, aber auch als Tarifpolitiker mit Einfluß im gesamten metallindustriellen Arbeitgeberverband Gesamtmetall stets darauf, daß Offenheit Voraussetzung für fruchtbare Zusammenarbeit sei.

Paul Pleiger wurde vor 53 Jahren in Bochum als Sohn eines Fabrikanten geboren. An der TH Aachen und in Berlin studierte er Maschinenbau und Bergbau. Er promovierte 1958, trat ein Jahr später in das väterliche Unternehmen, eine Maschinenbau-Firma in Witten-Herdecke, ein. Seit 1971 leitete er im Verband der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens den tarifpolitischen Ausschuß; 1980 wurde er Präsident des Verbandes und Verhandlungsführer in den Tarifrunden. Mehrmals tätigte er für das Bundesgebiet richtungweisende Tarifabschlüsse. Im vergangenen Jahr wurde Pleiger auch Präsident der Landesvereinigung der NRW-Arbeitgeberverbände.

Er hinterläßt seine Frau und seine 14jährige Tochter. gba

Aktien erneut leichter

Verkäufe aus dem Ausland – Deutsche Bank unter Druck

DW. – Die turbulenten Kursveränderungen an der Wall Street, ausgelöst durch Irritationen über die tatsächliche Entwicklung des Geldmengenwachstums in den USA, sorgten auch auf dem deutschen Aktienmarkt für einen Rückschlag. In erster Linie waren es Ausländer, die Positionslösungen vorgenommen haben. Zum Teil werden dafür auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Nachrüstung verantwortlich gemacht, weil sie die Frage aufwerfen, ob die Bundesrepublik für internationale Anleger noch als sicheres Land gelten kann. Unter Abgabedruck lagen besonders die Aktien der Deutschen Bank, rückläufig waren aber auch die Titel der Großchemie.

Mit 0,76 DM (0,85) erreichte das BASF-Bezugsrecht seinen bisher niedrigsten Stand. Siemens-Aktien, die sich erst am Vortag deutlich erholt hatten, gaben als Folge neuer Auslandsabgaben und Gewinnmitnahmen der Kulisse um 3,50 DM nach. Am Bankenmarkt lagen neben den Papieren der Deutschen Bank auch BHF-Bank (minus 3,80 DM) und Bayern Hypo (minus 5,50 DM) fühlbar schwächer. Preussag wurden um 4 DM und Kali und Salz um 5 DM zurückgesetzt. Die am Vortag in den Börsenhandel eingeführten Wella-Aktien waren um 8 DM auf 374 DM rückläufig. Die Umsatztätigkeit hat hier stark nachgelassen, nachdem der Markt am Vortag von einem großen Teil der Kleinstzuteilungen bereinigt worden war. Mit Abschlägen bis zu 3 DM kamen die Maschinenbauaktien relativ gut über die Runden. Auslandsengagements bestehen hier nur wenige, sieht man von Mannesmann ab, wo aber schon in den Vorwochen Abgaben aus dem Ausland den Kurs überdurchschnittlich gedrückt hatten, so daß auch für Inländer hier kaum noch Platz für Gewinnrealisationen geblieben ist.

Düsseldorf: Hochtief zogen um 5 DM auf 435 DM an. Rhenag verbesserten sich ebenfalls um 5 DM auf 405 DM, und Audi NSU schlossen mit einem Plus von 9 DM auf 274 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb am Dienstag leichter, vor allem wegen der Erholung des Dollarkurses und wegen einiger Verkäufe des Handels und der Investmentgesellschaften. Die Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach. BASF-Bezugsrechte notierten 0,76 DM (0,86 DM) bei 400 000 Stück Umsatz.

Hamburg: Beiersdorf fielen durch eine besonders schwache Haltung auf, die Notiz war 330 DM (minus 9 DM). Versorgungswerte mußten auch Verluste hinnehmen.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 2 DM auf 324 DM, Gehe AG gaben um 4,60 DM auf 215,20 DM nach und Süd Chemie sanken um 8 DM auf 342 DM.

Berlin: Berliner Kindl lagen um 1 DM freundlicher und DeTeWe konnten sich um 4 DM verbessern. Orenstein ermäßigten sich um 1,30 DM und Herlitz Vorzüge um 1,80 DM.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

	13. 9.	12. 9.
B. A. T. Industries	139	138
Br. Leyland	80	78
British Petroleum	436	436
Burmah Oil	180	180
Cadbury Schweppes	100	100
Charter Cons.	263	261
Cons. Gold. Fields	602	612
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	98	97
De Beers $	9,65	9,55
Distillers	226	225
Driefontein $	37,37	37,12
Dunlop	54	53

Amsterdam · Mailand · Wien · Kopenhagen · Tokio · Zürich · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

[illegible]

Optionshandel

Kaufoptionen vom 13. 9.: AEG 10-65/14,10-70/9,15, 10-75/8,10-80/2,80, 1-75/8,40, 1-80/6,0, 4-70/16,90, 4-75/13, 4-80/12, 4-90/6,50, Siemens 1-350/14,40, 1-360/10, 4-430/4, Veba 10-170/5, 1-170/16,50, 1-180/7,50, 4-200/6,70, BASF 1-150/11, 1-160/5,50, 1-170/3,30, 4-150/15, 4-10/10, Bayer 1-146/12,20, 1-150/8, 1-160/5,90, 4-160/9, 4-170/6,40, Hoechst 10-160/2,45, 1-150/15, 1-160/7, 4-160/12,40, 4-170/8, 4-180/5, VW 10-180/36, 10-190/26, 10-200/14,40, 1-190/34, 1-200/75, 1-210/20, 1-220/15,50, 1-230/11, 1-240/8, 4-220/23,20, 4-280/6,90, Conti 10-95/13,90, 10-110/2,60, 1-100/13, 1-110/7,60, 4-110/11, 4-120/7, 4-130/5, Lufthansa 1-130/3,50, Lufthansa Vorz. 1-130/4,90, Commerzbank 1-170/12,10, 1-180/7,60, 4-160/30,60, 4-170/20,60, 4-180/14, Deutsche Bank 1-300/30, 1-310/19,90, 1-330/10, 4-320/24, 4-330/16,80, Dresdner Bank 1-170/11, 1-180/7,50, 1-190/4,40, 4-170/18, 4-190/9,60, Hoesch 1-45/5,40, 1-50/3,60, 4-50/4,80, Mannesmann 1-140/6,20, 1-150/4, 4-140/11, 4-150/8,40, 4-170/5,20, Preussag 1-270/17,90, 4-280/15, Thyssen 10-70/2,40, Bewag 10-100/4,90, 1-110/3, BBC 10-200/11,10, 1-210/22, Dt. Babcock 4-170/17,50, 4-180/13,90, Degussa 1-360/39, 1-380/10, GHH 1-130/25, Alcan 10-95/18, 4-90/33, Chrysler 10-85/3,60, 1-80/8,50, 4-85/11, 4-90/7,20, Xerox 10-120/37, Sony 4-40/7, Philips 1-40/6,40, 4-45/90, Royal Dutch 1-140/6, ELF 10-60/6, 1-65/7,20, 1-70/4. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-75/2,50, 1-80/5,40, Siemens 1-330/5, BASF 10-150/2,20, 1-150/3,50, Bayer 10-150/2,15, 1-150/2,80, 1-160/10, BMW 10-400/22, VW 1-210/5,60, 4-170/2,50, 4-210/7, Conti 1-110/6,95, Commerzbank 1-180/12, Deutsche Bank 1-319/19, 1-320/20, 4-320/25, Dredner Bank 10-170/3,50, 1-170/6, 1-180/14, 4-170/7,60, Hoesch 10-10-45/3, 10-50/5, 10-55/10, 1-45/5,50, 4-45/3,70, 4-55/12,60, Mannesmann 1-150/19, Preussag 1-270/8,50,5 Thyssen 1-70/3,60, 4-70/4,50, Degussa 10-360/10,50, 1-360/19,90, Kali u. Salz 1-220/9,50, Karstadt 1-280/11,80, 4-260/13, Chrysler 1-75/2,50, 1-80/6,50, 4-85/17, Philips 1-40/3,95, 1-50/10. 687 Optionen 38 300 (39 350) Aktien, davon 131 Verkaufsoptionen = 7450 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5⅜–5⅝	4 –4¼
3 Monate	9⅞–10⅛	5½–5¾	4¼–4½
6 Monate	10 –10¼	5¾–6	4⅜–4⅝
12 Monate	10¼–10½	6⅛–6⅜	4½–4¾

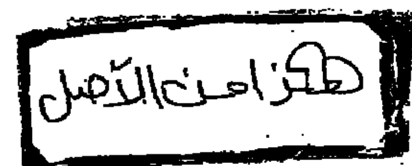
Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1875,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1238,00	1453,06
5 US-Dollar (Liberty)	520,00	642,00
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	251,00	308,94
20 belgische Franken	186,00	250,80
10 Rubel Tscherwonez	263,00	327,18
2 südafrikanische Rand	248,00	304,38
Krüger Rand, neu	1107,00	1301,88
Maple Leaf	1107,00	1301,88
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1024,00	1231,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	255,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	112,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	465,00	570,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer



Devisen und Sorten

13. 9. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfz.-Kurse⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6730	2,6810	2,6287	2,61	2,70
London¹)	3,994	4,008	3,957	3,93	4,08
Dublin¹)	3,128	3,142	3,082	3,08	3,23
Montreal³)	2,1713	2,1793	2,1403	2,11	2,20
Amsterd.	89,275	89,495	89,495	88,25	90,25
Zürich	122,900	123,100	122,97	121,75	124,50
Brüssel	4,952	4,972	4,927	4,81	5,08
Paris	33,075	33,235	32,44	32,25	34,25
Kopenh.	27,820	27,940	27,525	26,50	28,50
Oslo	35,920	36,040	35,24	34,75	36,50
Stockh.**)	33,810	33,970	33,33	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,669	1,679	1,634	1,64	1,73
Wien	14,209	14,249	14,212	14,12	14,34
Madrid**)	1,738	1,768	1,673	1,70	1,82
Lissabon**)	2,150	2,170	2,03	1,88	2,65
Tokio	1,0865	1,0895	–	1,04	1,10
Helsinki	46,620	46,820	45,47	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	22,00
Rio	–	–	–	0,10	0,50
Athen*) **)	2,853	2,907	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3680	2,3870	–	2,30	2,40
Johannesbg.*)	2,4010	2,4200	–	1,94	2,20

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Aufgrund von Gerüchten, die den Rückgang der amerikanischen Geldmenge M1 vom letzten Wochenende in Zweifel zogen, konnte sich der Dollarkurs am 13. 9. kräftig erholen. Ein Dementi der Federal Reserve Bank hatte keinen Einfluß auf die Kursbildung. In Europa eröffnete der Dollar mit 2,6660 und befestigte sich in der Spitze bis 2,6800. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6770 verkaufte die Bundesbank zum Kursausgleich 5 Mio. Dollar. Trotz des festen Dollarkurses konnte sich die D-Mark im EWS gut behaupten. Dabei notierten das Irische Pfund und der Belgische Franc mit 3,135 und 4,962 erneut zu neuen historischen Tiefstkursen. Der Französische Franc schwächte sich um 3,5 Pf auf 33,155 ab. Den festesten Kurs seit 4 Wochen verzeichnete der Japanische Yen mit 1,0880. US-Dollar in: Amsterdam 2,9970; Brüssel 53,9375; Paris 8,0760; Mailand 1599,05; Wien 18,7920; Zürich 2,1764; Ir. Pfund/DM 3,135; Pfund/Dollar 1,4946.

Ostmarkkurs am 13. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,60 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es am 13. September zu einer Erweiterung der Dollar Abschläge gegen D-Mark aufgrund leicht befestigter Dollar-Zinsen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,02/0,92	2,87/2,77	5,55/5,35
Pfund/Dollar	0,01/0,03	0,12/0,16	0,28/0,33
Pfund/DM	2,10/0,70	4,50/3,10	8,00/6,60
FF/DM	28/12	81/65	170/154

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 9.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Geldmengentheater verunsicherte

Die Zweifel, die hinsichtlich der Angaben über die Geldmengenentwicklung in den USA aufgetaucht sind, und die am US-Bondsmarkt fallende Notierungen ausgelöst hatten, schlugen sich bei den öffentlichen Anleihen in Einbußen bis zu 0,30 Prozentpunkte nieder. Unter Druck lagen vor allem jene Emissionen, die am Wochenbeginn stärker heraufgesetzt worden waren. Die achteinhalbprozentige neue Postanleihe wurde zu ihrem Emissionskurs von 100,25 in den Börsenhandel eingeführt. Bei den DM-Auslandsanleihen gaben die Notierungen nur wenig nach, ähnliches gilt für die Pfandbriefe.

	13. 9.	12. 9.
M 5½ Bayer.Hatba Pf 14	89,25G	89,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
8½ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93G	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	95G	94,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128bG

	13. 9.	12. 9.
Br 8½ dgl. Pf 77	91,55G	91,55G
5 dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 68	88T	88T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	76G	76G
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	84T	84T
10 dgl. Pf 168	100,1G	100,1G

	13. 9.	12. 9.
H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	86,5bG	86,5bG
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	93bG	92G
7 dgl. Pf 87	92bG	92G
7½ dgl. Pf 104	93G	93bG
7 dgl. KS 49	90,75G	90,75bG
7½ dgl. KS 81	99,5G	98,5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

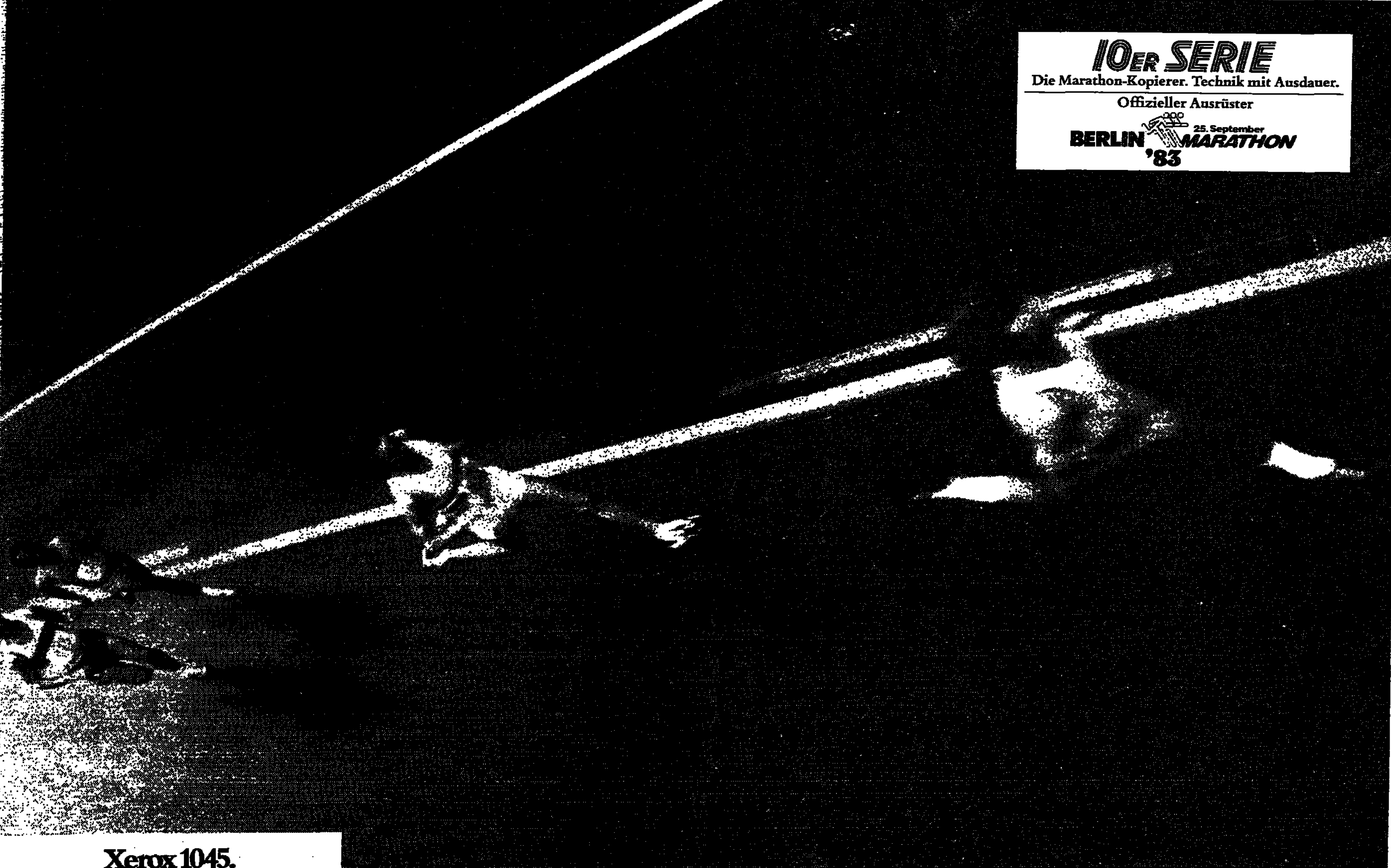
Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien



Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester aus dem Markt ging, wurden bei Kakao Abschläge verzeichnet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 9.	9. 9.
Sept.	380,50	387,00
Dez	400,50	406,50
März	417,00	422,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	12. 9.	9. 9.
St. Lawrence 1 CW	242,14	240,99
Amber Durum	262,04	260,79
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt	163,00	166,50
Dez	165,00	168,00
März	169,80	172,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt	119,70	119,50
Dez	116,50	118,00
März	118,40	118,50
Hafer Chicago (c/bush)	12. 9.	9. 9.
Sept	180,00	180,75
Dez	190,25	193,25
März	201,50	204,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept	362,00	366,75
Dez	365,00	368,00
März	373,00	375,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 9.	9. 9.
Okt	128,50	128,20
Dez	129,80	129,20
März	133,30	132,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Terminkontr. Sept	132,80	131,95
Dez.	130,60	130,00
März	128,40	127,80

Kakao New York ($/t)	12. 9.	9. 9.
Sept.	1850	1890
Dez	1872	1974
Terminkontr. März	1908	1948
Umsatz	–	9458
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	10,21	10,15
Jan.	10,80	10,78
März	11,56	11,47
Mai	11,90	11,83
Juli	12,14	12,03
Umsatz	11 351	6 298
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 9.	9. 9.
	9,75	9,75
Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 9.	9. 9.
Kontrakt Sept.	1715–1717	1708–1712
Nov.	1696–1698	1694–1695
Jan	1687–1688	1682–1684
Umsatz	1080	2687
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1325–1330	1362–1365
Dez	1384–1385	1410–1410
März	1401–1402	1410–1413
Umsatz	4807	6204
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	171,25	167,90
Dez	180,75–181,25	177,25–177,75
März	191,50	187,85
Mai	196,25–196,50	192,25–193,00
Aug	–	188,25–188,30
Umsatz	2231	2790
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 9.	9. 9.
schw. Sarawak spez.	285,00	247,50
weißer Sarawak	340,00	342,50
weißer Muntok	342,50	345,00

Orangensaft New York (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Sept.	123,75	121,90
Nov.	119,30	117,10
Jan.	113,50	112,55
März	113,00	112,00
Mai	113,00	112,30
Umsatz	300	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Südstaaten fob Werk	49,00	48,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	33,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	35,50	34,60
Okt.	35,50	34,83
Dez.	35,80	35,27
Jan.	35,75	35,23
März	35,65	35,10
Mai	34,75	34,80
Juli	34,20	33,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	37,00	36,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	25,00	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	18,25	19,00
Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	43,50	43,80
Dez.	43,80	43,65
Febr.	47,30	47,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,90	65,10
März	64,65	65,15
Mai	66,45	66,70

Häute Chicago (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	930,00	940,50
Nov	939,00	949,00
Jan	953,00	958,00
März	964,00	972,00
Mai	965,00	973,00
Juli	963,00	988,50
Aug.	928,00	938,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	245,00	251,00
Okt.	245,50	251,00
Dez.	249,00	254,50
Jan.	250,00	255,50
März	250,00	257,00
Mai	251,00	257,00
Juli	252,00	258,00
Leinsaat Winnp. (can. $/t)	12. 9.	9. 9.
Okt.	415,50	413,00
Dez.	425,00	422,00
März	434,00	430,00
Kokosöl New York (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Westküste fob Werk	44,50	44,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 9.	12. 9.
jegl. Herk. cif	1045,00	1035,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	590,00	–
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	625,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nederl. fob Werk	210,00	220,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	995,00	1000,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	355,00	354,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 9.	9. 9.
Okt.	79,80	80,30
Dez.	80,85	81,31
März	81,95	82,42
Mai	82,70	83,20
Juli	83,20	83,50
Okt.	77,80	78,10
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1-	60,00	60,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	12. 9.	9. 9.
Okt.	423–429	423–428
Dez.	423–429	426–428
Jan.	424–429	427–429
Umsatz	110	105
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	12. 9.	9. 9.
Okt.	45,90	45,90
Dez.	46,00	46,00
März	46,30	46,30
Mai	46,60	46,60
Umsatz	0	4500
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 9.	9. 9.
Okt.	563,0–564,0	562,0–566,0
Dez.	573,0–576,0	574,0–576,0
März	592,0–594,0	592,0–595,0
Umsatz	4	51
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	12. 9.	9. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	12. 9.	9. 9.
Sept.	13 780	13 780
Okt.	13 773	13 811
Kautschuk London (p/kg)	12. 9.	9. 9.
Nr. 1 RSS loco	74,00–75,00	77,00–78,50
Okt.	74,50–75,20	76,40–77,50
Nov.	75,00–75,20	76,40–78,00
Okt./Dez.	74,80–75,10	78,60–78,70
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 9.	9. 9.
Nr. 1 RSS loco:	251,00–252,00	254,00–255,00
Okt.	255,25–256,00	258,00–258,50
Nov.	258,00–260,00	261,00–262,00
Nr. 2 RSS Okt.	250,50–251,50	253,00–254,00
Nr. 3 RSS Okt.	247,00–248,00	249,50–250,50
Nr. 4 RSS Okt.	240,50–241,50	243,00–244,00
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)	12. 9.	9. 9.
BWC	435,00	435,00
BWD	381,00	381,00
BTC	440,00	440,00
BTD	386,00	386,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 9.	12. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,02–108,12	107,25–107,35
drittfolg. Monat	112,02–112,22	111,26–111,45
Zink: Basis London		
laufend. Monat	227,85–228,06	229,71–229,91
drittfolg. Monat	234,27–234,47	236,32–236,52
Produz.-Preis	235,93	234,12
Reinzinn 99,9%	3717–3754	3726–3765

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 9.	12. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	431,26–433,66	437,82–435,42
Blei in Kabeln	115,75–116,75	115,00–116,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	13. 9.	12. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	369–393	371–396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420–423	422–425
MS 63	427–432	431–435

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	12. 9.	9. 9.
(Ring./kg)	29,95	30,43

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 9.	12. 9.
Leg. 225	458–473	458–473
Leg. 226	460–475	460–475
Leg. 231	490–505	490–505
Leg. 233	500–515	500–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 9.	12. 9.
Platin (DM je g)	39,35	40,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	35 450	36 000
Rücknahmepr.	34 700	35 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	35 340	35 990
Rücknahmepr.	34 280	34 910
verarbeitet	37 090	37 770
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 085	35 710
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	1036,70	1065,30
Rücknahmepr.	1000,40	1028,00
verarbeitet	1082,70	1112,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	13. 9.	12. 9.
10.30	406,75	414,75
15.00	406,75	415,75
Zürich mittags	405,30–405,80	416,90–417,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 000	107 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	792,40	815,60
3 Monate	810,15	834,60
6 Monate	829,85	855,00
12 Monate	870,35	896,50
Platin (£-Feinunze)	12. 9.	9. 9.
London fr. Markt	292,65	294,20
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	– 103,45	– 103,43

New Yorker Preise	12. 9.	9. 9.
Gold H & H Ankauf	415,75	[illegible]
Silber H & H Ankauf	1219,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	438,00–440,00	439,50–44[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium		
fr. Händlerpr.	155,50–157,50	154,50–15[illegible]
Produz.-Preis	130,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1180,00	[illegible]
Okt.	1187,00	[illegible]
Dez.	1208,00	[illegible]
Jan.	1219,90	[illegible]
März	1239,00	[illegible]
Mai	1263,70	[illegible]
Juli	1285,70	[illegible]
Umsatz	40 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 9.	9. 9.
Sept.	72,10	[illegible]
Okt.	72,60	[illegible]
Dez.	73,80	[illegible]
Jan.	74,75	[illegible]
März	76,20	[illegible]
Mai	77,65	[illegible]
Juli	79,00	[illegible]
Umsatz	5000	[illegible]

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	13. 9.	12. 9.
Kasse	1086,0–1087,0	1093,0–10[illegible]
3 Monate	1115,5–1116,0	1122,0–11[illegible]
Blei (£/t) Kasse	269,50–269,70	268,50–26[illegible]
3 Monate	279,50–280,00	278,50–2[illegible]
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1063,5–1064,0	1075,5–10[illegible]
3 Monate	1093,5–1094,0	1105,0–11[illegible]
abends Kasse	–	1072,0–1[illegible]
3 Monate	–	1101,5–11[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1033,0–1034,0	1039,0–10[illegible]
3 Monate	1062,0–1063,0	1068,0–10[illegible]
Zink (£/t) Kasse	568,50–569,00	572,00–57[illegible]
3 Monate	584,50–585,00	588,00–58[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8400–8405	8405–8[illegible]
3 Monate	8545–8550	8525–8[illegible]
Quecksilber		
$/Fl.)	–	285
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	[illegible]

FINANZANZEIGEN

ATLAS COPCO GRUPPE, STOCKHOLM

Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVA	31.12.1982		31.12.1981	
	– Mio skr –			
Umlaufvermögen				
Barmittel, Bankguthaben und kurzfristige Finanzanlagen	1 140,6		774,6	
Forderungen	2 162,7		1 954,0	
Vorräte	3 011,2	6 314,5	2 816,3	5 544,9
Sperrkonten bei der Bank von Schweden		–		31,8
Anlagevermögen				
Aktien und Beteiligungen	114,7		28,6	
Goodwill	16,7		33,3	
Langfristige Forderungen	249,5		69,1	
Im Bau befindliche Anlagen	45,5		40,1	
Maschinen, Einrichtungen und Zubehör	511,2		474,3	
Gebäude	625,2		650,2	
Grundstücke	144,0	1 706,8	205,4	1 501,0
Aktiva insgesamt		8 021,3		7 077,7
PASSIVA				
Kurzfristige Verbindlichkeiten				
Verzinsliche Verbindlichkeiten				
Bankdarlehen und Wechsel	1 403,8		1 135,1	
Kurzfristiger Teil der langfristigen Verbindlichkeiten	264,2		73,6	
Unverzinsliche Verbindlichkeiten				
Wechselverbindlichkeiten	195,2		180,5	
Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten	451,7		442,6	
Steuerrückstellungen	108,0		164,3	
Rechnungsabgrenzungsposten	290,0		197,5	
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	493,1	3 206,0	462,0	2 655,6
Langfristige Verbindlichkeiten				
Verzinsliche Verbindlichkeiten				
Anleihen	249,8		250,1	
Hypothekarisch gesicherte und andere langfristige Verbindlichkeiten	994,3		1 102,6	
Unverzinsliche Verbindlichkeiten				
Pensionsrückstellungen	448,6		383,3	
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	98,3	1 791,0	65,7	1 801,7
Verbindlichkeiten insgesamt		4 997,0		4 457,3
Nicht versteuerte Rückstellungen				
Allgemeine Wertberichtigung auf Vorräte	311,7		392,1	
Aufgelaufene Sonderabschreibungen	225,5		213,5	
Investitionsrückstellung	20,5		20,8	
Rückstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen	–		0,5	
Sonderinvestitionsrückstellung	1,7		3,3	
Zwangsinvestitionsrückstellung	37,4		37,4	
Rückstellung für Wechselkursverluste	43,0		43,0	
Sonstige Rückstellungen	13,2	653,0	–	715,6
Minderheitsbeteiligungen		102,1		84,1
Eigenkapital				
Nichtfreies Eigenkapital				
Aktienkapital	586,5		413,9	
Gesetzliche Rücklage	1 108,6	1 695,1	831,0	1 244,9
Freies Eigenkapital				
Freiwillige Rücklagen	–		38,8	
Einbehaltene Gewinne	372,9		280,5	
Jahresreingewinn	201,2	574,1	256,5	575,8
Eigenkapital insgesamt		2 269,2		1 820,7
Passiva insgesamt		8 021,3		7 077,7
Verpfändete Vermögenswerte		707,8		514,3
Bedingte Verbindlichkeiten				
Diskontierte Wechsel		193,8		221,3
Sonstige bedingte Verbindlichkeiten		531,8		301,2

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für 1982

	1982	1981
	– Mio skr –	
Umsatzerlöse	7 923,9	7 488,4
Kosten der verkauften Waren, technischen Entwicklung, des Verkaufs, der Verwaltung usw.	– 6 995,1	– 6 451,8
Betriebsgewinn vor Abschreibungen	928,8	1 036,6
Abschreibungen		
Goodwill	– 24,7	– 29,1
Maschinen, Einrichtungen und Zubehör	– 93,6	– 91,7
Gebäude	– 37,0	– 28,0
Betriebsgewinn nach Abschreibungen	773,5	887,8
Finanzerträge und -aufwendungen		
Zinserträge	174,5	123,1
Zinsaufwendungen	– 559,2	– 469,4
Dividendenerträge	0,7	0,5
Anteil am Nettoergebnis der nichtkonsolidierten Gesellschaften	–	– 4,8
Fremdwährungsberichtigungen	– 36,5	32,8
Gewinn nach Finanzerträgen und -aufwendungen	353,0	570,0
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	– 22,6	13,9
Gewinn vor Zuweisungen und Steuern	330,4	583,9
Zuweisungen		
Allgemeine Wertberichtigung auf Vorräte	80,4	– 27,5
Investitionsrückstellung	– 4,1	– 15,6
Sonstige Rückstellungen	– 13,2	–
Unterschiedsbetrag zwischen den Abschreibungen auf den Buch- und Anschaffungswert	– 11,1	– 8,4
Aufgelaufene Sonderabschreibungen auf verkaufte Anlagevermögenswerte	4,1	0,9
Auflösung von Rückstellungen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Zwangsinvestitions- und Investitionsrückstellungen	6,5	9,5
Rückstellung für Wechselkursverluste	–	0,3
Gewinn vor Steuern	393,0	543,1
Steuern	– 175,2	– 268,2
Minderheitsanteil am Gewinn	– 16,6	– 17,4
Reingewinn	301,2	256,5

KÖNIGREICH SCHWEDEN

6% Deutsche Mark Anleihe von 1977/89
- WKN 461 556 -

Für die am 1. Dezember 1983 fällige Tilgungsrate sind nach § 4 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 10 000 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Stockholm, im September 1983

KÖNIGREICH SCHWEDEN
vertreten durch das Riksgäldskontoret

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
7% Deutsche Mark-Anleihe von 1977
– WKN 471 661/80 –

Für die am 1. Januar 1984 fällige Tilgungsrate sind nach § 4 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 10 000 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Washington, im September 1983

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

IMMOBILIEN · KAPITALIEN



Bauherrenmodell
Ansicht Bogenstraße/Ecke Knyphausenstraße

Erfolgsorientierte
Schweizer AG
sucht Darlehen ab
Schweizer Franken 40 000,-
Zins 12–14% p. a., je nach Laufzeit. Kapitalabsicherung über Sinking-Fund.
Anfragen erb. an Postfach 7526, CH-8023 Zürich.

Bad Bentheim
Ihr Altersruhesitz
Einfam.-Haus, Klinkerbau 1981, Ortsrandlage, 114 ² Wohnfläche, 560 m² Grundstück, Preis nur 232 000 DM.
Immobilien Meyer-Bentheim
Postfach 82, 4444 Bad Bentheim
Ruf 0 59 22 / 25 95

Schweiz
einmalige Möglichkeit!
Eigentumswohnungen, Studios 1-Zi. bis 3-Zi.-Wohnungen in Saas-Fe Zentrum u. näheren Raum Zermatt-Saas Fe, Neubau, bestes Ski- u. Wandergebiet, bei fester Rendite, erforderl. EK 20%. Verkauf auch an Ausländer.
Langenberg-Immobilien
4712 Werne, Tel. 0 23 89 / 32 69

Investieren Sie in ein Paradies

Investieren in ein Paradies

Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen, Einkaufszentrum und Sportanlagen. (*)
Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.
Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von: Wolf D. Ernt, Abt. Ferienimmobilien
Cronstettenstraße 6 a,
6000 Frankfurt 1, Telefon 06 11 – 150 82 50

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée.

Columbia advertising

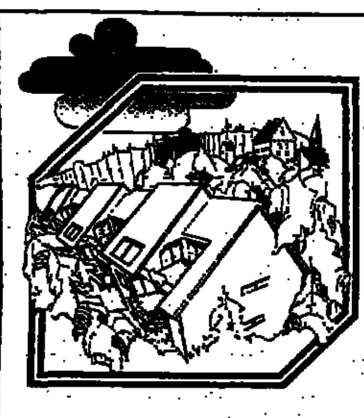
CAP MONASTIR

Coupon
Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name ____________ Vorname ____________

Straße, Hausnummer ____________

PLZ / Stadt ____________



Eigentumswohnungen direkt vom Bauträger

Nutzen Sie unsere mehr als 10jährige Erfahrung als Bauträger im Allgäu und im Bodenseeraum.

Wir bieten an:

Am **Bodensee** in bevorzugter Wohnlage von **Markdorf** mehrere bezugsfertige 3- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen von ca. 86 bis 127 m² Wohnfläche.

Im **Allgäu** in schöner zentraler Lage von Kißlegg ist eine großzügige 4-Zimmer-Wohnung bezugsfertig erstellt.



Wohnbau und Betreuungs GmbH
7778 Markdorf, Poststraße 7, Tel. 0 75 44 30 93

Norderney

Exkl. ETW, 50 m², Wohnzi., Küche, Bad, Schlafzi., Appartementhaus (12 Wohnungen), sehr ruhige Lage, Stadtmitte und Strand 800 m, als kompl. eingerichtete Ferienwohnung, sehr guter Zustand, hauseigener Parkplatz (ganzjährige Fahrberechtigung auf der Insel)

BRD Tel. 0 25 63 / 35 55

Kleines Paradies in Südfrankreich
Wunderschönes Grundstück, 6550 m², zwischen Wald u. Weinbergen, mit rustikalem Cabanon, ca. 30 m², kompl. eingerichtet, bei Les-Arcs-en-Provence, ca. 20 km landeinwärts von Saint Maxime, für 150 000,- DM zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. L 9209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

TESSIN – LOCARNO

Zu verkaufen
direkt vom Bauherrn, an ruhiger, sonniger Aussichtslage, 7 Minuten vom Zentrum, sofort bezugsbereite
1½-, 2½-, 3½-Zimmer-Wohnungen ab sfr 161 000,–
Ausländer-Verkaufsgenehmigung vorhanden.
Auskunft erteilt:
AGENZA IMMOBILIARE ASTRA SA
CH-6600 Locarno
Tel. 00 41 / 93 / 31 80 91 – Telex: 8 46 201

Doppelhäuser in den bayr. Alpen
(Neubau im Landhausstil)
als Ferienwohnung oder Altersruhesitz geeignet. Zentrale und doch ruhige Lage im Luftkurort Kiefersfelden (Inntal), sofort beziehbar, Panoramablick zum Kaisergebirge, günstige Verkehrslage: Bahn, 2 km zur Autobahn (1 Std. nach München, Salzburg, Innsbruck), 154 m² Wohn- und Nutzfläche, Balkon, 156 m² Grund, sehr gute Ausstattung. Vollwärmeschutz, Tiefgarage, DM 345 000,–.
Keine Käuferprovision!
Günstige, maßgeschneiderte Finanzierung. Z. B. 6,9 % Zins, 100 % Auszahlung, keine Geb., 5 Jahre fest.
Informationsmaterial senden wir auf Anfrage gerne zu.
RAIFFEISEN-VOLKSBANK DORFEN EG
Rathausplatz 15, 8250 Dorfen, Tel. 0 80 81 / 27 44

Schneverdingen / Lüneburger Heide
Luftkurort mit bester ärztlicher Versorgung, Hallenbad, Freibad, Reithalle. Komfort-Eigentumswohnungen in bester Wohnlage, 300 m vom Naturschutzpark, Tiefgarage, Fahrstuhl (behindertengerecht). Direkt vom Bauträger.
Callhoff GmbH
Lohberger Str. 5, 2117 Tostedt, Tel. 0 41 82 / 30 73

Wir bieten ein
SPITZEN-ERWERBERMODELL
und suchen
PROFI-VERKÄUFER
bzw. VERTRIEBSGRUPPEN

Es ist nicht einfach, Ihnen in dieser Anzeige detailliert zu sagen, daß wir Ihnen wirklich ein Spitzen-Erwerbermodell in einer historischen Parkanlage einer süddeutschen Universitätsstadt zum Vertrieb anbieten können.

Wenn Sie bisher erfolgreich Erwerber- oder Bauherrenmodelle vertrieben haben und uns dies auch nachweisen können, arbeiten wir gerne ab sofort mit Ihnen zusammen. Sie können sehr viel Geld verdienen - mehr als üblich.







Dipl.-Kfm. M. Zimmermann
Eichendorffstr. 43, 8400 Regensburg, Tel. 0941-95347

Liebhaberobjekt Hamburg-Othmarschen
Elbchaussee, Wasserseite
Repräsentativer Wohnsitz in parkähnlichem Grundstück, unverbaubarer Elbblick, 145 m² (5 Zimmer ist = 44, 39, 17, 10, 9 m²) 25 m² Sonnenbalkon, kurzfristig zu vermieten, monatliche Miete DM 2900,– ex. Zuschr. erb. u. PU 46962 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

SCHWEIZ – Bevor Sie kaufen, vergleichen Sie:

die Qualität – die Finanzierung – die Miteigentümerkosten

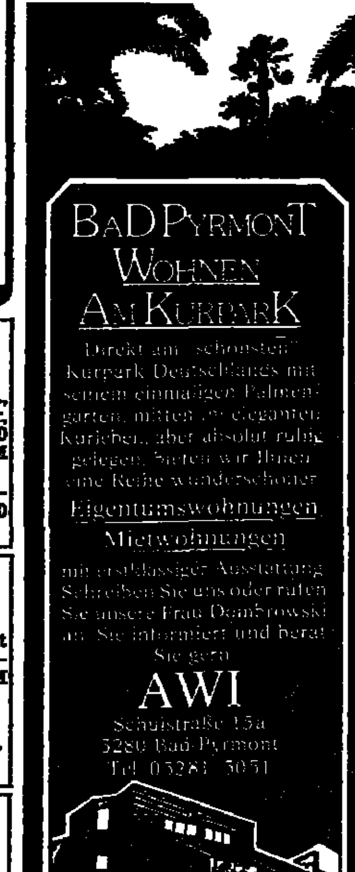
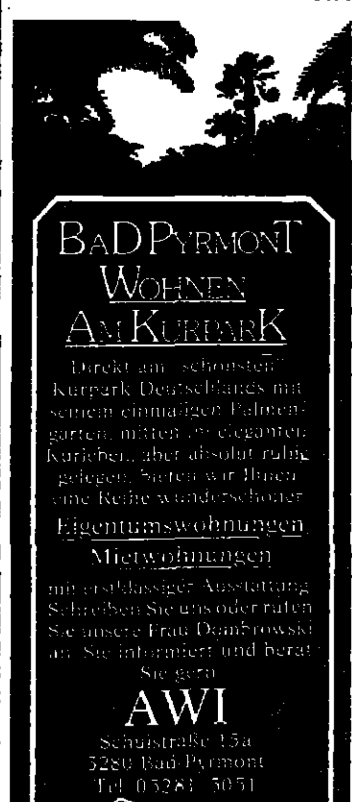
und studieren Sie das beste Angebot des Schweizer Marktes **MOLESON-SUR-GRUYERES**

- Wohnung ab sfr 145 000,–
- Finanzierung 80% zur Verfügung garantiert
- Hypothek 4% fest während zwei Jahren, notariell garantiert
- Miteigentumskosten sfr 600,- pro Jahr für eine 2½-Zimmer-Wohnung (inklusive Heizung).
- Direkter Verkauf vom Erbauer, ohne Vermittler.

Dorf der „Vierten Generation" am Fuß der Skipisten. Autobahn N 12 (Ausfahrt Bulle). 1½ Stunden von Basel entfernt.

Auskünfte: GRATISA SA, Herrn Briguet
Konstruktionsservice, 1631 MOLESON-SUR-GRUYERES
Tel. 00 41 29 / 6 15 78 – nach 18.30 Uhr 00 41 21 / 56 50 62
Telex 9 40 046 Mol CH

BAHIA/BRASILIEN
300 Tage Sonne pro Jahr
Strandnahe, exclusive Ferienwohnanlage in touristisch voll erschlossenem Gebiet zu verkaufen. Sehr interessant für Geldanleger als Renditeobjekt (Mietgarantie 8%). Mit ausreichender Möglichkeit zur Eigennutzung.
Informieren Sie sich – ein Weg, der sich lohnt!
Karl H. Hess, Business Consulting
Wiesenhüttenplatz 26,
6 Frankfurt/M., Tel. (06 11) 23 67 60




Villa Südschwarzwald Schweizer Grenze
Idyllisches Landhaus, 400 m² Wfl., als 1- bis 3-Fam.-Haus nutzbar, parkähnl. Grundstück 1700 m², 20 km zum Flughafen Zürich, DM 850 000,–.
Zuschr. erb. u. N 9600 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Landmaschinen-werksvertretung
mit Sitz in Süddeutschland sucht mitarbeitenden oder stillen Teilhaber, Beteiligung ab DM 250 000,–.
Angebote unter P 9601 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CALA D'OR
(MALLORCA)
Komf. Villa m. gr. Pool u. 2 sep. App. zu verk.
Chiffre 24–M 900 070, Publicitas, 6901 Lugano/CH

Eigentumswohnungen direkt vom Bauträger!

Nutzen Sie unsere mehr als 10jährige Erfahrung als Bauträger im Allgäu und Bodenseeraum!

Wir bauen:

Am **Bodensee** in bevorzugter Wohnlage von **Markdorf** und **Ludwigshafen** Eigentumswohnungen mit 1 bis 4 Zimmern in überschaubaren Wohneinheiten.

Im **Allgäu** in ruhiger und doch zentraler Lage des Luftkurortes **Kißlegg** ein reizvolles Objekt mit 5 Eigentumswohnungen zu besonders günstigen Preisen.

Wohnbau und Betreuungs GmbH
7778 Markdorf, Poststraße 7, Tel. 0 75 44 / 30 93

Timmendorfer Strand
Komfort-Winkel-Bungalow
m. Einliegerwohnung, m. sep. Eingang, 300 m vom Strand, ruhige zentrale Spitzenlage, Bj. 1978, Wohnfl. ca. 170 m², ausbaufähig, Grundstück ca. 1100 m², Doppelgarage, DM 530 000,–.
IBF-Immobilien
Bäckerstr. 2a, 3280 Bad Pyrmont
Tel. 0 52 81 / 20 21 - 22

HORIZONS 2000
sucht AGENTEN, um eine einmal. Anlagemöglichkeit in erstklassig. Agrarland anzubiet. mit außergewöhl. hohem mittel- u. langfristig. Einkommen. Projektiertes jährl. Einkommen über 50 % während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500,–. Material steht in Engl., Französisch, Deutsch o. Arabisch z. Verfügung.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex 2 5 185

Börsendienst für Wertpapier-Operationen mit Ihrer Hausbank!
Info: AWIA GMBH · Adenauerallee 11 · 5300 Bonn 1

Bad Neuenahr
Luxus-Eigentumswohnung
175 m² + 30 m² Terrasse + 80 m² Speicher. Casino-Nähe, Fernsicht, Schwimmbad im Haus. Alle Räume mit Mahagoni- bzw. Eichendecken-Kassetten und -Wandpaneelen. 2 Bäder, 1 Einstellplatz, von Privat DM 600 000,–. Besichtigung am 18. und 19. 9. 1983 nach tel. Vereinbarung.
Tel. 0 21 91 / 6 03 84 während der Geschäftszeiten.

St. Moritz
Ferien-Wohnung zu kaufen gesucht. Evtl. auf Rentenbasis.
Zuschriften unter M 9533 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Roulette-Freunde
Wer beteiligt sich durch Mitfinanzierung an der Fertigstellung eines in der Entwicklung befindlichen Grilleau-Taschenrechners?
Angebote unter M 9210 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ferienhäuser
an der Nordsee, Friedrichskoog-Spitze, 300 m zum Strand, 60 m², 3 Zi., KDB, 2 Etagen, ab DM 109 000,–, als Ausbauhaus. Besichtigung am 17. u. 18. 9. 83.
Venta GmbH RDM
Tel. 0 23 31 / 1 76 86

Ingrid Vahle-Vermögensberatung
ab 15% Zinsen p.a.
Zuschr. unter S 9214 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Heeg (Friesl.), NL, It Eilan 60, jetzt z. verk., schönste Oberappt. am Heegermeer u. Hafen.
Tel.: 00 31 / 22 09.15 79.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Industriehalle

in 2121 Dahlenburg Kr. Lüneburg, Zonenrandgebiet, Nähe Elbe-Seitenkanal, ca. 800 m² groß

günstig zu verpachten oder zu verkaufen

Anfragen an Origna Holzbearbeitungsfabrik GmbH
2121 Dahlenburg, Tel. 0 58 51 / 5 95, Telex 0 91 618

Wir bieten an:

Büro-/Praxisräume
in Bocholt, 2 Gehminuten vom Stadtzentrum entfernt, ca. 76 m² groß, Parkmöglichkeiten vorhanden. Mietpreis: mtl. 11,–/DM/m² zzgl. Nebenkosten

Büro-/Praxisräume
in verkehrsgünstiger, zentraler Lage von Bocholt, variable Größen bis max. 200 m², Mietpreis: mtl. 12,– DM/m² zzgl. Nebenkosten

Sichern Sie sich Gewerbeflächen im Herzen der Einkaufsstadt Bocholt
Fußgängerzone, 1a Geschäftslage, Größen ab 70 m², Mietpreis: mtl. 60,– DM/m² zzgl. Nebenkosten

VX Volksbank Bocholt eG
– Immobilienabteilung –
Meckenemstraße 10,
Tel. (0 28 71) 9 52-1 28,
4290 Bocholt

Suche dringend größeres Wohn- und Geschäftshaus mit vorzüglicher Verzinsung. Kaufpreis 3–5 Mio., für sofortige Übernahme.
Ingeborg Schob
Mkl., Spadener Str. 83,
Bremerhaven
☎ 04 71/80 70 26 od. 0 47 44/18 82
Auch sonnabends zu erreichen

Vom Eigentümer zu vermieten
in Rheda-Wiedenbrück
Produktionshallen
mit Rampen, ab DM 2,50, von 500–10 000 m²
Geeignet für alle Branchen
0 52 42 / 3 57 83

AUS INDUSTRIE UND GEWERBE

INSOLVENZEN ★ LIQUIDATIONEN ★ VERGLEICHE ★ BANKAUFTRÄGE

4750 UNNA, Lagerhalle mit Büroflächen, 4870 m² GrSt., 1750 m² Hallenfl. u. 360 m² Büro/Soz.fl., Bj. 80, Renditeobjekt, ME 150 000 DM p. a.

4750 UNNA, Industriekomplex, 6340 m² GrSt., 6000 m² Nutzfl., Renditeobjekt, ME 200 000 DM p. a.

5805 BRECKERFELD, Ind.-Halle m. Wohnhaus, 1760 m² GrSt., 425 m² Nutzfl., 210 m² Wohnfl.

5757 WICKEDE, Lagerhalle, Büro u. Wohnung, 2080 m² GrSt., 420 m² Nutzfl. erweiterungsf., 140 m² Wohnfl., langfr. verm., als Anlageobjekt, ME 45 000 DM p. a.

5828 ENNEPETAL, freiw. Tankstelle, Werkstatt u. Wohnung, 1100 m² GrSt., 70 m² Wohnfl., vielseitige Nutzung möglich, z. B. Autovermietung

FERTIGHAUS-AG, tätige Mehrheitsbeteiligung abzugeben, Kapitalbedarf 1,0 Mio. DM.

Ausführliche Angebote sowie weitere Objekte

VENTA Vermögensverwaltungsges. mbH
Industrie- u. Gewerbeobjekte · Unternehmensmakler
Frankfurter Str. 38, 5800 Hagen, ✆ (0 23 31) 1 76 86, Tx 8 23 457 venta-d

Der große überregionale und internationale Markt für Grundstücke, Häuser, Geschäfte, Betriebe, Kapitalien:

W 3938

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELT am SONNTAG

Deutschsprachige KW-Programme aus Mittelost

„Im Namen Gottes . . .“

Allabendlich zwischen 21.00 und 22.00 Uhr ist sie zu empfangen, die „Stimme der Türkei“. Deutsch spricht man im Türkischen Rundfunk schon seit 1938 – damals allerdings nur 15 Minuten pro Tag. Seither ist man sich nähergekommen. Und damit sind auch die Probleme zwischen beiden Ländern gewachsen.

Im Programm allerdings ist davon wenig zu spüren. Die Stimme der Türkei versteht sich nicht als Stimme der Auslandstürken. Potentielle Türkei-Touristen sind die Adressaten, keine Amnesty-Anhänger, die an den politischen Zuständen in der Türkei Anstoß nehmen. Radio Ankara möchte seine Hörer „Mit freundlichen Grüßen aus der Türkei“ – so der Titel eines Programms – erfreuen. *Wer sich um die Demokratie im Lande* sorgt, wird in der Presseschau beruhigt. Die türkischen Generäle würden alles zur Wiederherstellung der Demokratie unternehmen, meldet die Stimme der Türkei – und beruft sich dabei auf den britischen „Economist“.

Stimme der Türkei / Ankara: 21.00–22.00 Uhr, 7155 kHz (41m-Band)
Stimme der islamischen Republik Iran / Teheran: 19.30–20.00 Uhr, 9022 kHz (33m-Band)/11 930 kHz (25m-Band)
Radio Afghanistan / Kabul: 20.30–21.00 Uhr, 9665 kHz (31m-Band)/11 960 kHz (25m-Band)/15 077 kHz (19m-Band)
(Zeitangaben in mitteleuropäischer Sommerzeit)

Nachrichten aus Ankara sind keine Nachrichten aus der Provinz. Die Stimme der Türkei informiert ihre deutschen Hörer beispielsweise auch darüber, wie viele Menschen in den Vereinigten Staaten sich gerade wegen eines Sonnenstichs in ärztlicher Behandlung befinden . . .

Derlei Profanes wäre den Meinungsmachern im Nachbarland Iran keine Meldung wert. Sie führen Krieg auf Ätherwellen – Glaubenskrieg. Radio Teheran eröffnet sein halbstündiges Programm in deutscher Sprache mit einem Vers aus dem Koran. Anschließend wünscht man den Hörern in Deutschland „im Namen Gottes guten Abend“.

Thema Nr. eins allabendlich: Krieg. Der Generalstab gibt bekannt, wie viele Feinde von den „islamischen Kämpfern“ vernichtet oder in die Flucht geschlagen worden sind. Die Feinde, die „Krieg gegen die islamische Revolution“ führen, sind die Soldaten des „baathistisch-zionistischen Regimes“ in Irak. Hauptfeind jedoch aus dem Blickwinkel Teherans: „das zionistische Okkupantenregime von Jerusalem“. Irak fungiert lediglich als „Diener“ der USA und Israels, verkündet die „Stimme der Islamischen Republik Iran“.

Wurzel allen Übels ist für Teheran die „unheilbringende Herrschaft des Weltimperialismus unter Führung der USA“. Doch die andere Weltmacht steht kaum besser da. Schließlich hat die Sowjetunion eine Aggression gegen das „islamische Afghanistan“ verübt.

Über Iran – über Land und Leute, Geschichte und Kultur Persiens – erfahren die Hörer der Stimme der Islamischen Republik Iran so gut wie nichts. Dafür dürfen sie Imam Khomeini lauschen – manchmal minutenlang im persischen Originalton. Höhepunkt der Woche das Freitagsprogramm: „Ausgewählte Worte des großen Führers Imam Khomeini“. Die Botschaft des Ayatollah kommt in Deutschland in ausgezeichneter Empfangsqualität an.

Wie Ankara und Teheran wirbt auch Radio Kabul um deutsche Hörer. Wellenwanderer, die aus Iran *kommen*, können sich eine halbe Stunde später nach Afghanistan begeben. Radio Kabuls akustische Visitenkarte ist in einen afghanischen Musikteppich eingewebt. Die afghanische Musik ist denn auch das Hörenswerteste, was Kabul zu bieten hat. Anders als die Märchen, die Radio Afghanistan seinen Hörern erzählt: Hauptfiguren darin sind die verlorenen Söhne, die gestern noch als „konterrevolutionäre Banditen“ ihr Unwesen trieben, um heute hoch und heilig zu schwören, sie würden „die Errungenschaften der April-Revolution bis zum letzten Atemzug verteidigen“. Auch die gute Fee hat ihren Platz in den Märchen vom Hindukusch. Sie lebt jenseits der Berge. Mal schickt sie den Afghanen Saatgut, ein anderes Mal lädt sie afghanische Kinder zu sich ein. Mütterchen Rußland ist in der Diktion von Radio Afghanistan „das befreundete Land Sowjetunion“. Kein Wunder: Die Sender, über die das deutsche Programm von Radio Afghanistan ausgestrahlt wird, stehen in der Sowjetunion.

HENNING von LÖWIS

KRITIK

Jede Figur bleibt einsam

Offenbar kommt das in Mode: Man würfelt einfach eine Anzahl Menschen zusammen, so wie sie sich im Leben irgendwo zufällig treffen – in einem italienischen Restaurant kürzlich in der ARD, in einer Bar am Kurfürstendamm – jetzt im ZDF, in **„Hanna von acht bis acht“** von Klaus Poche. Es muß wohl der Glaube walten, auf diese Weise zu einem Fernsehspiel zu gelangen. Aber siehe da. Selbst wenn man die Figuren hinlänglich mit einem Charakter versieht, selbst wenn man sie um eine zentrale Gestalt ordnet – um einen Kellner damals, um eine Barfrau jetzt – innerhalb der Mischung erfolgt keine, gleichsam chemische Reaktion. Es bleibt eine Mischung, und jede Figur bleibt einsam.

Dem Autor muß das selbst aufgefallen sein. Darum mischte er ein jüdisches Ehepaar unter die Stammgäste. Darum benötigte er die Demonstration, die zu Berlin gehört wie der Pontius zum Credo. Weil aber derart aufgesetzte Aktualisierungen immer noch nichts bewirkten – um so weniger, als auch klirrende Fensterscheiben niemanden aus seiner Gleichgültigkeit aufstörten – behalf sich Poche mit dem an den Haaren herbeigezogenen Tiefgaragenliebesleben der Barfrau während der Arbeitszeit.

Weder die gestelzte „Kunstfotografie“ noch die hochkarätige Darstellerriege – von Angelica Domröse (bemitleidenswert geschminkt) bis zu Horst Sachtleben, Rose Renée Roth und Wolfgang Büttner – nichts konnte dieses hilflose Stückchen retten. Man behält, was Walter Schmidinger als Taubstummer an einzigartiger Schauspielkunst beisteuerte. Ansonsten gilt Goethes Wort: „Getretener Quark wird breit, nicht stark.“

KATHRIN BERGMANN

Historisches Kammerspiel

Der **„Entsatz von Wien“** (ARD) – die Schlacht am Kahlenberg 1683, in der Polens König Jan Sobieski mit seinem Heer im letzten Moment half, die Stadt vor der Einnahme durch die Türken zu retten – war Thema eines Fernsehfilms von Lucyna Smolinska, der als polnisch-österreichische Koproduktion mit ausschließlich polnischer Besetzung gedreht wurde.

Wer blutiges Schlachtgetümmel und Kanonendonner erwartet hatte, wurde angenehm enttäuscht. Die Autorin und ihr Regisseur Mieczylaw Sroka ließen statt dessen die Kamera über berühmte historische Gemälde schweifen, ersetzten Bilder geplünderter, brennender Städte durch zeitgenössische Stadtansichten, wozu die ruhige Stimme eines Erzählers das Geschehen jener Tage kommentierte. Die gespielten Szenen beschränkten sich auf die entscheidenden Auseinandersetzungen am polnischen Hof und die Beratungen im üppigen Feldherrenzelt des Kara Mustafa.

Ein historisches Kammerspiel gewissermaßen, das in 90 Minuten mehr Kenntnisse und Verständnis mitzuteilen vermochte als ein Kriegsfilm über ferne Ereignisse.

MARGITTA WEBER

Blindwütig

A. W. – Der Fall des ZDF-Korrespondenten für Südamerika, Klaus Henning Arfert, wird allmählich zum Skandal. Arfert mißversteht seinen Job als den eines eifernden Missionars und Kämpfers gegen die diversen Militärregimes des Subkontinents. Seine Kommentare sind durchweg einseitig und hetzerisch, machen nicht einmal den Versuch einer nüchternen Analyse. Seine Bildsequenzen schrecken auch vor demagogischen Blackouts und Zusammenschnitten nicht zurück. Vertreter der herrschenden Gewalten kommen grundsätzlich nicht zu Wort.

Nun mag es sein, daß einige der von Arfert bekämpften Regimes tatsächlich ziemlich lausig sind. Aber das ist gar nicht das Problem. Vielmehr geht es darum, daß ein Auslandskorrespondent wenigstens ein Minimum an Distanz und Zurückhaltung zu wahren hat. Er soll über Kämpfe berichten, nicht selber kämpfen.

Man stelle sich vor, Arferts Moskauer Kollege Dirk Sager würde auch nur eine einzige Sendung über den Kreml im Stile Arferts wagen – er würde sofort ausgewiesen. Das ist einer der vielen Unterschiede zwischen Moskau und Santiago. Es ist jedoch kein Freibrief für blindwütige Korrespondenten.

ARD



VORMITTAGSPROGRAMM ARD/ZDF

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Bilder der Wissenschaft
10.50 Wo geht's denn hier zum Film?
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Videotext für alle

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Eierlegende Serengeti-Krokodile betreuen Brutapparate
Mit einer Parade feiert das Land Tansania die Gründung des Serengeti-Nationalparks vor über 60 Jahren. Prof. Grzimek, der geholfen hat, diesen Riesen-Nationalpark zu schaffen, zeigt in seiner Sendung dessen Entwicklung.
17.00 Klamottenkiste
Fatty und Mabel auf Hochzeitsreise
Beim Urlaub auf dem Bauernhof verliebt sich Fatty in die Farmerstochter Mabel. Der eifersüchtige Knecht Johnny versucht das liebende Paar auseinanderzubringen – aber unversehens sind Fatty und Mabel verheiratet und gehen auf Hochzeitsreise
17.15 Da schau her!
17.45 König Rollo
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen
Nach dem Roman von Honoré de Balzac
Auf Anweisung des falschen Abbé macht Lucien der nur in finanzieller Hinsicht attraktiven Clothilde de Grandlieu den Hof. Ihre Gunst ist schnell gewonnen, aber der Vater stellt eine Bedingung: Er verheiratet seine Tochter nur, wenn Lucien Vermögen und Ländereien vorweisen kann.
21.15 Titel, Thesen, Temperamente
22.00 Tagesschau
22.30 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal
1. Runde – Hinspiel
00.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Die arme Anne.
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl.: Das geht Sie an
17.50 Tom und Jerry
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Bilder, die die Welt bewegten
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Direkt
Jugendmagazin
20.15 Bilanz
Am Vorabend der Eröffnung der IAA live: Neue Trends – worauf sollte der Autokäufer achten? / Auto und Wirtschaft – Aufschwung auf vier Rädern? / Auto und Umwelt – was muß der Autofahrer für Bleifreiheit und Abgasfilter zahlen? / Gäste bei der „Bilanz“-Sendung werden u. a. VW-Chef Carl Hahn, Daimler-Chef Prinz, Bundesminister Friedrich Zimmermann und Rallye-Weltmeister Walter Röhrl sein.
Moderation: Friedhelm Ost
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto „7 aus 38“
21.25 Der Denver-Clan
22.10 Harte Brüche
Zum Thema Kirche und Kunst
Film von Meinolf Fritzen
22.40 Apropos Film
Ein Bericht über das Auto-Kino / Filme: „Eating Raoul“ und Das Osterman-Weekend“ / Filmfestspiele von Venedig.
23.25 heute



Bruno Garcia als Lucien und Corinne le Poulain als Esther in „Glanz und Elend der Kurtisanen“, ARD, 20.15 Uhr FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Bergheim
Informationen und Unterhaltung
21.45 Herbst der Fünfjährigen
Japans Kinder im Vorschulstreß
Mit fünf beginnt der Drill: Ehrgeizige Japaner lassen nichts unversucht, um ihre Kinder in den angesehensten privaten Kindergärten und Grundschulen unterzubringen. Diese gehören zu den teuren Renommier-Universitäten. Sie schleusen mit Sicherheit ihre Zöglinge über alle Prüfungshürden an die „hauseigene“ Uni.
22.15 Das Hohe Lied
Amerikanischer Spielfilm (1933)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
Regie: Rouben Mamoulian
0.05 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
18.00 Deutsche Puppenbühnen
Theater am Faden
18.30 Die Leute vom Domplatz (12)
19.00 Zeugen – Aussagen (5)
Überlebende berichten aus Auschwitz
20.00 Tagesschau

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.15 Kriegsgefangene Frauen
Dokumentation von Eva Berthold
21.00 Elf Tage vor den Wahlen
22.05 Bilder aus der Erinnerung
Dokumentationsfilm
23.35 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 . . . Die ganze Welt ist Bühne
Film von R. Herzberg und H. Kilian
20.15 Sammelsurium
21.00 Das Gespenst der Freiheit
Französischer Spielfilm (1933)
Regie: Luis Buñuel

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Schwebebalken zum Erfolg?
19.45 Evas Töchter (6)
Französische Filmkomödie in sechs Teilen
Familienoberhaupt
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Kino Kino
Neues vom Film
22.30 Ein Leben lang Kino
Film von Jürgen Bretzinger
23.15 Rundschau

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marin Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 22 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

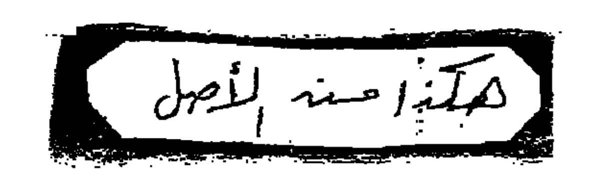
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



Schlag nach bei Johannes

cf – Die Bibel meines Urgroßvaters (er und mein Vater lasen daraus ihren Gemeinden den Text) hat 836 Seiten Altes Testament und 278 Seiten Neues Testament. Wenn es nun nach den Herren von „Readers Digest" ginge (ihre britische „Leser-Bibel" ist gerade erschienen), dann reichten in Zukunft für den alten Bund bei meiner Bibel 418 Seiten und für den neuen Bund etwa 209 Seiten. Um so viel haben die Herren den Text verkürzt, indem sie herausstrichen, was ihnen als Wiederholung erschien, als unwichtig, als rein rhetorisch.

Nun denn und ei potz, es sind immer noch zehn Gebote, nicht fünf, und es sind immer noch zwölf Jünger, nicht neun. Auch läßt sich natürlich sagen, hier hätten wir nun endlich einen Text mit Stromlinie, die Lektüre gehe wie geschmiert – und dies werde der Schrift viele Leser gewinnen, die bisher vom kompletten Text abgeschreckt wurden.

Es gibt ja schon ziemlich lange alle möglichen „Geschichten der Bibel", nette Nacherzählungen, gewiß nützlich. Aber schlankweg wegzuredigieren, was die Quelle ist, und dennoch so zu tun, als handele es sich bei dem redigierten Text um das vollwertige Buch der Bücher – das ist mehr als ein Sakrileg, es ist eine Dummheit. Die Bibel als Fertiggericht – wen soll das interessieren? Wer soll dem vertrauen, was offensichtlich plötzlich so leicht zu haben ist und also nach Geschmack zurechtgeschnippelt werden kann? Und wer garantiert dem schlichten wie dem anspruchsvollen Leser, daß er unbedingt einer Meinung sein wird mit dem „Digest"-Lektor über das, was „entbehrliche Wiederholung" sei, was „unwichtig" und was „rein rhetorisch"? Trifft eines dieser Kriterien zum Beispiel für den kleinen Abschnitt zu, den die Herren auf der letzten Bibel-Seite gestrichen haben, Offenbarung Johannis Kapitel 22, Vers 19? Wer auf „Readers Digest" heilige Schrift angewiesen ist, liest dort dies nicht mehr: „Und so jemand davon tut von den Worten des Buchs dieser Weissagung, so wird Gott abtun sein Teil vom Buch des Lebens."

Bonn veranstaltet sein 31. Beethovenfestival

Eine Boeing über Bartok

Vorn hört man besser, hinten zieht es dafür weniger, auf diese Kurzformel läßt sich bringen, was den offenbar so schnell durch nichts zu entmutigenden Musikfreund im Zeltprovisorium des 31. Bonner Beethovenfestes erwartet. Aber die Entscheidung darüber, was ihm kommoder erscheint, ist zumindest dem Vorbucher abgenommen. Nach einem etwas undurchschaubaren System wurde nämlich die Sitzverteilung aus dem brandgeschädigten großen Saal in den hastig aufgestellten Zeltschlauch vor der Beethovenhalle übertragen. Findigkeit und Fixigkeit waren schließlich gefragt gewesen, als am 1. August, vier Wochen vor Beginn der Saison, ein mit den örtlichen Gegebenheiten offensichtlich bestens vertrauter Pyromane den Konzertsaal in Brand setzte.

Auch der besten aller Antworten geht es wie der besten aller Welten: Es gibt immer was dran zu mäkeln, und ein Sinfoniekonzert in einem Bierzelt bedarf der Entlastung natürlich besonders – in Bonn läßt man einfach die Tür zum ausgebrannten Konzertsaal offen. Als das Israel Philharmonic unter Zubin Mehta unter dem Zeltdach die Saison startete, hätte man noch zu wenig Straßen rundherum abgesperrt. Beim Radio-Symphonie-Orchester Berlin unter Riccardo Chailly waren diese zu früh wieder freigegeben worden. Und als jüngst die Wiener Philharmoniker und Lorin Maazel das erste Orchesterkonzert im eigentlichen Festzyklus spielten, kam der Regen und unterlegte von Zeit zu Zeit Bartoks zweites Violinkonzert oder Beethovens „Eroica" mit einem Klangteppich, in den Windböen knatternde Zeltdachgeräusche hineinwebten. Überhaupt: Man hat ja gar nicht gewußt, wie langsam Flugzeuge auch im Düsenzeitalter sein können.

Nun, nach der Trutzdevise „Jetzt gerade!" legten die Wiener halt noch etwas drauf, wo nötig. Natürlich war das ihr Problem ja besonders: So richtig schmerzlich empfand man die Akustik, besser: das Fehlen einer solchen, erst bei diesem Spitzenorchester. Von alldem, was von den Wienern schwärmen läßt, kam hinten wahrscheinlich gar nichts an und auch vorn nur wenig – ihr sensibles Streichertimbre, der berühmte Oboenklang, die Hörner. Und die Verlokkung, nun mal wieder zu entdecken, was sich hinter der sonst so verführerischen Klangoberfläche an „Inhalten", was immer das sein mag, auftut, ist ja wahrscheinlich keine.

Gerhard Hetzel, der langjährige Konzertmeister, spielte Bartoks Violinkonzert sensibel und süffig zugleich und auf die kurze Distanz in schöner Unmittelbarkeit erfahrbar. Maazels Dirigat ließ ihn neidlos nach vorn, stellte aber alle Orchesterbezüge in sorgfältiger Manier her. Kein Zweifel, aller Bemühen galt dem „Klassiker" Bartok, der mit diesem Konzert einen seiner geigerisch dankbarsten Parts geschrieben hat, melodisch, volkstümlich, gar nicht schockierend.

Hetzel war glänzend daran. Und auch dafür brauchte man sein Hinterkopfwissen um dieses Orchester nicht zu bemühen: Was Maazel mit der „Eroica" anfing, war von hinreißender Exaktheit und Prägnanz. Maazel setzte vielleicht zu sehr auf die Finalmusik. Alles schien eine auch vom Trauermarsch kaum in Frage gestellte Entwicklung aufs Finale, das dann auch in fabelhaftem Drive und Glanz gipfelte. Natürlich können Maazel und seine Wiener auch in einem Zelt ihr Auditorium zum Rasen bringen.

Tage vorher hatten Chailly und sein RSO für ein Sonderkonzert im Rahmen des Beethovenfestes Daniel Barenboim mitgebracht. Was keine Überraschung war: Er spielte den Kopfsatz von Beethovens Es-Dur-Konzert in herrlich imperialem Glanz, aber nicht als den bloßen Gefühlsansturm, sondern mit viel Formbewußtsein und natürlich dem perfekten pianistischen Rüstzeug. Aber auch das war gewiß nicht unerwartet beim RSO, das vor Chailly ja Maazel geführt hatte: Es zeigte an Liszts manchmal schwierig-weitläufiger Faust-Symphonie hervorragendes Niveau. Berlins zweites großes Orchester erwies sich als würdig, die alte Reichshauptstadt in der Bundeshauptstadt musikalisch zu vertreten, was Bonn und Berlin ja so oder anders in Beethovenfestjahren zur Regel machen wollen.

DIETER SCHÜREN

Neue Ballette bei den Ludwigsburger Festspielen

Die Männer in der Ecke

Man könnte sich in die Zeit des „Saturday-night-Fiebers" versetzt fühlen, spürt vielleicht ein männliches Überheblichkeitsgebaren wie in William Forsythes erbarmungslosem Disko-Ballett „Seite 1 – Love Songs – Alte Platten". Denn die Männer, die sich zunächst auf der Bühne des Ludwigsburger Schloßtheaters in eine Ecke drängen, wissen nicht, sich mitzuteilen. Ihre Sehnsucht erscheint unartikuliert. Stürmisch bricht sie sich Bahn – und stößt in ihrer ostentativen Direktheit die jungen Damen vor den Kopf, die alsbald erwartungsvoll aus der Kulisse drängen.

Doch die „4 Balladen op. 10" haben nichts mit John Travolta, nichts mit der Brutalität des Beat im Sinn: Heinz Spoerli, der mit seiner Uraufführung nun schon zum fünften Mal bei den Ludwigsburger Schloßfestspielen eine Ballettspielzeit eröffnet, zielt in eine andere Richtung. Seine Interpretation der gleichnamigen Klavierpiecen des frühen Johannes Brahms will etwas Menschlichkeit. Und so sehen wir ein junges Mädchen – die in ihrer Natürlichkeit so intensive Loya Malloy –, das vor allen anderen eine Beziehung wagt. Indes, ihr zielloses Gefühl wird wenig später durch die Leichtfertigkeit eines Mannes nachhaltig verletzt. Eine neue Freundschaft bahnt sich an. Und auch sie zerbricht zuletzt, weil jeder auf seinem Standpunkt beharrt, weil Neid, Unsicherheit, Erziehung alle Ehrlichkeit verhindern.

Wieder einmal mehr bewundert man, mit welchem Geschick der Basler Ballettchef zu Werke geht. In seinen „Balladen" wirkt nichts aufgepfropft, mag der Choreograph auch eine neue Handlung hinzuerfunden haben. Die Geschichte hat ihren Sinn. Der Tanz wird hier tatsächlich zu einer Sprache des menschlichen Körpers, der seinem Gefühl und dem Herzschlag der Musik folgt, die Homero Francesch zugleich behutsam wie anregend hörbar macht.

Die Kunst Spoerlis bestätigt sich auch bei den „Fantasien op. 116". Auch in Brahms Spätwerk entdeckt der Choreograph eine Möglichkeit, über eine bloße Interpretation der Musik hinauszugehen. Vor dem hellen Hintergrund heben sich hier schattenhaft Situationen ab, in denen sich Beziehungen entweder verdichten oder auf eine ungewöhnliche Weise klären. Das komödiantische Katz-und-Maus-Spiel etwa, das Birgit Keil und Vladimir Klos vom Stuttgarter Ballett im Kreis ihrer Basler Kollegen miteinander treiben: Es entbehrt nicht allein einer gewissen Ironie, es zerstört am Schluß auch eine Partnerschaft. Denn einer hofft auf den ersten Vermittlungsversuch des anderen und wartet vergebens.

Ein Beispiel von vielen. Ein Beispiel für die Menschlichkeit, die Spoerli in seinen Balletten (zu denen auch Schönbergs „Verklärte Nacht" aus dem Vorjahr kommt) immer wieder praktiziert. Ein Beispiel auch, das seinen ungewöhnlichen Publikumserfolg erklärt.

HARTMUT REGITZ

Lokaltermin in Hessen – Die Exkursion des deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 1983

Und überall droht das Abrißkommando

Mit dem Kauf der mächtigen Burg Arnstein bei Witzenhausen in Hessen, hoch über der alten Handelsstraße nach Leipzig, die jetzt wenige Kilometer weiter vor dem Stacheldraht endet, hat für den Baron von Einsiedel ein Abenteuer besonderer Art begonnen. Er gehört jetzt zu den rund 40 000 Eigentümern eines „Baudenkmals" in diesem damit besonders reich bedachten Bundesland; und er muß, soll die Sache nicht noch weiter verfallen, dafür wie so viele andere eine „Nutzung" finden.

Wofür der Baron noch vor wenigen Jahren sehr viel Geld auf den Tisch legte, das ist heute in dieser nordhessischen Region manchmal schon für den symbolischen Preis von einer Deutschen Mark zu haben: historische Bausubstanz von großem Wert, Sorgenkinder des Denkmalschutzes in diesem immer schon dünn besiedelten Grenzgebiet zur „DDR".



Das Sorgenkind des Barons von Einsiedel: Burg Arnstein bei Witzenhausen FOTO: DIE WELT

Für die Burg Arnstein, einen gleich mit drei Rittersälen versehenen Bau, der 1434 hessisches Lehen derer von Bodenhausen wurde, hat der Besitzer eigentlich auf die Professoren der gleichweit entfernten Universitäten und Gesamthochschulen von Göttingen und Kassel gehofft. Aber weder das riesige Mansard-Dach, in dem offensichtlich ganze Wälder verbaut wurden, noch die heruntergekommene Renaissance-Treppe oder der völlig überwucherte Terrassengarten von 1804 konnten die Wissenschaftler bisher dazu bringen, hier Nutzungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Die Burg Arnstein steht leer, hier wohnt unter bröckeligem Dach nur noch der Verfall.

Für das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz und das Hessische Landesamt für Denkmalpflege ist die Burg Arnstein ein Musterbeispiel dafür, daß die „Zonenrandförderung" des Bundes in wichtigen Punkten (aber ohne daß dadurch Mehrausgaben entstehen) geändert werden muß. Es geht vor allem darum, daß künftig auch Privateigentümer von denkmalwürdiger Bausubstanz von diesen Mitteln für „kulturelle Förderung" profitieren sollen. Bisher sind nur öffentliche Hände oder Verbände als die richtigen Adressen betrachtet worden.

Auf diese Weise ist zum Beispiel der Landwirt Günther Menthe in Grebendorf in Nordhessen benachteiligt. Auf dem Gelände seines Bauernhofes steht das Herrenhaus des Bernd von Keudell mit der Jahreszahl 1610 am wappengeschmückten Portal. Für die Bauernfamlilie Menthe war das Gebäude schon wegen seiner Bewirtschaftungsschwierigkeiten zu „herrschaftlich". Alle bisherigen neuen Nutzungsvorschläge scheiterten daran, daß bei ihrer Realisierung der benachbarte landwirtschaftliche Betrieb zu verschwinden hat.

Jetzt soll der Bauer ausgesiedelt werden, die Gemeindeverwaltung käme ins Haus, zusammen mit der Feuerwehr und dem Bauhof. Nur: eine höchst standesgemäße Unterkunft für all das wäre im jetzigen Amtshaus mit rund 300 000 Mark zu erreichen, wohingegen für das „Schloß" Ausbaukosten von etwa vier Millionen Mark errechnet wurden. Für den hessischen Landeskonservator Professor Gottfried Kiesow beginnt wieder einmal das große Ringen um die Erhaltung, der Kampf gegen den Abriß als simpelste und folgenschwerste Spar-Methode.

Hier im alten Grenzgebiet zuerst zwischen Chatten und Sachsen, dann Franken und Sachsen, später Hessen und Thüringern, sind Landschaft und Ortsbilder durch die über Jahrhunderte andauernde und seit 1945 makaber verfestigte Randlage von Veränderungen durch dichte Besiedelung oder industrielle Erschließung weitgehend verschont geblieben. Wegen des fehlenden wirtschaftlichen Drucks, so Kiesow anläßlich der diesjährigen, dem Land Hessen gewidmeten Exkursion des Nationalkomitees für Denkmalschutz, sind die historischen Städte und Dörfer hier oftmals nahezu unverändert überliefert worden.

Städte wie Karlshafen, Spangenberg, Melsungen, Bad Sooden-Allendorf bieten „großartige Ensembles, vorwiegend aus Fachwerk, bei denen nahezu jedes einzelne Haus den Rang eines Kulturdenkmals hat". Und auch bei den Dörfern, sagt Kiesow, ist die Reihe der erhaltenen Ensembles besonders groß. Die Gemeinden haben aber kaum noch öffentliche Nutzung für bauliche Zeugen der Vergangenheit ausgewiesen, und vor allem haben sie kein Geld.

Die Kirchenverwaltungen haben zudem genug Sorgen mit den jetzt überall zutage tretenden Gründungsschäden durch Absenkung des Grundwassers: die Neustädter Kirche von Hofgeismar aus dem 15. Jahrhundert wird zur Zeit deswegen nur durch eine Art äußeres Stahlkorsett zusammengehalten. Der Etat des Landesamtes für Denkmalpflege ist (bei einem taxierten Mindestbedarf von zehn Millionen Mark) von den 1981 noch gewährten fünf Millionen heute auf 3,8 Millionen Mark abgesunken, und insgesamt neun Kunsthistoriker und Architekten sollen als Denkmalpfleger für das ganze Land ausreichen.

Jede Vermittlung eines historischen Baus in neue Hände wird so zum Roulettspiel. Zum Beispiel für das schon zur Zeit des Apostels Bonifatius begründete und im 13. Jahrhundert voll ausgebaute Zisterzienserinnenkloster Heydau in Morschen zwischen Kassel und Eschwege. Für den berühmten symbolischen Preis von einer Mark ist es an eine Baugesellschaft „verkauft" worden, die hier Alten-Wohnheime einrichten will. Die Gemeinde, ein Dorf von 380 Einwohnern, in sieben weit verstreuten Ortsteilen, konnte mit dem großen Komplex nichts mehr anfangen, nachdem die letzten nach 1945 hier untergebrachten Flüchtlinge ausgezogen waren.

Eine erste flüchtige Untersuchung der Bausubstanz, im 16. Jahrhundert zum Jagdschloß für die hessischen Landgrafen umgebaut, ergab überraschend schöne Architekturbemalung an inneren, seit Jahrzehnten zugeschmierten Wänden und Balken. Ehe die Bagger anrücken, soll nun zur Erkundung der weithin unbekannten Baugeschichte noch ein Bau-Forschungsprogramm in aller Eile durchgezogen werden – aber die dafür erforderlichen 150 000 Mark sind nicht verfügbar. Jetzt, wo die Beklemmung wächst, ob man gegenüber dem neuen „Nutzer", seiner Neigung zu pflegeleichten Böden und großzügigem Sanitärsystem, überhaupt denkmalpflegerische Anforderungen durchsetzen kann, wird nach einer „finanzkräftigen Stiftung für Denkmalschutz" gerufen.

Ohne die immer sensibler reagierende Öffentlichkeit, ohne den „Heimatpfleger" und den opferbereiten und begeisterten Bürger, der in dieser benachteiligten Region ein altes Haus kauft und sachgerecht wiederherstellt, wäre die Denkmalpflege wohl schon verloren. Eine neu gegründete „Arbeitsgemeinschaft Historische Fachwerkstädte in Hessen und Niedersachsen" vermittelt grenzüberschreitende Erfahrungen.

„Der Wettlauf zwischen immer rascher fortschreitender Zerstörung und viel zu niedrigen Finanzmitteln", wie ihn Denkmalpfleger Kiesow sieht, der „fängt erst richtig an". Er geht quer über die Schreibtische der Behörden.

EBERHARD NITSCHKE

Geburtstags-Ausstellung für den Maler Jan Balet

Angeln mit Kreissäge

Was ist ein naiver Maler? Die Frage scheint einfach zu beantworten zu sein. Ist das nicht ein Dilettant, dessen technische Unbeholfenheit – meist gepaart mit einer Vorliebe für kräftige Farben und bedrängt vom Horror vacui – Bilder einer freundlichen Welt entstehen läßt, die das Altertümliche im Arrangement und Dekor lieben? Das alles findet sich auch bei Jan Balet, dem das Museum in Langenargen, wo er einige Kindheitsjahre verbrachte, jetzt zu seinem siebzigsten Geburtstag eine Ausstellung (bis 31. Oktober) und zugleich einen Band mit Autobiographie, allerhand Lobeshymnen und vielen Bildern gewidmet hat („Jan Balet, Gemälde – Zeichnungen – Graphik", Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen, 200 S., 152 Abb., in der Ausstellung: 29 Mark, im Buchhandel 39,50 Mark).

Auf den ersten Blick – und mancher Kritiker beharrt auch nach genauerem Hinsehen darauf – ist Jan Balet ein typischer „Naiver". Da sieht man Menschen im Habitus der Jahrhundertwende vor alten kantigen Automobilen. Die Radfahrer tummeln sich mit einem Sportgerät, das kaum aus unserer Zeit stammt, und die Knaben haben sich sittsam in ihren Matrosenanzügen zu bewegen. Lange Kleider zieren das Weib, während der Mann sein Haupt mit der Melone bedeckt, die er gegen eine Kreissäge vertauscht, wenn er sich freizeitlichem Tun – meist den Anstrengungen des Angelns – hingibt. Auch liebt es der Maler, den Herren gelegentlich jene molligen marzipanfarbigen Nackten zuzugesellen oder – damit das Gemüt nicht zu kurz kommt – in Katzenbildern zu schwelgen.

Was sich da so „naiv" gibt, ist jedoch wohl kalkuliert. Balet ist ein „gelernter" Künstler. Er hat u. a. bei Olaf Gulbransson studiert und fast drei Jahrzehnte in Amerika sein Auskommen als Werbegraphiker und Art Director gefunden. Nicht anders als Edward Gorey mit seinen Federzeichnungen einer seltsamen und ein wenig morbiden Fin-de-siècle-Welt, hat sich auch Balet – allerdings in Farbe – eine Kunstwelt ausgedacht, die sich dekorativ gibt und ohne Katastrophen auszukommen scheint. Sie erinnert an Familienfotos halbvergessener Verwandter. Man kann sie deshalb oberflächlich nehmen wie die Bilder Unbekannter, die vor allem durch ihr Alter und ihre Altertümlichkeit wirken. Man kann in ihnen aber auch geheimnisvollen Geschichten nachspüren, die sich möglicherweise in ihnen verbergen. Es sind zierend – zierliche Nettigkeiten, denn Jan Balet weiß, was er tut. Naiv ist allenfalls der Konsument.

PETER DITTMAR

Nur auf den ersten Blick ein „Naiver": „Das Rendezvous", von Jan Balet, aus der Ausstellung im Museum Langenargen FOTO: KATALOG

Rückblick auf die vierte Moskauer Buchmesse

Heißbegehrte Israelis

Verlage und Sortiment, Läden und Lesestuben, Bibliotheken und die diversen Buchhandelsformen müssen an die Partei gebunden und ihr rechenschaftspflichtig werden", notierte Lenin 1905. Buchmessen in der Sowjetunion wird man nicht ohne diesen Satz verstehen können. Die junge Geschichte der Moskauer Buchmesse kommt nicht ohne den Hinweis aus, daß sie 1970 mit einer Ausstellung zu Lenins 100. Geburtstag begann. Auch die jetzt zu Ende gegangene 4. Internationale Musterausstellung, die 1977 als zweijährige Regeleinrichtung des Staatskomitees für Publikationswesen eingerichtet wurde, atmete erneut solchen leninistischen Geist der verordneten Lektüre. Jedenfalls in den heiklen Sparten der politischen und politökonomischen, gedämpfter mittlerweile in der schönen Literatur.

Wie vor zwei Jahren ging es auch diesmal wieder nicht ohne Zensur ab. Die New Yorker „Jewish Publishers" durften an die 40 Editionen nicht zeigen, waren aber noch ganz zufrieden, daß es bei dieser Anzahl blieb. Der offizielle Ausstellungsstand Israels, bei dem 1981 etliche Bücher beschlagnahmt worden waren, hatte seine Auswahl diesmal schon auf die Argusaugen des sowjetischen Staatskomitees eingestellt. Vor ihm bildete sich – kein Wunder bei der vielhunderttausendigen jüdischen Bevölkerung Moskaus – gleichwohl die stetig längste Schlange während der siebentägigen Messedauer.

Nur Bildbände von „Time Mirror" fanden seltsamerweise fast den gleichen Zulauf. Unterdrückt wurde schließlich auch eine deutsche Produktion von Erinnerungen an Boris Pasternak. Eine feine Geste der Veranstalter zur 25. Wiederkehr des Nobelpreises für den Dichter just in diesen Tagen. Mit dem Effekt freilich, daß dieser Band im Pavillon Nr. 2 klammheimlich von Russenhand zu Russenhand gereicht wurde.

Pavillon Nr. 2 war das von Miliz gut beschirmte Refugium der ideologisch verdächtigen Westgäste – wenn man einmal von dem PLO-Stand absieht, der wohl nicht ohne sowjetischen Hintersinn wenige Schritte vom israelischen Ausstellungsbeitrag placiert war. Da diesmal weniger Verlage des Westens gekommen waren, sich jedoch die sowjeteigene Bücherschau gegenüber 1981 um ein Drittel auf 20 000 vergrößert hatte (Messetitel insgesamt: 160 000), war man neuerdings vereinzelt und überwiegend propagandistisch in das kapitalistische Reservat mit eingezogen. Sonst waren die Staatsverlage des Ostblocks mit der Dritten Welt im Pavillon Nr. 1 unter sich. Darauf war das Staatskomitee im übrigen besonders stolz: Von Burundi über Mauritius bis Uganda waren 15 Neulinge unter mehr als 90 Staaten dabei. Man tat sich schwer, seine Genugtuung darüber zu verbergen, daß sich auch die Volksrepublik China erstmals nach Moskau bequemt hatte.

77 einzelne und vom Grossohaus Wegener koordinierte Verlage aus der Bundesrepublik zeigten sich über die abgeschlossenen Kontrakte nicht unzufrieden. Konzentriert waren sie wie in den Vorjahren auf wissenschaftlich-technische Neuerscheinungen. Springer-Heidelberg, diesmal unter Verzicht auf vorbeugende Hinweise gegen sowjetmißliebige Namensverwechslung, machte gleichwohl und trotz der leidigen finanziellen Probleme bei den UdSSR-Wissenschaftlern ein gutes Geschäft. Bei den Vertretern des welterlöserischen Baha'i-Verlags soll der Absatz nicht so reißend gewesen sein. Da kann man nur wieder auf Lenins Sinngebung für Bücher verweisen.

MONIKA FRITSCHE-SCHÄFER

KULTURNOTIZEN

Filmregisseure aus Lateinamerika treffen sich vom 28. bis 30. September in Madrid zu einem vom spanischen Kulturministerium organisierten Symposion.

Filippo de Pisis Lebenswerk wird im Palazzo Grassi in Venedig bis Ende November gezeigt.

Der Kodak-Fotobuchpreis wurde zum achten Mal ausgeschrieben. Einsendeschluß ist der 28. Oktober (Postfach 369, 7000 Stuttgart 60).

Heinz Piontek erhält den Oberschlesischen Kulturpreis 1983; den Förderungspreis erhält der Hochschullehrer Professor Otmar Krettek.

Alexander Ecklebe, oberschlesischer Komponist und Kulturpreisträger, ist im Alter von 79 Jahren in Berlin gestorben.

JOURNAL

Frankfurt veranstaltet Mozart-Festival mit Solti

Nea. **Frankfurt**

Mit einem Mozart-Festival vom 9. bis 14. Juni 1984 unter der künstlerischen Leitung von Sir Georg Solti will Frankfurt Festspielstadt werden. Das Festival soll zur alljährlichen Tradition werden und neben Mozart auch anderen Klassikern gewidmet sein. Als sein ständiges Festival-Orchester hat Solti sich das Chamber Orchestra of Europe gewählt, eine Vereinigung junger Musiker aus allen westeuropäischen Ländern, die seit zwei Jahren besteht und für das Festival auf 53 Mitglieder vergrößert wird. Solisten sind 1984 Kiri Te Kanawa (Sopran), Janet Baker (Mezzosopran) und Anne-Sophie Mutter (Violine). Außerdem wird das Stuttgarter Melos Quartett zu hören sein. Die Stadt Frankfurt wird das Festival mit einem Zuschuß von 350 000 Mark unterstützen.

Vollständige Geschichte der Frankfurter Juden

dpa, **Frankfurt**

Eine erste vollständige Geschichte der Frankfurter Juden wird künftig interessierten Lesern, Bibliotheken und Forschern zur Verfügung stehen. Die vom Kuratorium für jüdische Geschichte herausgegebene Publikation von Paul Arnsberg und Hans-Otto Schembs, die Ende September im Darmstädter Eduard Roether Verlag erscheinen wird, umfaßt drei Bände. Sie dokumentiert auf mehr als 2000 Seiten den Weg der Juden in Frankfurt von der Französischen Revolution bis in die Jahre nach 1933.

Gesammelte Werke des Exilautors Hans Sahl

dpa, **Zürich/Hamburg**

Die gesammelten Werke des Schriftstellers Hans Sahl, der 1933 Deutschland verlassen mußte und jetzt 81jährig in New York lebt, bringt der Ammann Verlag in Zürich heraus. Die auf acht Bände berechnete Ausgabe, die Klaus Schöffling herausgibt, wird im Herbst mit dem ersten Teil der „Memoiren eines Moralisten" gestartet. Am zweiten Teil seiner Erinnerungen arbeitet der Autor noch. Sahls Gedichte und seine Erzählungen, Band eins und zwei der Ausgabe, sollen dem Editionsplan zufolge im nächsten Jahr erscheinen.

Akropolis-Experten tagen in Athen

AFP, **Athen**

Eine internationale Expertenrunde, die sich mit der Konservierung und Restaurierung der Akropolis befaßt, ist zum zweitenmal in Athen versammelt. Bei der Tagung, an der über hundert Archäologen, Restaurateure, Architekten, Ingenieure und besonders spezialisierte Chemiker teilnehmen, geht es vor allem um die Erhaltung des Parthenon-Tempels, dessen Giebelfriese die Athener Regierung bisher vergeblich von London zurückfordert. Der Tempel wird Stück für Stück auseinandergenommen und von rostigen Metallteilen befreit, die durch oxydierungsfreies Titan ersetzt werden. Ein griechischer Wissenschaftler hat zudem ein Mittel entwickelt, mit dem der Stein vor Zersetzung geschützt werden soll. Der Kontakt mit der extrem abgasverseuchten Luft Athens hat zur Folge, daß sich der Marmor der Akropolis in Gips verwandelt.

Pariser Saisoneröffnung mit fünf Beckett-Stücken

AFP, **Paris**

Der Dramatiker Samuel Beckett ist in der beginnenden Theatersaison in Paris groß dabei: Fünf Beckett-Stücke stehen in drei Häusern auf dem Programm, darunter „Catastrophe", das der Autor dem tschechoslowakischen Schriftsteller Vaclav Havel widmete und das im vergangenen Jahr beim Festival von Avignon vorgestellt wurde. Neuere Produktionen sind außerdem „Wiegenlied", „Impromptu d'Ohio" und „Pas moi". In einer Neuinszenierung zu sehen ist „La dernière bande", das 1959 in Paris uraufgeführt wurde.

Willy Fleckhaus †

DW. **Odenthal**

Im Alter von 57 Jahren verstarb in Italien der Designer und Graphiker Willy Fleckhaus, einer der einflußreichsten und erfolgreichsten „Art Directors" in der Bundesrepublik, der das Erscheinungsbild zahlreicher Zeitschriften und Bücher geprägt hat. Fleckhaus, zuletzt Professor für Graphik und Design an der Universität Wuppertal, begründete in den sechziger Jahren die Zeitschrift „twen", deren Layout zum Vorbild für viele ähnliche Objekte im In- und Ausland wurde. Später gestaltete er diverse Buchreihen des Suhrkamp- und Inselverlags und brillierte mit der Herausgabe origineller Bildbiographien über Sigmund Freud, Ludwig Wittgenstein, Hermann Hesse und Bert Brecht. Fleckhaus, geboren in Velbert, war Träger zahlreicher Auszeichnungen, so u. a. der Goldmedaille des „Art Director's Club of New York" und des Kulturpreises der Deutschen Gesellschaft für Fotografie. Von 1974 bis 1981 lehrte er an der Folkwang-Schule in Essen.

Alarm aus dem deutschen Wald: Ist schon die Hälfte krank?

Von D. GURATZSCH

Immer neue Alarmmeldungen aus dem deutschen Wald führen zu einer nahezu hektischen Betriebsamkeit nicht nur bei Naturschützern, sondern auch unter Politikern. Vom 30. September bis zum 2. Oktober treffen sich Vertreter der drei großen deutschen Umweltschutzorganisationen, des Deutschen Naturschutzringes (über drei Millionen Mitglieder), des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), mit anderen Umweltschutzverbänden zu einer ersten gemeinsamen „Aktionskonferenz" in Freudenstadt, um ein „Bündnis im Kampf gegen das Waldsterben" zu schließen. Zu Vorträgen und Podiumsdiskussionen kommen überall in der Bundesrepublik jetzt auch „Waldbegehungen" mit Bürgern und Umweltschützern. Allein in Hessen hat das staatliche „Naturschutzzentrum Hessen" zusammen *mit dem BUND an mehr als hundert* Stellen „Waldspaziergänge" veranstaltet, bei denen die Bevölkerung über Ausmaß und Schadenssymptome des Waldsterbens aufgeklärt worden ist. Die Aktion hat einen solchen Anklang gefunden, daß sie fortgesetzt wird.

Der Grund für die Hektik: Die Waldschäden haben bundesweit in einem solchen Tempo zugenommen, daß selbst zurückhaltende Forstleute jetzt Alarm schlagen. Genauere Erkenntnisse sind von einer neuen Erhebung des Bundesinnenministeriums bei sämtlichen deutschen Forstämtern zu erwarten, deren Ergebnisse in wenigen Wochen bekanntgegeben werden sollen. Aber schon jetzt sind aus der Bestandsaufnahme in einigen Gebieten erschreckende Befunde durchgesickert.

So sollen gegenüber sieben Prozent Waldschäden im vergangenen Jahr jetzt bereits mindestens ein Viertel bis ein Drittel des deutschen Waldes in Mitleidenschaft gezogen sein. In Bayern wird nach einer Umfrage der WELT sogar ein Anstieg der Waldschäden von 15 auf 60 Prozent der gesamten Waldfläche befürchtet. Im Taunus sollen nach Angaben der Versuchsanstalt Hannoversch-Münden bereits 90 Prozent der Bäume „krank oder kränkelnd" sein. Im Schwarzwald rechnen Experten „in wenigen Jahren mit einem flächigen Absterben ganzer Bestände".

Aber auch aus den westlichen Nachbarländern der Bundesrepublik, *die bisher eher mit ironischer* Herablassung über die „deutsche Waldhysterie" berichtet hatten, kommen jetzt Meldungen über „bedrohliche Ausmaße" der Waldschäden. Allein im schweizerischen Aargau sind innerhalb eines Jahres ein Viertel der Weißtannen abgestorben, während ein weiteres Viertel angeschlagen erscheint.

In Frankreich, wo von „le Waldsterben" gesprochen wird, soll es in der Rhônefurche östlich von Lyon, im Zentralmassiv, in der Bretagne sowie in den Waldgebieten nördlich der Loire bis ins Burgund nach einer Untersuchung des Donaueschinger Biologieprofessors Günther Reichelt Schadensflächen geben, die zu den am stärksten gefährdeten in West- und Mitteleuropa zählen.

Und selbst aus den Vereinigten Staaten kommen Hiobsbotschaften. Ein Reporter der „New York Times" stellte auf dem 1300 Meter hohen Camels Hump im unberührt scheinenden Bundesstaat Vermont sarkastisch fest: „Die Reihen der Bäume lichten sich wie bei einer Armee unter Trommelfeuer." Seit 1965, so der Berichterstatter, seien zwei Drittel der Fichten umgestürzt.

Die Fichte ist nach der Weißtanne auch in Deutschland inzwischen diejenige Baumart, bei der der Münchner Forstbiologe Professor Peter Schütt eine „sprunghafte Vermehrung der Symptome" registriert. Noch besorgniserregender erscheint den Forstleuten, daß daneben nun auch der häufigste deutsche Laubbaum, die Buche, immer schneller und überall in der Bundesrepublik Deutschland von Krankheitssymptomen befallen wird. Dabei beunruhigt die Wissenschaftler, daß die Schadensursachen ständig neue Rätsel aufgeben.

So sind gerade in Bayern die Schwefeldioxidemissionen, die nach wie vor als Hauptursache der Waldschäden gelten, seit Mitte der 70er Jahre von 720 000 Tonnen auf rund 330 000 Tonnen jährlich vermindert worden. In Frankreich wird sogar bereits knapp die Hälfte des Stroms nicht mehr aus schwefelhaltiger Kohle oder Öl, sondern aus Kernenergie gewonnen.

Der Frankfurter Oberbürgermeister und CDU-Spitzenkandidat für die hessische Landtagswahl, Walter Wallmann, hat angesichts der dramatischen Entwicklung auf einem Energieforum in Hanau vor zu langen Übergangsfristen bei der Schadstoffverminderung gewarnt. Wallmann zu den Vertretern der Energiewirtschaft: „Zehn Jahre – das halten wir nicht durch – Sie nicht und ich nicht." Wenn sich die Situation des Waldes 1984 noch verschärfen würde, werde man „eine rationale Diskussion in der Bundesrepublik kaum noch führen können – dann werden rigorose Forderungen gestellt, die ich sogar nachvollziehen kann". Alles andere sei „eine völlig unrealistische Betrachtung der *innenpolitischen* Entwicklung in der Bundesrepublik".



Eine neue Bestandsaufnahme, so sickerte durch, kommt zu immer erschreckenderen Befunden im deutschen Wald. Das Ausmaß der Schäden ist wesentlich größer als angenommen – und auch in den Nachbarländern lächelt längst niemand mehr über „le Waldsterben". FOTO: MANFRED VOLLMER

Verkehrswacht fürchtet um ihre Existenz

dpa, Bonn

Die Deutsche Verkehrswacht fürchtet wegen eines erwarteten Defizits von 280 000 Mark im Etat 1984 um den Fortbestand ihrer Existenz. Der gemeinnützige Verein, der sich mit 530 örtlichen Verkehrswachten um mehr Sicherheit auf deutschen Straßen bemüht, erklärte gestern in Bonn, es sei ein untragbarer Zustand, daß das Bundesverkehrsministerium die Zuschüsse Jahr für Jahr kürze. Die staatlichen Zuschüsse für die verschiedenen Sachprogramme im Bereich Verkehrserziehung und Aufklärung seien von 1980 bis 1982 von sechs auf vier Millionen Mark geschrumpft. Die verkehrspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP, bei denen das Verkehrskonzept der Verkehrswacht auf Zustimmung gestoßen sei, wollten sich, so eine Sprecherin der Organisation, für eine gesicherte Finanzierung der Verkehrswacht einsetzen. Eine Etatkürzung müsse ihrer Ansicht nach unter allen Umständen vermieden werden.

Frachter verschollen

rtr, London

Der deutsche Küstenfrachter „Renate S." mit vier Besatzungsmitgliedern ist nach Angaben der britischen Küstenwacht möglicherweise bei schweren Stürmen in der Nordsee gesunken. *Das 499-Tonnen-Schiff* habe keine Funksignale mehr ausgesandt, kurz nachdem es Odda in Norwegen am Freitag mit Kurs auf Rochester in England verlassen habe.

Busunglück: 54 Tote

rtr, Quito

Bei einem Busunglück in Ecuador sind gestern mindestens 54 Menschen getötet worden. Laut Polizei stürzte das überfüllte Fahrzeug rund 130 Kilometer südlich der Hauptstadt Quito in eine Anden-Schlucht.

Rauschgift-Fang

AFP, Barcelona

Rund 13 *Kilogramm Kokain im Wert* von rund 5,5 Millionen Mark auf dem Schwarzmarkt wurden im Bahnhof von Barcelona beschlagnahmt. Vier Chilenen und zwei Bolivianer wurden verhaftet. Es handelt sich um den größten Fang der spanischen Polizei seit mehreren Jahren.

Schoß falscher Fahnder?

dpa, München

Ein falscher „Zivilfahnder der Polizei" hat vermutlich am vergangenen Samstag im *Landkreis München* die Schüsse auf drei fahrende Autos abgegeben. *Ein Gärtner, dem ein Reifen* zerschossen wurde, berichtete von einem hilfsbereiten Autofahrer, der sich als Zivilfahnder der Polizei mit dem Auftrag, das Gebiet zu überwachen, ausgab. Da in dem Gebiet jedoch keine Dienststelle ermittelt, glaubt die Mordkommission, daß es sich bei dem „Helfer" um den noch unbekannten Täter handelt.

Neue Offensive gegen ein tödliches Kühlmittel

Innenminister will PCB-Verbot auf EG-Ebene erreichen

DIETER THIERBACH, **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich *Zimmermann (CSU) will* erreichen, daß der Einsatz von polychlorierten Biphenylen (PCB) als Kühlungsmittel in elektrotechnischen Geräten wie Transformatoren und Kondensatoren in allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft verboten wird. Einen entsprechenden Entwurf einer Verordnung leitete der Minister jetzt der EG-Kommission zu. Wird PCB bei einem Brand Temperaturen um 600 Grad Celsius ausgesetzt, entsteht polychloriertes Dibenzo-Dioxin (PCDD), ein giftiger chemischer Verwandter des Seveso-Giftes Dioxin (TCDD). *Zimmermann* forderte die Kommission auf, unverzüglich den *Vorschlag für eine EG-weite* Verbotsregelung vorzulegen, damit „dieses drängende Problem sachgerecht für die gesamte Gemeinschaft gelöst wird".

Für Frankfurts Oberbranddirektor Professor Ernst Achilles ist dies ein begrüßenswerter Vorschlag. Wie Achilles gegenüber der WELT erklärte, müsse man allerdings mit der Gefahr noch eine Zeitlang leben. Auch wenn die Produktion von PCB beim einzigen deutschen Hersteller Bayer (2000 bis 3000 Tonnen jährlich) zum Jahresende eingestellt werde, so seien *damit noch längst nicht alle* Schlupflöcher gestopft; denn die Einfuhr aus Frankreich oder Italien sei bislang ungeregelt. Zimmermanns Initiative könne dem jedoch tatsächlich einen Riegel vorschieben.

Sofortmaßnahmen nötig

Die Notwendigkeit einer Auswechslung von PCB-haltigen Transformatoren wird derzeit in „besonders sensiblen Bereichen" wie Krankenhäusern, Wohnblocks, Kaufhäusern und Tagungsgebäuden geprüft. Achilles gab zu bedenken, daß eine *umweltverträgliche*, *sachgemäße* Entsorgung nur in einigen wenigen Verbrennungsanlagen durchgeführt werden kann. Die 60 000 in Frage kommenden Trafos enthalten etwa 30 000 Tonnen PCB. Um die Chemikalie gefahrlos bei 1000 Grad Celsius zu verfeuern, stehen in der Bundesrepublik Deutschland drei Anlagen (Bayer, Leverkusen; Hessische Industriemüll GmbH, Biebesheim; Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung, *Ebenhausen) und eine Untertagedeponie* (Kali und Salz AG, Herfa-Neurode) zur Verfügung. Ernst Achilles schlägt vor, sofort Schutzmaßnahmen in die Wege zu leiten, um etwa durch feuerbeständige Ummauerungen gefährdete Wohn- und Betriebsteile zu schützen. Außerdem sollten Brandfrühwarnanlagen, gekoppelt mit Sprinkleranlagen installiert werden.

Tickt die Zeitbombe?

Die Experten sind sich noch längst nicht einig, ob ein einfaches Ablassen von Askarel – wie das PCB auch genannt wird – und ein Einfüllen von risikolosen Kühlmitteln so ohne weiteres möglich sein wird. Kein Problem – sagen die einen. Gefahrlos spülen und umfüllen ist ihr Rezept. Zur Vorsicht mahnen andere, denn der Restgehalt an PCB, auch nach einer intensiven Spülung, sei immer noch so groß, daß die Zeitbombe *unaufhörlich weiter ticke*.

Vor einigen Wochen hat sich auf Betreiben des *Umweltbundesamtes* und des Bundesgesundheitsamtes eine „Länderarbeitsgruppe PCB-haltige Abfälle" (LAGA) konstituiert, die eine Empfehlung zur Entsorgung dieser Abfälle erstellt. In einem Merkblatt, das Ende des Jahres den Länderinnenministerien auf den Tisch gelegt werden soll, werden Methoden *zur Kontrolle einer lückenlosen* Entsorgung aufgeführt und geeignete Entsorgungstechnologien *aufgezeigt*.

Synthetische Ester und Siliconöle kommen als mögliche PCB-Ersatzstoffe in Frage. Wie die Dow Corning GmbH in Düsseldorf mitteilt, wurde bereits jetzt im Nerk Barry, Großbritannien, die Kapazität für Polydimethylsiloxan erheblich gesteigert, um den rasch wachsenden Bedarf nach einem *schwerentflammbaren und alterungsbeständigen* Flüssigdielektrikum zu stillen. Die Zahl der mit Siliconflüssigkeit gekühlten Transformatoren wird auf weltweit zwischen 15 000 und 20 000 geschätzt.

LEUTE HEUTE

Kompliment

Der Hollywood-Schauspieler **Michael Caine** *hat trotz seiner 50 Jahre* ein Problem: „Frauen, die ich gar nicht kenne, stecken *mir noch immer* Papierfetzen mit ihrer Telefonnummer in die Jackentaschen. Aber ich brauche die Nummern gar nicht. Wenn Sie wissen wollen warum, müssen Sie sich nur meine Frau ansehen."

Eiliger Star

Hilfe aus der Luft bekam die Oper von San Francisco für ihre Saison-Premiere. Nach einer Erkrankung des Tenors **Carlo Cossuta** wußte sich Operndirektor **Terence McEwen** keinen anderen Rat, als **Placido Domingo**



in New York anzurufen. Der erbat sich 20 Minuten Bedenkzeit und sagte dann zu. In einem Privatflugzeug eilte der spanische Star-Tenor an die West*küste und rettete* – wenn auch mit zwei Stunden Verspätung – den „Othello".

Scheidung in Wien

Bestseller-Autor **Johannes Mario Simmel**, ist vor einem Wiener Gericht von seiner zweiten Frau **Helena** geschieden worden. Die Ehe, im Jahre *1976* geschlossen, war kinderlos geblieben.

Programm-Opfer

Auf Weisung der portugiesischen Regierung wurde ein Konzert des Spaniers **Julio Iglesias** in Lissabon abgesagt. Zur Begründung wurde auf ein *Programm zur Beschränkung der* Devisenausfuhr verwiesen. Widersprüchliche Angaben bezifferten die Gage für die Show auf 100 000 bis 300 000 Dollar. Fragte erbost ein Promotor der Veranstaltung: „Und was ist mit den Millionen für ausländische Fußballspieler . . . ?"

Meteorologen melden den Rückzug von „El Niño"

Pazifikstrom führte zu Katastrophen auf der ganzen Welt

GITTA BAUER, **New York**

„Seht mal die Schaumkronen da unten. Das heißt, zurück zum Normalzustand. Der Passat bläst die warme Strömung wieder zurück in den westlichen Pazifik." Diese kryptischen *Worte* des *amerikanischen* Ozeanographen Carl Paul von seinem P-3-Turboprop-Wetterflugzeug aus bedeuten frohe Kunde für Menschen in allen Teilen der Welt, von Haiwaii bis Ecuador, von New York bis Sri Lanka, von Kalifornien bis Indien, von Südafrika bis Australien.

Was Paul und seine Crew nicht nur sahen, sondern durch Temperatur-Sensoren erhärten konnten, ist dies: „El Niño", jener pazifische Strom in Äquatorhöhe, der normalerweise um die Weihnachtszeit erscheint (daher der Name „Das Kind"), im vorigen *Jahr aber bereits im Mai in West-Ost-*Richtung an die Küste des nördlichen *Lateinamerika brandete*, wird schwächer, die ungewöhnliche Erwärmung des Pazifiks bei gleichzeitigem Ausbleiben des Passat, der sonst den Strom zurückdrängt, brachte auf dem ganzen Globus die Temperaturen durcheinander.

Wetter-Satelliten bestätigten Pauls erste Eindrücke. Während noch im Mai die Temperaturen im mittleren Pazifik bei 29 Grad und somit sechs *Grad über normal lagen*, sind sie jetzt auf 26,5 Grad zurückgegangen. Dazu kommt, daß sich die *enormen Luftdruckunterschiede* zwischen dem Westen und dem Ostteil des Pazifiks ausgeglichen haben. Zur gleichen Unzeit, da „El Niño" sich im vorigen Jahr bemerkbar machte, herrschte am Westrand des Pazifiks ein ungewöhnlich hoher *Luftdruck*, während er an der nord- wie an der südamerikanischen Küste ungewöhnlich sank. Für diese Erscheinung haben die Meteorologen vorerst keine Erklärung. Der Druckunterschied jedoch erklärt, warum der sonst stetig von Ost nach West blasende Passat nicht nur außerordentlich schwach war, sondern sogar seine Richtung um 180 Grad änderte. Statt die warme Strö*mung des „Niño" zurückzudrängen*, trieb er sie ostwärts auf die Küsten des amerikanischen Kontinents.

Die Folgen weltweit waren, wie die amerikanische „Oceanic and Atmospheric Administration" errechnete, verheerend. Nordamerika und Hawaii wurden von Überflutungen und Hurrikanen betroffen. *Zahl der Opfer*: 162 Tote, Schaden: rund 2,5 Mil*liarden Dollar. Von Kuba bis Bolivien*, von Peru bis zum südlichen *Brasilien und dem nördlichen Argen*tinien waren es Überschwemmungen und Dürren *mit mindestens* 835 Toten, 600 000 Evakuierten und 26 000 Heimatlosen. Materieller Schaden: fast fünf Milliarden Dollar.

Auf der anderen Seite des Pazifiks von Australien bis Indonesien waren die Verheerungen, die „El Niño" verursachte, ebenfalls schlimm. Dürrekatastrophen und Stürme töteten 1077 Menschen und raubten Tausenden das Dach über dem Kopf. Der Schaden wird auf 4,3 Milliarden Dollar geschätzt. Das südliche Afrika, von den Kapverdischen Inseln bis nach Kapstadt, litt ebenfalls sehr un*ter der Dürre. Die Zahl der Opfer ist* nicht bekannt, die Schäden werden auf mindestens eine Milliarde *Dollar* beziffert.

Auch die Opfer an Rhein und Mosel gehen auf „El Niños" Konto. So ist die Hoffnung zu verstehen, die die Meteorologen an die Befunde der Ozeanographen knüpfen. Paul faßt sie so zusammen: „Ich habe das Gefühl, wir haben es nicht mit einer zwei Jahre lang dauernden Anomalie zu tun." Das letzte Mal, daß „El Niño" sich übermütig gebärdete, war *1972*. Die Temperaturerhöhungen waren *zwar nicht so hoch wie diesmal*, dennoch reichte die Erwärmung aus, um die Sardinenfänge Perus und damit seine Fischmehlindustrie zunichte zu machen.

Auch 1940/42 war eine Periode besonderer Aktivität des „Kindes", die wegen des Krieges jedoch weitgehend unbeachtet blieb. Am ähnlich*sten den gegenwärtigen* Wetterverhältnissen ist die Zeit 1877-79. Des*halb warnt Oswaldo Garcia* von der US-Verwaltung für Ozeanographie und Atmosphäre: „Es besteht immer noch die Möglichkeit, daß das, was wir jetzt erleben, nur eine Pause ist." (SAD)

Flensburg gegen Änderung der Eintragungspraxis

dpa, **Bochum**

Die bestehende Eintragungsgrenze für Bußgelder in die Flensburger Verkehrssünderkartei in Höhe von 80 Mark darf nach Ansicht der Präsidentin des Kraftfahrtbundesamtes, Erika Emmerich, nicht auf 100 Mark erhöht werden. Die 80-Mark-Regelung sei das „Äußerste der Gefühle", da bei einer Heraufsetzung des Eintragungslimits schwerere Verkehrsvergehen nicht mehr erfaßt würden, sagte Erika Emmerich bei einer Tagung von Leitern der Kraftfahrtzulassungsstellen ge*stern in Bochum*.

4,9 Millionen registriert

So würde bei der vorgesehenen Neuregelung etwa das Überfahren einer auf Rot stehenden Ampel nicht mehr in der Punktekartei notiert. Zur Zeit gibt es dafür ein Bußgeld von 100 Mark – womit die Grenze für die Nichteintragung noch nicht überschritten wäre – und drei Punkte. Etwa 50 Prozent aller derzeitigen Eintragungen entfielen jedoch auf Verstöße, die mit einem Bußgeld von 100 Mark geahndet wurden. Bis Ende *1982* waren rund *4,9* Millionen Autofahrer in Flensburg *registriert*.

Auch um einen eventuellen „Führerschein auf Probe" sinnvoll zu machen, sollte die bisherige Eintragungsregelung beibehalten werden. Die Präsidentin verwies erneut darauf, daß besonders Fahranfänger sehr oft in schwere Verkehrsunfälle verwickelt seien. *46 Prozent aller tödlichen* Unfälle würden auf das Konto von Fahranfängern gehen, etwa 65 Prozent auf das der Altersgruppe 21 bis 25 Jahre.

Viele Versicherungsfragen

Auf der Tagung wurden von den Fachleuten unter anderem Fragen zur Stillegung von Kraftfahrzeugen erörtert, die nicht mehr versichert sind. Nach neuester Rechtsprechung müßten unversicherte Fahrzeuge auch in der Nacht stillgelegt werden. Ein Tagungssprecher verwies darauf, daß die Behörden ihren „Stillegungspflichten" bis in die Nachtstunden und auch an Wochenenden nachkämen.

ZU GUTER LETZT

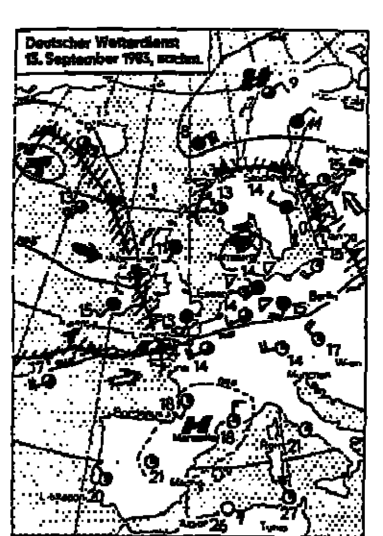
„Die, die glauben, Gott am Sonntagmorgen in der Natur finden zu können und deshalb meinen, nicht in den Gottesdienst gehen zu müssen, sollten sich auch vom Oberförster beerdigen lassen." Pastorin der Hannoverschen Landeskirche in einem Gottesdienst.

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: *Ein schwacher Tiefausläufer überquert Deutschland von West nach Ost.*

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Im *Berliner Raum und in Bayern wolkig* und kaum Niederschlag. Sonst meist stark bewölkt und gelegentlich Regen. Temperaturen am Nachmittag 15 bis 19 Grad Celsius. Nächtliche Tiefstwerte um 11 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Südwest.



Weitere Aussichten:

Anfangs allgemein freundlich, im Tagesverlauf im Westen aufkommender Regen und Wind, vorübergehend wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	28°
Bonn	13°	Kopenh.	16°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	21°
Hamburg	14°	Mailand	18°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	14°	Moskau	13°
Stuttgart	11°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	29°	Prag	11°
Barcelona	24°	Rom	21°
Brüssel	13°	Stockholm	14°
Budapest	19°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	17°
Istanbul	25°	Zürich	13°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.56 Uhr, Untergang: 19.38 Uhr, Mondaufgang: 16.48 Uhr, Untergang: 0.20 Uhr.

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Komfort bedroht die Steinzeitmenschen

Der Versuch indischer Wissenschaftler, den Stamm der Onges vor dem Aussterben zu bewahren

PRAKASH CHANDRA, **Madras**

Der Komfort des modernen Alltags bedroht die Existenz der Onges. So heißt der nur 96 Seelen zählende, kleinste Volksstamm der Welt. Es sind die Ureinwohner der Andamanen-Inseln im Golf von Bengalen, eine negroide großwüchsige Rasse etwa auf der Entwicklungsstufe des Steinzeitmenschen. Nur durch strenge Isolierung vom Festland und den Einflüssen moderner Technologie scheint es möglich, sie vor dem Untergang zu bewahren.

Fremde Hilfe machte Ureinwohner müde…

Vor einigen Jahren gab es nur noch 70 Onges. Dadurch alarmiert, beschlossen indische Anthropologen und Wissenschaftler der Bundes-Gesundheitsbehörde in Neu-Delhi, den Gründen für den „Bevölkerungsschwund" nachzugehen. Sie kamen zu verblüffenden Erkenntnissen:

Die damals bereits begonnenen *Hilfsmaßnahmen zur Hebung* des Lebensstandards und des täglichen *Komforts der Onges machten Männer* und Frauen in zunehmendem Maße lethargisch. – Sie wurden gleichgültig und faul. Mit der Ausgabe von Lebensmittel-Karten und der Einrichtung eines Billigwaren-Supermarktes im Stammeszentrum gingen außerdem immer weniger Männer wie sonst gewohnt für den Lebensunterhalt ihrer Familien in den Regenwäldern der Andamanen auf die Jagd.

Bei vergleichenden Untersuchungen der Betreuung anderer Stämme von Ureinwohnern in Indien kamen Beamte des Gesundheitsministeriums zu der Erkenntnis, daß mit dem Sterben des Jagdinstinkts das Todesurteil über den Stamm gesprochen wurde. Denn andere noch jagende Stämme waren durchweg besser ernährt und erfreuten sich bester Gesundheit. Die eingeleiteten Wohlfahrtsmaßnahmen waren im Begriff, die traditionelle Lebensweise und damit die Identität der Onges zu vernichten.

Als eine erste lebenserhaltende *Maßnahme* stoppte ein Spezialistenteam der Gesundheitsbehörde die bereits gut eingeführte Methode, den Nachwuchs des Stammes aus Babyflaschen *zu ernähren*. Die freie Zuteilung von Dosenmilch und konservierter Babynahrung für die Mütter wurde eingestellt.

… und die Heiratsbräuche verhindern den Nachwuchs

Einen weiteren Grund für den Ge*burtenrückgang glauben* die Experten aber auch in den Heiratsbräuchen der Onges zu sehen. Junge Mädchen heiraten viel zu alte Männer. Ergeb*nis*: Von den 32 verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter blieben zehn bisher ohne Nachwuchs. Ältere Frauen hingegen nehmen sich junge Partner. In diesem Falle ist das Resultat eine überdurchschnittlich hohe Säuglingssterblichkeit.

Durch Schulung und familiäre Beratung, anstelle der sonst gewünschten Familienplanung per Pille, hoffen die Forscher, den Stamm der Onges dennoch erhalten zu können, wenn es ihnen gelingt, die Zivilisation von ihnen fernzuhalten. (SAD)

Ende einer Komödie

Rückenschmerzen: Schreibkraft tat 15 Jahre keinen Handschlag

H. WEISSENBERGER, **Straßburg**

Fünfzehn Jahre lang trat die jetzt 44jährige Louisette Demange jeden Tag pünktlich morgens ihren Dienst als Stenotypistin an, und pünktlich hörte sie am Nachmittag auf. Doch während der 15 Jahre tippte sie nicht eine einzige Zeile, da sie angeblich vom Schreibmaschineschreiben „Rückenschmerzen" bekam.

Jetzt gab nach jahrelangem Rechtsstreit das Verwaltungsgericht in Straßburg dem Erziehungsministerium recht und billigte die fristlose Entlassung von Louisette Demange. Der „Fall Demange" beschäftigte die lothringische Lokalpresse seit Jahren, da sich *prominente* Lokalpolitiker, Rechtsanwälte, Frauenvereine und Verbände zur Verteidigung der Menschenrechte eingeschaltet hatten.

Vor 15 Jahren war Louisette Demange von der Universität Nancy als Schreibmaschinenkraft eingestellt worden. Doch nach wenigen Tagen klagte sie über Rückenschmerzen und verlangte ihre Versetzung in die Universitätsbibliothek. Das Rektorat lehnte ab: Sie hatte kein Bibliothekarsdiplom.

Louisette blieb Stenotypistin, tippte jedoch *nicht*. Tag für Tag saß sie vor ihrer Schreibmaschine, ohne ei*nen Handschlag zu tun*. Die *Universi*tätsverwaltung schloß gnädig die Au*gen*. *Bis 1980*, als die *„Schreibkraft"* an die Universität *Metz* versetzt wurde. Der dortige Universitätspräsident Jean David verlangte eine ärztliche Bescheinigung. Sie lehnte ab: *„Die* interessieren sich doch in Wirklichkeit nur für meinen Geisteszustand und nicht für meine physischen Beschwerden." Präsident David ließ sie daraufhin samt Schreibtisch in einen Gang verfrachten und kündigte ihr.

Die Stenotypistin kam trotzdem jeden Tag acht Stunden lang zum „Dienst" und wehrte sich mit Zähnen und Klauen und zahllosen Klagen gegen die Entlassung. Jetzt ist die Komödie zu Ende: Das Gericht in Straßburg entschied, daß ein *Beamter* oder öffentlicher Angestellter keineswegs „arbeiten oder nicht arbeiten kann, so wie es ihm paßt". (SAD)